Nr. 304. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter.

Stuttgart, 30. Dezember. Staatssekretär des Auswärtigen v. Kiderlen-Waechter ist heute früh 7 Uhr 50 Minuten bei seiner Schwester, Freifrau v. Gemmingen-Guttenberg, bei der er die Weihnachtsfeiertage verbrachte, an Herzlähmung plötzlich gestorben.

Am 28. Juni 1910 ist Herr v. Kiderlen-Waechter als Nachfolger des Freiherrn v. Schoen zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt worden. Er kam als der Fachmann zur Unterstützung des nach der Verfassung einzig verantwortlichen Reichskanzlers, der nach seiner eigenen Aeußerung ein Laie war in den Fragen der auswärtigen Politik, in die er sich erst einarbeiten wollte.

Schon dies ist bezeichnend für unsere Verfassungszustände, daß der eigentliche Leiter der auswärtigen Politik die „nachgeordnete Stelle" des Reichskanzlers ist und selbst dem Parlament gegenüber keinerlei Verantwortung trägt. Zugleich entscheidet dies auch bis zu einem gewissen Grade das Urteil über den so plötzlich Dahingeschiedenen; denn es läßt sich für den Außenstehenden kaum abschätzen, wie viel von der Führung seiner Politik ihm selbst, wie viel dem Reichskanzler und vor allem jener Stelle zuzuschreiben ist, die zwar nicht nach der papiernen Verfassung, aber in Wirklichkeit gerade in der auswärtigen Politik die letzten und folgenschwersten Entscheidungen fällt.

Die Laufbahn Kiderlen-Waechters ist ja überhaupt ein Musterbeispiel für die Rolle, die das persönliche Regiment in Deutschland spielt. Mit Wohlgefallen ruhte das Auge des Herrn auf dem jungen Botschaftssekretär, der ihn Ende der 80er Jahre auf seinen Reisen nach Petersburg, Stockholm und Kopenhagen als Vertreter des Auswärtigen Amtes begleitete. Wilhelm II. ließ ihn dann als Vortragenden Rat nach Berlin ins Auswärtige Amt berufen. Aber bald schwand die kaiserliche Gnade; ein grobes Wort, ein unehrerbietiger Witz — und Herr v. Kiderlen-Waechter, den seine Freunde schon damals als einen der fähigsten Bismarckschüler priesen, wurde Gesandter in Hamburg, Kopenhagen und blieb schließlich zehn Jahre lang in Bukarest verschollen. Alle wirklichen oder angeblichen Fähigkeiten konnten dem Manne, dem früher die ersten Stellen sicher schienen, nichts nützen, seit die Gnade des Herren sich von ihm abgewendet hatte.

Erst 1908 trat im Leben Herrn v. Kiderlens die Wendung ein. Damals, als die Annexionskrise begann, berief ihn Bülow als Balkansachverständigen nach Berlin. In den Novemberdebatten über das persönliche Regiment hielt dann Herr v. Kiderlen-Waechter für das Auswärtige Amt jene unglückliche Verteidigungsrede, die im Gelächter des Reichstags unterging. Aber fast scheint es, daß der völlige Mißerfolg vor der Volksvertretung ihn dem persönlichen Regiment empfohlen hat. Jedenfalls kam nach Bülows Sturz der so lange Verkannte als Staatssekretär nach Berlin, mit Jubelhymnen begrüßt und nach neudeutscher Sitte mit Vorschußlorbeeren bekränzt von allen denen, die den starken Mann herbeisehnten, der der deutschen Weltpolitik endlich die großen Erfolge erringen sollte, die ihr bisher versagt waren und wäre es um den Preis des Krieges. Zum Glück für das deutsche Volk sind die Erwartungen, die jene alldeutschen Kreise auf den Staatssekretär gesetzt hatten, nicht in Erfüllung gegangen; aber nicht zu unserem Glück schien Herr v. Kiderlen eine Zeitlang solchem Experiment nicht abgeneigt. Die Art und Weise, wie er den alten Marokkostreit aus der Welt zu schaffen suchte, mußte schlimme Befürchtungen wecken. Der Coup von Agadir schuf eine akute Kriegsgefahr, brachte dem deutschen Wirtschaftsleben schlimme Störungen und verfehlte in jeder Hinsicht sein Ziel. Wohl wurde schließlich der alte Konfliktsstoff aus der Welt geschafft, aber statt einer Besserung unseres Verhältnisses zu Frankreich führten die Methoden, die Herr v. Kiderlen anwandte, eine arge Verschärfung unserer Beziehungen nicht nur zu Frankreich, sondern auch zu England herbei, deren Beseitigung die deutsche Regierung selbst jetzt als ihre dringendste Aufgabe bezeichnet. Und während des Höhepunkts des Konflikts galt Herr v. Kiderlen keineswegs als der Vertreter einer unbedingt friedlichen Erledigung des ganz sinnlos heraufbeschworenen Abenteuers. Der Ausgang schließlich, die Erwerbung des berüchtigten Kongozipfels, sprach dann erst recht einer Politik ein vernichtendes Urteil, die mit unzulänglichen Mitteln und unzureichender Kenntnis sich an die schwierigsten Aufgaben heranwagte.

Und der gewalttätigen Methode, die den Pantherſprung gebar, entsprachen jene Mittel, durch die man in Deutschland selbst die öffentliche Meinung künstlich zu erregen suchte. Herr v. Kiderlen hat es nicht verschmäht, sich dabei der Hilfe der alldeutschen Narren und Phantasten zu bedienen, da ihm eine kleine Kriegshetze damals ganz gelegen schien, und trotz aller nachträglichen Abschüttelungen in Ableugnungen konnte der Staatssekretär den Eindruck nicht mehr verwischen, daß er damals den alldeutschen Führern gegenüber sich zum mindesten großer Zweideutigkeit schuldig gemacht hat.

Auf die Marokkoaffäre folgte der Tripoliskrieg und diesem der Balkanbrand. Und auch in dieser Krise galt Herr v. Kiderlen als der Mann der schärferen Tonart, als Mann der unbedingten Unterstützung der österreichischen Prestigepolitik und der Nibelungentreue. Ob mit Recht oder Unrecht steht freilich dahin; aber auch dies ist bezeichnend für den Absolutismus unserer auswärtigen Politik, die sich in den wichtigsten und entscheidensten Phasen der Kontrolle der politischen Oeffentlichkeit entzieht.

Herr v. Kiderlen war ein Feind dieser öffentlichen Kontrolle durch Volksvertretung und Presse. Er war, obwohl Schwabe von Geburt, in seinen Anschauungen ganz preußisch-konservativ. Weder seine Mittel noch seine Ziele haben den Anschauungen der deutschen Arbeiterklasse entsprochen. Die kurze Zeit seiner Leitung der auswärtigen Angelegenheiten war eine Zeit jener Krisen, die die imperialistische Politik der kapitalistischen Großmächte und ihre reaktionären Wirkungen auf die zurückgebliebenen Völker immer mehr zu einer dauernden Erscheinung macht. In dem Dienst dieser Politik, die nicht durch einzelne Männer, sondern durch die ökonomischen Interessen der Herrschenden bestimmt wird, stand Herr v. Kiderlen wie schließlich alle Staatsmänner der großen kapitalistischen Reiche. Und nicht vom Wechsel der Männer, sondern von dem Kampf gegen das ganze kapitalistische System, das diese Krisen notwendig erzeugt, erwarten wir die Beseitigung der Kriegsgefahren und die Erhaltung des Friedens.

Bayerische Hintergründe.

Von besonderer Seite wird uns aus München geschrieben:

Die Diskussion über den Ausgang der bayerischen Thronfolgefrage ist in den Hintergrund getreten vor der Erörterung der durch Ihr hiesiges Parteiblatt enthüllten Geheimnisse der „Bayerischen Staatszeitung". So wichtig und interessant diese Seite der Hertlingschen Wirksamkeit auch sein mag, die Prüfung seines Verhaltens in der Regentschaftsangelegenheit sollte darüber nicht eingestellt werden. Es sind da noch Rätsel zu lösen, an die unsere sonst so findige liberale Presse sich bis jetzt nicht herangewagt hat. Denn mit der Behauptung, Herr v. Hertling sei von seinen Zentrumsgetreuen im Stiche gelassen worden, das Zentrum habe sich schwierig gestellt, um bei nächster Gelegenheit für seine Bereitwilligkeit, Ludwig zum König zu krönen, besondere Vorteile herauszuhandeln, mit dieser Behauptung läßt sich auf die Dauer nicht viel anfangen. Auch nicht mit der anderen vielfach verbreiteten Behauptung, Herr v. Hertling sei augenblicklich sehr erzürnt über seine Partei, weil sie ihn beim Regenten in ein schiefes Licht gesetzt habe. An diesem Zipfel läßt sich das Tuch nicht vom Geheimnis heben. Unsere Liberalen sind freilich leichtgläubige Herren in gewisser Beziehung. Man erzählt sich, der liberale Führer Dr. Casselmann, der mit den Ministern, insbesondere mit Herrn v. Hertling, über die Thronfolgeangelegenheit vor der Eidesleistung verhandelte und dabei viel Entgegenkommen bewies, sei bei dieser Gelegenheit in einen so innigen Konnex mit dem Ministerpräsidenten gekommen, daß dieser Sonderberatung noch eine Reihe von Beratungen über andere Angelegenheiten gefolgt wären. Sogar während der Weihnachtsfeiertage seien die Casselmannschen Besuche bei Herrn v. Hertling und Herrn v. Soden, dem Minister des Innern, fortgesetzt worden, man sei sich gegenseitig näher gekommen, habe Mißverständnisse gelöst, huldvoll Versprechen gegeben und strahlend sie empfangen. In den Kreisen der Zentrumsführerschaft herrsche darüber großer Zorn, und Dr. Heim, der sich in der Königsangelegenheit allerdings hemmend bemerkbar gemacht hatte, stehe auf dem Sprunge, die Opposition des durch verärgerte Elemente von rechts jetzt wieder verstärkten linken Flügels der Zentrumspartei neu zu organisieren.

Hübsche Kombinationen das, aber wohl nichts weiter. Herrn v. Hertlings Stellung als Ministerpräsident des zweitgrößten Bundesstaates im Reiche mit der stillen Anwartschaft vielleicht noch, die Position des Herrn v. Bethmann in Berlin einzunehmen — die hohen Herren des politischen Ultramontanismus haben diese Position schon stärker unterminiert als ihr derzeitiger Inhaber ahnt — Herrn v. Hertlings Stellung gilt als ein Fort der katholischen Christenheit, das der Ultramontanismus sicher mit allen Mitteln auf Tod und Leben zu verteidigen jederzeit gern bereit und gewillt ist. Die bayerischen Zentrumsleute, der bayerische katholische Adel usw. sind keine so begriffsstutzigen Leute, daß sie ihre Aufgabe hier nicht verstünden. Die Million mehr, die die Umwandlung der Regentschaft für Prinz Ludwig in ein aktives Königtum kosten würde, kann um so weniger eine Rolle spielen, als es noch gute vier Jahre bis zu den Neuwahlen zum Landtag sind und Wahlrücksichten somit für die Zentrumspartei ausscheiden. Legitimistische Bedenken? „Daß i net lach'", heißt eine bayerische Redensart. Wie sollte eine so bedenkenfreie Partei wie das Zentrum, wenn wichtige katholische Interessen auf dem Spiele stehen, über legitimistische Zwirnsfäden stolpern! Was war es also? Prinzregent Ludwig hatte den bestimmten Wunsch geäußert, König zu werden. Aus streng monarchischen Empfindungen heraus, aber auch aus begreiflichen wirtschaftlichen Erwägungen insonderheit für seine Familie. Die Bezüge der Regentschaft, nicht einmal 500 000 M., hinzu kommt noch ein Anfall aus einer beträchtlichen Stiftung Ludwigs I., sollen nicht reichen; die Zivilliste, von der der geisteskranke König Otto für sich nur 200 000 M. knapp braucht, gehe drauf für die aufgebesserten Hofchargen, die zahlreichen Pensionisten aus der Jägerzeit des verstorbenen Prinzregenten, die Unterhaltung der vielen baufälligen Schlösser usw. Der jetzige Regent, von der wohlgesinnten Presse stets als hervorragender Landwirt gepriesen, habe, so sagen die Vertreter seiner Wünsche weiter, bei seinen Gütern in Leutstetten und Ungarn jährlich so große Summen zugesetzt, daß hier ernstlich saniert werden müsse. Wenn also Prinzregent Ludwig schon für sich eine Regelung notwendig brauche, so sei noch schlimmer sein ältester Sohn, der Thronfolger Prinz Rupprecht dran.

Prinz Rupprecht war mit einer Tochter des verstorbenen Herzogs Karl Theodor verheiratet, einer charmanten Dame, welche in diesem Jahre einem langwierigen Leiden erlegen ist. Er hatte infolge eines von einem bei der letzten Ministerernennung sehr beteiligten Reichsrat und Anwalt entworfenen schlauen Vertrages jährlich 60 000 M. Zuschuß von der Mutter seiner Frau. Diese 60 000 M. bildeten mit einem Bezuge von 40 000 M. aus seiner militärischen Charge sein ganzes Einkommen. Nun enthält der schlaue Vertrag des betreffenden Reichsrats der Krone Bayerns die Klausel, daß der Bezug von 60 000 M. nach dem Tode der Prinzessin an die Familie heimfällt. Ab 1. Januar wird also der bayerische Thronfolger, da seine Schwiegermutter, die immer noch in portugiesischen Reaktionsangelegenheiten finanziell engagierte Herzogin, ohne Rücksicht auf vorhandene Enkelkinder die 60 000 M. glatt einzieht, seine ganze Hofhaltung mit 40 000 M. bestreiten müssen. Hinzu kommt, wie man sagt, noch die Verpflichtung, etwa 60 000 M. Schulden zu zahlen, die infolge der Freigebigkeit seiner Gemahlin bei Münchener Geschäftsleuten entstanden waren.

Prinz Rupprecht ist nun in extrem feudalen und klerikalen Kreisen nicht beliebt. Er ist seit Jahren das Objekt des perfidesten Hofklatsches, weil er selbst bis jetzt jeder Clique fern geblieben und den Umgang gebildeter Bürgerlicher häufig dem mit dem verpfafften aber gar nicht den Genüssen von Weib, Wein und Poker abgewandten Hofadel vorzog.

Das Testament des Prinzregenten Luitpold soll, wie es weiter heißt, für die Linie Ludwig—Rupprecht auch noch sehr ungünstig ausgefallen sein, Prinz Leopold und die Familie Prinz Arnulf seien die Hauptbedachten — also, wenn diese Schilderung, die in den Kreisen, welche es wissen sollten, umgeht, richtig ist, eine große Misere beim Vater, eine größere beim Sohn. Von alle diesem hatte und mußte Kenntnis in erster Linie Herr v. Hertling als Minister des königlichen Hauses haben. Und so könnte die Frage aufgeworfen werden: Wollte die klerikale Partei den verhaßten Sohn treffen, als sie die Erfüllung des väterlichen Wunsches hintertrieb? Wollte sie, Prinz Ludwig ist ein hoher Sechziger und erfreut sich keineswegs der unverwüstlichen Konstitution seines Vaters, erst Garantien für die Zukunft haben, ehe sie daran ging, einen irrsinnigen König durch einen verfügungsfähigen zu ersetzen?

Mit dieser Frage kommt man, so glaube ich, der Lösung des Rätsels näher, als mit allen anderen Expektorationen. Ein Spiel mit verteilten Rollen ist gespielt worden: Herr v. Hertling konnte dem Prinzregenten Ludwig sagen: Ich habe alles versucht — aber meine Partei hat mich im Stiche gelassen. Das Zentrum aber ist zum Kriege gegen die Krone bereit, wenn diese es sich beikommen lassen wollte, den Fehlschlag des Herrn v. Hertling mit aktiver Ungnade aufzunehmen. Sie denken über den Tag hinaus, die bayerischen Propagandisten Roms, und der Thron ist ihnen ein nicht unbedingt nötiges profanes Anhängsel des Altars. Das hat für alle, welche lesen können, übrigens Herr v. Hertling auf der von ihm präsidierten Tagung der Görres-Leute in Freiburg recht deutlich gesagt. Man kann also nicht behaupten, dieser Sendbote der Alleinseligmachenden sei unterlegen bei der bayerischen Königsaffäre; im Gegenteil, es hat seit unvordenklichen Zeiten kein Minister das Gottesgnadentum so gründlich bemeistert wie dieser ehemalige Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei.

Die Balkankrise.

Die Friedenskonferenz.

London, 30. Dezember. Die Friedenskonferenz ist heute nachmittag um 4 Uhr zusammengetreten. Sie vertagte sich um 5 Uhr auf Mittwoch 3 Uhr. In der heutigen Sitzung, in der Danew den Vorsitz führte, erklärten die Türken, daß ihre Instruktionen unvollständig seien und daß sie noch nach Konstantinopel berichten müßten. Sie seien geneigt, über die Friedensbedingungen stückweise zu beraten. Die Verbündeten wollten jedoch darauf nicht eingehen.

Die türkischen Instruktionen.

Konstantinopel, 30. Dezember. Nach langen Beratungen hat der Ministerrat beschlossen, noch in der Nacht den türkischen Bevollmächtigten in London telegraphisch neue Instruktionen zugehen zu lassen. In amtlichen Kreisen wird über diese Instruktionen strengstes Stillschweigen gewahrt. Es verlautet, daß darin gesagt ist, der Besitz des Wilajets Adrianopel sei für die Verteidigung von Konstantinopel unumgänglich notwendig. Die Pforte sei verpflichtet, auf diesem

Punkte zu bestehen, und wenn Bulgarien darin nachgeben würde, so sei die Pforte bereit, ihm Kompensationen in dem westlich des Vilajets Adrianopel gelegenen Gebiete zu bewilligen. Was die Inseln anlange, so lasse die Pforte keine Diskussion zu über die Inseln, die den Eingang zu den Dardanellen beherrschen. Wegen der anderen Inseln würde die Pforte zu einer Verständigung bereit sein auf Grundlage der Regierungsform von Samos. Die Frage der von Italien besetzten Inseln sei lediglich zwischen der Pforte und Italien zu verhandeln. Kreta bilde nicht Gegenstand des gegenwärtigen Krieges, und die kretische Frage werde zwischen der Pforte und den Schutzmächten behandelt werden.

Eine amtliche Meldung besagt, daß die neuen Instruktionen in jeder Hinsicht das Entgegenkommen der Pforte beweisen und ihren Wunsch, die Friedensverhandlungen zu Ende geführt zu sehen. In keinem Falle werde man jedoch der Abtretung von Adrianopel zustimmen können.

Der Standpunkt der Balkandelegierten.

Sofia, 29. Dezember. Die Friedensdelegierten des Balkanbundes sollen, wie an zuständiger Stelle verlautet, angewiesen werden, falls auch die morgigen Bedingungen der Türken nicht diskutabel wären, die Türken zu fragen, ob dies ihr letztes Wort sei, und bejahendenfalls die Verhandlungen abzubrechen, bezw. den Waffenstillstand mit einer Frist von vier Tagen zu kündigen. Die Regierungskreise halten zwar den Abbruch der Verhandlungen für wahrscheinlich, glauben aber trotzdem, daß schließlich die Türken nachgeben werden, bevor es zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kommt.

Die Türken kriegsbereit.

Konstantinopel, 30. Dezember. Es verlautet, daß der Rat der Generäle das Gutachten abgab, das Heer sei kriegsbereit. Die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges müsse der Regierung überlassen bleiben.

Die Bulgaren in Saloniki.

Saloniki, 29. Dezember. Laut Mitteilung des bulgarischen Kommandos werden in Saloniki bis auf weiteres zwei, in Serres drei Bataillone verbleiben. Die Bulgaren haben mit der Aushebung der Rekruten in den von ihnen besetzten Gebieten begonnen. Ueberall wurden Anordnungen für den Transport der bulgarischen Truppen für den Fall der Wiederaufnahme der Kämpfe vor Tschataldscha getroffen.

Der türkische Kriegsminister in Tschataldscha.

Konstantinopel, 29. Dezember. Kriegsminister Nazim Pascha ist abends nach dem Hauptquartier in Tschataldscha abgereist. Auch der aus der Cyrenaika in Stambul eingetroffene Major Enver Bei ist nach der Tschataldschalinie abgegangen und wird dort ein Kommando übernehmen.

Die Serben in Durazzo.

Durazzo, 30. Dezember. Der serbische Kommandant von Durazzo hat der Mannschaft des italienischen Dampfers „Caprera", der sich zur Verfügung des italienischen Konsuls im hiesigen Hafen befindet, verboten, ohne seine Erlaubnis mit dem Lande zu verkehren. Der italienische Konsul hat sich darauf bei dem serbischen Kommandanten nach der Ursache dieses Verbotes erkundigt und ihm mitgeteilt, daß er ein Verkehrsverbot zwischen der „Caprera" und dem italienischen Konsulat weiterhin nicht zulassen könne. Gleichzeitig hat der Konsul die italienische Regierung hiervon benachrichtigt und diese hat ihren Vertreter in Belgrad beauftragt, geeignete Schritte bei der serbischen Regierung zu unternehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Dezember 1912.

Ein kurioses Dementi.

Die Enthüllung des Hertlingschen Zeitungsgründungsplanes durch die „Münchener Post" hat das an der Spitze des bayerischen Kabinetts stehende staatsmännische Genie in arge Verlegenheit gebracht. Fast die ganze bayerische Presse, auch mehrere ultramontane Blätter, wenden sich gegen das Hertlingsche Projekt. Außerdem soll der Prinzregent sehr erstaunt gewesen sein und vom Ministerpräsidenten Bericht eingefordert haben. Doch als schlauer jesuitischer Kopf weiß sich Freiherr v. Hertling zu helfen. Er hüpft behende zurück und läßt offiziell erklären, daß er sich die in dem enthüllten Plan enthaltenen „gutgemeinten", aber undurchführbaren „Anregungen" weder angeeignet habe, noch anzueignen gedenke.

Die Korrespondenz Hoffmann schreibt:

In der Presse wird nach wie vor an der irrigen Auffassung festgehalten, daß eine, wie bekannt auf unrechtmäßigem Wege in die Oeffentlichkeit gelangte Aufzeichnung der Redaktion der Staatszeitung die amtliche Billigung gefunden habe. Dies ist nicht der Fall. Eine Reihe der in dieser Niederschrift enthaltenen Anregungen sind gut gemeint, jedoch aus praktischen und rechtlichen Gründen undurchführbar. Unannehmbar sind insbesondere jene Vorschläge, die sich auf eine irgendwie geartete Heranziehung der königlichen Gesandtschaften zur Mitarbeit an der Staatszeitung beziehen. Es dürfte sich im übrigen empfehlen, das Erscheinen der ersten Nummer der Staatszeitung abzuwarten, die über das Programm der Zeitung ausführliche Aufschlüsse geben wird.

Bevor jedoch dieses Dementi mit der abermaligen Behauptung, daß es sich in der Denkschrift über die Einrichtung der Staatszeitung um eine private Arbeit der Redaktion handle, das Licht der Oeffentlichkeit erblickte, stellte die „Münchener Post" in ihrer gestrigen Sonntagsnummer fest:

In tiefsinnigen Unterhandlungen — nachdem er vorher einen besonderen, nicht honorierten Informationskursus genossen hatte — hat der Vorsitzende im Ministerrat mit seinem journalistischen Liebling allmählich die Grundlagen des staatlich-privaten Erwerbs- und Orientierungsblattes festgestellt. Es war ganz offenbar mehr Georg v. Hertling als Philipp Frick (der Leiter der neuen Staatszeitung) in dem schließlich bereinigten Plan. Der Versuch, mit Umgehung aller verfassungsmäßigen Körperschaften, auf privatem Wege mit Anwendung aller staatlichen Zwangsmittel den ganzen Nachrichtendienst, ja das ganze Preßwesen für die persönliche Politik des Ministers zu monopolisieren und zu korrumpieren, ist genau der gleichen Grundanschauung entsprossen, wie der durch Hertling seinerzeit zwischen dem Vatikan und der Reichsregierung vermittelte Geheimvertrag, der einen philosophischen Lehrstuhl der Universität Straßburg für alle Zeiten einem Vertreter der besonderen Hertlingschen Philosophie ausliefere.

Das Memorandum, das die „Münchener Post" veröffentlichen konnte, war die endgültige Niederschrift der zwischen Hertling und Frick vereinbarten Staatszeitungs-Grundsätze. Es wurde, unmittelbar vor dem Erscheinen des Blattes, vervielfältigt, um den zahlreichen in Betracht kommenden Dienststellen zur Instruktion zu dienen. Es sollten alle Einzelheiten des künftigen konzentrierten Orientierungsdienstes festgelegt werden: und nicht die kleinste Kleinigkeit wurde dabei vergessen, nicht einmal der anmutige, wenn auch durch das Reichsstrafgesetzbuch bedrohte Anspruch, daß Beamte amtlich diplomatische Geheimberichte unter Herkunftsverschleierung an ein privates Zeitungsunternehmen verhökern.

Eisenbahnüberschüsse und Ausgleichsfonds.

Die „Korrespondenz Woth" schreibt:

„Die voraussichtlichen Betriebsergebnisse der Eisenbahnverwaltung für das Etatsjahr 1912 dürften sich nach einer Schätzung der Eisenbahnverwaltung wie folgt gestalten: Die Einnahmen im Personenverkehr werden betragen 677 Millionen, die Einnahmen im Güterverkehr 1 633 000 000 M., so daß sich die ganzen Verkehrseinnahmen auf 2 Milliarden 310 Millionen Mark belaufen werden. Dazu kommen noch 142 Millionen sonstige Betriebseinnahmen. Die gesamte Betriebseinnahme beträgt somit 2 452 300 000 M. Die Betriebsausgaben sind auf 1 634 500 000 M. veranschlagt worden, es verbleibt somit ein Betriebsüberschuß von 817 800 000 M. Nach Abzug der üblichen Zuschüsse und der Ausgaben zur Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden wird für die Eisenbahnverwaltung für das Etatsjahr 1912 ein Reinüberschuß von 370 Millionen Mark verbleiben, hiervon sollen etwa 227 Millionen Mark für allgemeine Staatszwecke Verwendung finden. Diese Zahlen beruhen auf gewissenhaften Schätzungen, doch ist anzunehmen, daß diese Zahlen noch in Wirklichkeit die Schätzungen übersteigen werden. Gegenüber dem Etatsjahr 1911 werden die Einnahmen etwa um 100 Millionen größer sein, dagegen werden aber die Betriebsausgaben um den gleichen Betrag gewachsen sein, so daß der Betriebsüberschuß annähernd der gleiche sein wird."

Wenn von dem Reinüberschuß der Eisenbahnen im Jahre 1912, der 370 Millionen beträgt, zirka 227 Millionen für allgemeine Staatszwecke Verwendung finden sollen, werden also nicht weniger als 143 Millionen (statt, wie angesetzt, 57 Millionen) in den Ausgleichsfonds fließen. Wie aber aus den vergleichenden Ziffern des von der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichten Etatsentwurfs für das Jahr 1913 hervorgeht, konnten im Jahre 1911 dem Ausgleichsfonds nicht weniger als 162 Millionen zugeführt werden!

Danach stände bis jetzt folgende Dotation des Ausgleichsfonds fest:

1910 . . .	71	Millionen Mark,
1911 . . .	162	„ „
1912 . . .	143	„ „
1913 . . .	93	„ „
1910—1913.	469	Millionen Mark.

Dabei sind aber die Beträge für 1912 und erst recht für 1913 so niedrig gegriffen, daß in Wirklichkeit dem Ausgleichsfonds in den vier Jahren mehr als eine halbe Milliarde zugeführt werden dürfte!

Der Ausgleichsfonds wurde nicht deshalb geschaffen, um die Eisenbahnfinanzen zu sanieren — denn die sind selbst in Krisenzeiten noch überaus günstige gewesen —, sondern um einen Reservefonds zu haben, dem in minder guten Betriebsjahren die notwendigen Zuschüsse zu allgemeinen Staatszwecken entnommen werden können. Es handelt sich also um nichts als die Aufhäufung eines gewaltigen Versicherungsfonds für die preußischen Kapitalisten, der sie auch in Krisenzeiten der Notwendigkeit entheben soll, einmal höhere direkte Steuern zahlen zu müssen!

Man sieht: dort, wo unsere besitzende Klasse einen erheblichen Teil der Staatsausgaben aus direkten Steuern aufbringen muß, trifft sie die peinlichsten Vorkehrungen gegen ein Anziehen der Steuerschraube! Im Reiche dagegen, wo die Nichtbesitzenden weitaus den größten Teil aller Steuerlasten zu tragen haben, kommt es der Bourgeoisie auf ein paar hundert Millionen Steuern mehr nicht an!

Zur Lage der altpensionierten Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter.

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: Die vor dem 1. Juli 1910 pensionierten Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, welche dem Staate treue Dienste geleistet und noch dazu hohe Beiträge in ihre Pensionskasse gezahlt haben, befinden sich in der bittersten Not. All ihr Bitten an maßgebender Stelle um eine kleine Aufbesserung ihrer nicht hinreichenden Pensionsbezüge sind fruchtlos geblieben. Unterstützungsgesuche werden in den meisten Fällen abgelehnt.

Am 5. und 6. Dezember war eine Hauptversammlung der Pensionskasse in Berlin. An diese Versammlung hatten sich die Altpensionäre mit der Bitte gewendet, doch ihre sehr niedrigen Bezüge etwas aufzubessern. Die zur Hauptversammlung einberufenen Arbeitervertreter sprachen sich auch einstimmig für diesen Antrag aus. Aber der Vertreter des Herrn Ministers, der, nebenbei bemerkt, so viel Stimmen auf sich vereinigt, wie alle Vertreter der Arbiter zusammen, drohte, wenn der Antrag der Altpensionäre angenommen würde, hätten die anderen auf Jahre hinaus keine Aufbesserung ihrer Pensionsbezüge zu erwarten. Diese Beeinflussung der Arbeitervertreter seitens des Vertreters des Herrn Ministers bedeutet die Niederschlagung der Wünsche der Altpensionäre. Auch sagt der Regierungsvertreter, daß durch die Annahme des Antrages ein großer Riß in die Kasse gebracht wird, und auch erst ein versicherungstechnisches Gutachten eingeholt werden müßte. Daraufhin fand der Antrag natürlich keine Annahme. Demgegenüber ist nachgewiesen, daß die betreffende Kasse in den letzten drei Jahren nach Abzug sämtlicher Ausgaben noch einen reinen Ueberschuß von nahezu 42 Millionen Mark zu verzeichnen hatte. Im letzten Rechnungsjahr belief sich der Ueberschuß allein auf 18 Millionen Mark, so daß das Vermögen dieser Kasse Ende 1911 auf die Höhe von 135 Millionen Mark gestiegen ist. Eine unversiegbare Einnahme ist dieser Kasse insofern garantiert, als stets eine junge zahlende Kraft für eine alte ausscheidende eintritt. Da überhaupt in den letzten 15 Jahren ein fortwährendes beträchtliches Steigen der Ueberschüsse der Kasse zu verzeichnen war, ist wohl der Einwand des versicherungstechnischen Gutachtens hinfällig. Vor drei Jahren haben übrigens die Arbeitervertreter schon einmal einstimmig in einer Resolution den Herrn Minister gebeten, die finanzielle Möglichkeit einer Berücksichtigung der Petition zu untersuchen. Dieser Resolution wurde keine Folge gegeben; die Sache liegt heute noch so wie 1909 und die Vertreter mußten sich darauf beschränken, ihre Resolution zu erneuern. Die Pensionsbezüge der altpensionierten Eisenbahnhandwerker und -arbeiter betragen nach 35—40jähriger Dienstzeit im Durchschnitt 30—40 Mark monatlich! Die Bezüge mancher Witwen verstorbener Altpensionäre betragen sogar bloß 5—9 Mark monatlich, also die Hälfte des städtischen Armengeldes. Zu bemerken ist noch, daß es sich nur um alte gebrechliche Leute handelt, welchen ein langer Genuß von Pension gar nicht beschieden ist. Es gereicht der königlich preußisch-hessischen Staatseisenbahn nicht zur Ehre, daß ihre alten, treu gedienten Handwerker und Arbeiter im Alter hungern müssen, trotz des kolossalen Vermögens ihrer Pensionskasse, welches die betreffenden Altpensionäre durch Beitragszahlung aufsammeln halfen.

Konservativer Boykott.

Die konservative Presse liebt es, ihre Leser mit gut oder schlecht erfundenen Berichten zu unterhalten, in denen mit höchster sittlicher Entrüstung über die geschäftliche Aechtung konservativer oder liberaler Kleingeschäftsleute durch die Sozialdemokratie gejammert und das Eingreifen der Gesetzgebung gefordert wird. In Wirklichkeit haben bisher gerade die Konservativen am ungeniertesten mit dem wirtschaftlichen Boykott gearbeitet. Einen neuen Beweis dafür liefert das folgende „strengvertrauliche" Zirkular der konservativen Parteileitung in Liegnitz, das unserem Liegnitzer Parteiblatt, der „Volkszeitung", auf den Redaktionstisch geflogen ist.

Es lautet:

„An alle Anhänger der rechtsstehenden Parteien!

Die Reichstagswahlen haben gelehrt, daß unser gewerbtätiger Mittelstand zum großen Teil treu und fest auf nationalem Boden steht und sich mit den rechtsstehenden Parteien eins fühlt in seinem politischen Denken und Wünschen. Leider ist es den uns wohlgesinnten Kaufleuten und Handwerkern nicht möglich, sich auch öffentlich als unsere Freunde auszugeben und sich in Wahlzeiten an der Aufklärungsarbeit zu beteiligen, da sie stets großen geschäftlichen Schaden durch Boykott oder andere Maßnahmen politischer Gegner fürchten müssen. Um hier Wandel zu schaffen, ist aus allen Ständen und Schichten der rechtsstehenden Parteien die Anregung gegeben worden, ein Verzeichnis der Kaufleute und Handwerker zu schaffen, die auf dem Boden der Rechtsparteien stehen und der Unterstützung aller Anhänger dieser Parteien wert sind.

Auf Veranlassung des Konservativen Vereins, des Bundes der Landwirte und der Ortsgruppe Liegnitz des deutschen Mittelstandes gebe ich nun das vorliegende Verzeichnis empfehlenswerter, rechtsstehender Kaufleute und Handwerker heraus und richte an alle Anhänger der rechtsstehenden Parteien die ebenso herzliche wie dringende Bitte, bei allen ihren Einkäufen und Bestellungen vor allem die Kaufleute und Handwerker zu berücksichtigen, die in dieser Liste aufgeführt werden. Wird den hier verzeichneten Kaufleuten und Handwerkern eine weitgehende Berücksichtigung und Unterstützung zuteil, so werden sie in die Lage gesetzt, künftig ohne Rücksicht auf geschäftliche Verluste sich mehr als bisher in den Dienst der guten und gerechten Sache der rechtsstehenden Parteien stellen und an der notwendigen Aufklärungsarbeit mit teilnehmen zu können.

Liegnitz, im Februar 1912. Ernst Quadt."

Vorsichtig wie die Herren sind, haben sie den sogenannten negativen Boykott gewählt. Aber auch solche Empfehlungen sind, wenn sie in einzelnen Fällen von freien Gewerkschaften ausgingen, gerichtlich beanstandet worden. Die Herren Konservativen brauchen sich freilich daran nicht zu halten. Um ihnen das geheimnisvolle Geschäft etwas zu erleichtern, gibt die „Liegnitzer Volkszeitung" die Namen der 60 als konservativ empfohlenen Unternehmer bekannt. Hoffentlich freut das die Herren, denn sie werden nun sicherlich die Kundschaft der Quadtmänner erhalten.

Mandatsmüde.

Der Vorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Funck-Frankfurt a. M., will kein Mandat mehr annehmen. Als sein Nachfolger wird Redakteur Oeser bezeichnet, der in der vorigen Legislaturperiode Frankfurt im Reichstag vertreten hat.

Die Parität zwischen Arbeitern und Unternehmern nach Hamburger Handelskammerbegriffen.

Jeder, der die edle Gesinnung der in der Hamburger Handelskammer maßgebenden Persönlichkeiten, vornehmlich der Herren Werftbesitzer — kennt, weiß, daß sie nicht nur für den Schutz der Streikbrecher schwärmen, sondern am liebsten jeden Streik mit Polizei- und Waffengewalt niederschlagen würden. Sie haben sich deshalb auch nicht verkneifen können, in ihrem soeben erschienenen Handelskammerbericht wiederum für den stärkeren Schutz der sogenannten Arbeitswilligen einzutreten. Unter Bezugnahme auf den Holzarbeiterstreik im Jahre 1911 erklären sie:

„Die in einzelnen Fällen vorgenommenen Bestrafungen konnten jedoch wegen der geringen Höhe der verhängten Strafen im allgemeinen keinen besonderen Einfluß ausüben, haben jedenfalls, insbesondere soweit sie in Geldstrafen bestanden, in keiner Weise abschreckend gewirkt. Gerade bei Gelegenheit des Holzarbeiterstreiks zeigte sich ganz besonders, mit welchen rücksichtslosen Maßnahmen von den Streikenden nicht nur gegen die Arbeitswilligen, sondern zum Teil auch gegen gänzlich unbeteiligte Gewerbetreibende vorgegangen wird. Vielfach konnten Ausschreitungen überhaupt nicht weiter verfolgt werden, da entweder die davon Betroffenen sich aus Furcht vor weiteren Nachteilen, die ihnen von den Streikenden zugefügt worden wären, vor der Anzeige scheuten oder sich sonst mangels des Vorhandenseins hinreichender polizeilicher Organe Schwierigkeiten bei der Ermittelung des Täters ergaben, schließlich auch in vielen Fällen eine Verfolgung von zweifelhaftem Erfolge schien. . . . Ganz besonders geklagt wird auch darüber, daß Streikende sich nicht scheuten, bei der Arbeitsniederlegung Maschinen zu beschädigen und an Bauten Materialschäden hervorzurufen. Schließlich wurde auch über Belästigungen von Familienmitgliedern, über Einwirkung auf Geschäftsleute, den bestreikten Betrieben keine Nahrungsmittel für die Arbeitswilligen zu verkaufen und über Boykottierungen von Geschäften, die mit bestreikten Betrieben in Verbindung stehen, geklagt. Als schwerster Mißstand wird aber übereinstimmend von den betroffenen Kreisen das Streikpostenstehen bezeichnet. Auch bei dem Streik in der Eisenindustrie im Jahre 1910 sind ganz ähnliche Beobachtungen gemacht worden, wobei insbesondere über nicht genügenden Schutz bei der Beförderung der zahlreich vorhandenen Arbeitswilligen zu den Arbeitsstätten Beschwerde geführt wird. Aus den gemachten Erfahrungen kann nur die eine Folgerung gezogen werden, daß zurzeit gegenüber dem von den Arbeiterorganisationen ausgeübten Koalitionszwang für die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes und den Schutz der persönlichen Freiheit nicht hinreichende gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind . . . Bei der Erörterung der für die Beseitigung der bestehenden Mißstände zu machenden Vorschläge wurde von der Handelskammer in Uebereinstimmung mit ihrer Industriekommission ausdrücklich betont, daß es in der Hauptsache darauf ankomme, durch Ausgestaltung der gesetzlichen Vorschriften, ohne Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen Arbeitnehmer, die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder herzustellen, welche durch die Uebermacht des Einflusses der Massen nicht mehr hinreichend gewährleistet ist."

Auch eine Handelskammeraufgabe.

Mit welchen politischen Problemen sich in Ermangelung einer nützlicheren Tätigkeit die Großindustriellen und ihr Anhang in den Handelskammern beschäftigen, zeigt folgender kurioser Vorschlag der ehrsamen Handelskammer zu Schweidnitz. Die gescheiten Herren empfehlen, die Reichsverfassung dahin abzuändern, „daß entweder in einem neben den Reichstag tretenden Reichsständehause oder im Reichstage selbst durch Hinzunahme von Delegierten der amtlichen Berufsstandesvertretungen zu den gewählten Volksvertretern dem berufsständischen Element als mitbeschließendem Faktor der Gesetzgebung Eingang gewährt würde".

Die betriebsamen Herren von Schweidnitz scheinen in ihrem komischen Selbstgefühl anzunehmen, daß die Revision der Reichsverfassung zu den Aufgaben der Handelskammern gehört.

Sinds der Menschenopfer noch nicht genug?

In der Grube der Zeche „Scharnhorst" brennt es. Die Zeche liegt in einem Vorort von Dortmund, eine knappe Wegstunde von der Unglücksgrube „Minister Achenbach". Es handelt sich um einen Flözbrand auf der zweiten Sohle. Am Freitag, den

20. Dezember, als die Toten von „Achenbach" aufgebahrt wurden, brachte die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" die erste alarmierende Nachricht. Der Brand war damals schon etwa seit acht Tagen bemerkt worden und es stürzten oft glühende Massen herunter, die mehrere Förderwagen füllten. Nun ist zuzugeben, daß die Verwaltung sich bemüht, das Feuer abzudämmen; die Beamten werden sehr angestrengt. Aber ein Erfolg ist noch nicht zu bemerken. Dagegen scheint das Feuer an Ausdehnung zu gewinnen, zum mindesten brennt es jetzt an drei Stellen schon recht erheblich. Das allerbedenklichste ist, daß trotz des Brandes in der Grube noch gearbeitet wird, sogar in dem betreffenden Revier, wenn auch nicht direkt an den Brandstellen. Wie dann, wenn sich nun Schlagwetter bilden und diese durch den Flözbrand zur Explosion gelangen?! Die Folgen würden gar nicht abzusehen sein. In der Tat scheint es so, als ob während der Weihnachtsfeiertage, an welchen die Bergleute nicht angefahren waren, eine Explosion stattgefunden hat. Was der „Arbeiter-Zeitung" glaubwürdig darüber berichtet wird, läßt keinen Zweifel übrig. Als nämlich die Bergleute des Reviers 17 am Tage nach Weihnachten einfuhren, fanden sie eine Strecke völlig zu Bruch gegangen. Alle Merkmale einer Explosion waren vorhanden, namentlich zeigte sich angebranntes Verbauungsholz und verkokter Kohlenstaub. Die Strecke konnte von den Bergleuten nicht mehr befahren werden. Die „Arbeiter-Zeitung" richtete am 20. Dezember schon die Aufforderung an die Bergbehörde, auf „Scharnhorst" nach dem Rechten zu sehen, denn das sähe selbst der Laie ein, daß die Belegschaft in großer Gefahr schwebe. Man weiß nicht, ob die Bergbehörde diesen Warnungsruf beachtet hat. Nach den Erfahrungen, die seinerzeit mit dem Grubenbrand auf Zeche „Lukas" bei Dortmund gemacht worden sind, kann man nicht daran glauben. Die Behörde kannte die Mißstände nicht, gab vielmehr der Zechenverwaltung das beste Zeugnis. Und schließlich brach die Katastrophe doch herein, die von der „Arbeiter-Zeitung" vorausgesagt worden war, und der Betriebsführer, der schon von der Bergbehörde zum königlichen Einfahrer auserkoren war, ging an seiner famosen „Hoffnung" mit zugrunde.

Oesterreich-Ungarn.

Das Rekordparlament.

Zwischen Weihnachten und Neujahr ist das österreichische Abgeordnetenhaus, das in diesem Jahre schon acht Militärvorlagen bewilligt hat, noch einmal zusammengetreten, um ein Budgetprovisorium zu genehmigen. Am Sonnabend dauerte die Sitzung von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr morgens. Ein Ruthene hielt eine fünfstündige Obstruktionsrede, um das Ergebnis der seit Jahren geführten polnisch-ruthenischen Verhandlungen über die Errichtung einer ruthenischen Hochschule abzuwarten. Der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung der lange schon versprochenen 17 Millionen für die Eisenbahner wurde mit nur 10 Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Zündholzsteuer.

Die Regierung ist drauf und dran, sich dem schwarz-blauen Vorbild der deutschen Bundesgenossen anzupassen. Die Idee des Zündhölzchenmonopols hat sie aufgegeben und wird dafür alsbald im neuen Jahr eine Zündholzsteuer vorschlagen, die jährlich 15—18 Millionen Kronen bringen soll. Die gesamte Zündholzindustrie Oesterreichs ist bereits in zwei Gesellschaften mit einem gemeinsamen Zentralverkaufsbureau zusammengefaßt. Die Fakturen dieses Bureaus sollen zur Grundlage der Besteuerung genommen werden, wodurch die Erhebungskosten der Steuer niedrig gehalten werden sollen.

Frankreich.

Die Präsidentenwahl.

Paris, 28. Dezember. (Eig. Ber.) Die Kandidatur Poincarés hat dem ganzen Spuk der „republikanischen Kandidatur" ein Ende gemacht. Mag sich die famose „Vollversammlung" am 15. Januar als mehr oder minder verstümmelter Rumpf präsentieren, jedermann weiß, daß in der ehemaligen Kapelle im Luxembourg ein politischer Leichnam aufgebahrt werden wird. Herr Poincaré hat sich wie immer als finstenreicher und zugleich eleganter Fechter erwiesen. Es macht sicher einen guten Eindruck, daß er mit seiner Kandidatur bis zum Schluß der Parlamentssession gewartet und so anscheinend das Mittel der Couloir-Umtriebe verschmäht hat. Aber eben dadurch scheint seine Kandidatur gewissermaßen vor dem ganzen Land aufgestellt. Sie wird zu einer Art moralischem Plebiszit.

Poincarés Aussichten stehen unstreitig gut. Er ist ein guter Sachwalter der bürgerlichen Interessen gewesen, ohne doch zu Brutalitäten und Unanständigkeiten zu greifen, die die Sozialisten zwingen müßten, sich zur Hintertreibung seiner Wahl mit seinen Gegnern in den bürgerlichen Gruppen zu verbinden. In seiner auswärtigen Politik aber vereinigt er geradezu virtuos ein offenbares Bemühen um den Frieden, den heute ja alle Parteien aufrechterhalten wollen, mit einem kräftigen Spiel auf der nationalistischen Gefühlsseite. Er ist Lothringer, mit Betonung dieses Ursprungs, appelliert an die militaristische Stimmung, unterstreicht sein Bekenntnis zur bisherigen Bündnispolitik. Seine Erklärungen über die Levantepolitik beruhigen durch die Aussicht auf eine Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan die Klerikalen, die sein Vorsitz in einem Ministerium mit einem antiklerikalen Schulprogramm hätte argwöhnisch machen können. Andererseits scheint er den Radikalen annehmbarer als Ribot, der gegen das Trennungsgesetz gestimmt und als Deschanel, der sich mit Hilfe der Rechtsparteien in die Höhe gearbeitet hat.

Die Hauptsache bleibt freilich, daß er sich als die starke Persönlichkeit darstellt, die das Präsidentenamt nicht blos als einen Auftrag repräsentativer und dekorativer Natur auffassen, sondern als aktiver Faktor in die Politik eingreifen wird. Manche Erfahrungen der letzten Jahre haben die Auffassungen über die Rolle des Präsidenten auch in den entschieden demokratischen Kreisen wesentlich gewandelt. Ein Präsident mit einem festen Programm, besonders in der internationalen Politik und mit einer starken Initiative scheint die notwendige Korrektur der parlamentarischen Anarchie, mit ihren zahlreichen Ministerkrisen, die Bürgschaft für eine Zielsicherheit und Kontinuität der Politik zu sein, deren Fehlen im Augenblick des „Falls von Agadir" und während des Ministeriums Caillaux-Selves so peinlich gewirkt hat.

Als Autoritäten in der auswärtigen Politik werden auch Ribot und Deschanel um die höchste Würde der Republik. Auch sie sind in den innerpolitischen Fragen Gegner des Blockradikalismus der Combeschen Aera. Es ist bezeichnend, daß die beiden bisher aufgetretenen Kandidaten, die den radikalen Gruppen angehören, neben diesen drei Männern so unbeträchtlich erscheinen, daß wohl kein Radikaler an ihre Wahl denken kann, ohne mit einem wahren Aufruhr der bürgerlichen Massen gegen die Parlamentarier rechnen zu müssen. Für Herrn Dubost läßt sich auch beim besten Willen nichts ins Feld führen, als daß die Wahl der Senatspräsidenten eine Art Gewohnheitsrecht geworden ist. Herrn Pams Stärke aber ist sein Portefeuille — nicht das des Ackerbaus, sondern ein Wechselportefeuille, worin die Handschrift vieler Parlamentarier zu finden ist. Der Radikalismus, der in den beiden Kammern noch immer die Mehrheit hat, scheint jetzt von der Präsidentenwahl ausgeschaltet, nachdem er schon das Ministerpräsidium und den Vorsitz der Deputiertenkammer verloren hat. Der letzte Ritter der humanitären Intellektuellen, Paul Hyancinthe Loyson ruft in den „Droits de l'homme" verzweifelt, die Republik brauche keinen glänzenden Präsidenten, sondern nur einen Cincinnatus. Aber bei den Radikalen wäre nur ein Crassus zu finden.

Die Konföderation der Beamtenorganisationen,

die zusammen über dreimalhunderttausend Mitglieder zählen, hat kürzlich in Paris einen Kongreß abgehalten, auf dem 31 Föderationen vertreten waren, u. a. die der Lehrer, der Zollbeamten, der Angestellten der Ministerien usw. Für den Geist, der den Kongreß beseelte, ist es bezeichnend, daß der bekannte sozialistische Lehrer Glay, der zu den regelmäßigen Mitarbeitern der „Humanité" gehört und der in dem Konflikt zwischen der Regierung und den Lehrersyndikaten eine Rolle spielte, zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt wurde. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zu dem „Beamtenstatut", das im Frühjahr der Kammer vorgelegt werden soll. Einstimmig wurde jedes „kollektive Beamtenstatut" abgelehnt und die Forderung aufgestellt, daß ersteres die Bestimmungen des Vereinsgesetzes von 1884 (das die Syndikate legalisierte) auch für die Beamten gelten sollen und daß zur Beratung des „Statuts" eine staatliche Kommission gebildet werden möge, die zur Hälfte aus Parlamentariern und zur Hälfte aus Delegierten der Beamtenorganisationen zusammengesetzt würde. Diese Beschlüsse zeigen, daß die Beamten entschlossen sind, den Kampf aufzunehmen, wenn die bürgerliche Mehrheit des Parlaments etwa versuchen sollte, ihnen das Koalitionsrecht zu schmälern und ein besonderes „Beamten"recht für sie zu schaffen.

Aus der Partei.

Die Bürgerausschußwahlen in Württemberg

finden mit dem 31. Dezember ihren Abschluß. Bis zum 29. Dezember hatte unser Landesparteiorgan über Erfolge in 67 Orten berichtet. Im ganzen waren bis dahin bei den diesjährigen Wahlen 213 sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder gewählt. Einige werden noch hinzukommen. Bei den letzten Bürgerausschußwahlen vor zwei Jahren wurden im ganzen 154 Sozialdemokraten gewählt, diesmal also rund 60 mehr. Diese 60 sind jedoch nur zum Teil neuer Gewinn, da infolge des steten Wachstums unserer Vertreterzahl in diesem Jahr mehr Parteigenossen aus den Bürgerausschüssen auszuscheiden hatten als vor zwei Jahren. In einer Reihe von Orten schickt die Sozialdemokratie die ersten Sendboten auf die Rathäuser, in einigen Orten dagegen verfügt die Partei über die Mehrheit im Bürgerausschuß, in zwei Gemeinden besteht sogar der Bürgerausschuß nur aus Sozialdemokraten. In den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, in denen die Verhältniswahl gilt, geht selbstverständlich die Partei vollständig selbständig vor. Auch in der Mehrzahl der übrigen Gemeinden, in denen nach dem alten Listensystem gewählt wird, sind unsere Genossen auf die eigene Kraft angewiesen. Doch sind, besonders in kleineren Gemeinden, die Fälle noch häufig, daß mit irgendeiner lokalen bürgerlichen Vereinigung oder Interessengruppe ein gemeinsamer Wahlzettel aufgestellt wird, der dann durch gegenseitige Unterstützung den Sieg gegen die herrschende Rathauspartei davonträgt. Seltener sind schon die Fälle, daß einzelne bürgerliche Parteien sich mit der Sozialdemokratie verbrüdern; doch war zum Entsetzen der nationalliberalen Landesparteileitung in einigen Gemeinden ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie zu beobachten. Die Beweggründe derartiger Bündnisse sind auf bürgerlicher Seite in den meisten Fällen persönlicher Natur, wie überhaupt bei den Gemeindewahlen das persönliche Moment noch eine große Rolle spielt. Neben dem erfreulichen Voranschreiten der Partei in vielen Gemeinden sind leider auch Mißerfolge zu verzeichnen. Mehrfach blieben unsere Kandidaten wider Erwarten in der Minderheit oder es wurde nicht die Stimmenzahl und die Vertretung erreicht, auf die begründeterweise gerechnet worden war. Wie bei den Landtagswahlen, so ergab sich auch bei den Bürgerausschußwahlen, daß die Parteiwirrnisse ihren nachteiligen Einfluß auf die Entwickelung der Partei ausüben.

Danksagung.

Zu meinem 70. Geburtstage sind mir aus vielen Orten Deutschlands von Vereinen, Freunden und Genossen die herzlichsten Gratulationen zugegangen. Da es mir nicht möglich ist, jedem Einzelnen brieflich zu danken, spreche ich hierdurch allen Spendern meinen Dank aus.

Wilhelm Stolle, M. d. R., Gesau bei Glauchau.

Von der schweizerischen Parteipresse. Im Chaux-de-Fonds erscheint seit kurzem die „Sentinelle" als sozialdemokratisches Tageblatt in einer neugegründeten sozialdemokratischen Genossenschaftsdruckerei. Die Redaktion besorgen die Genossen Nationalrat Naine und Roya, der bisher Redakteur in Auxerre (Frankreich) war. Die „Sentinelle" ist nun das zweite sozialdemokratische Tageblatt in der Schweiz. Wir wünschen ihm viel Erfolg!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Beleidigung von Arbeitswilligen.

Genosse Rauch von der Zittauer „Volkszeitung" wurde wegen einer scharfen Kritik von Arbeitswilligen aus dem Ostritzer Samtweberstreik zu 250 M. Geldstrafe verurteilt. Die Arbeitswilligen waren mit Namen aufgeführt, stellten Strafantrag und der Staatsanwalt übernahm die Klage im öffentlichen Interesse. Bei der Strafbemessung rechnete man dem Genossen Rauch die als Redakteur erlittenen Vorstrafen als erschwerend an. Daß die Arbeitswilligen sich zumeist aus Elementen rekrutieren, die wegen verschiedener Vergehen schon bestraft sind, hat vermutlich auf das Gericht weniger Einfluß ausgeübt.

Ein Nelkenprozeß.

Bei einem Gewerkschaftsfest in Hemelingen bei Bremen verkaufte ein Genosse Nelken und stellte auch eine Anzahl Genossen in seinen Dienst. Der Ueberschuß sollte der Parteikasse zufließen. Die Polizei beschlagnahmte deshalb den Ertrag des Verkaufs und erließ gegen den Genossen ein Strafmandat. Vom Schöffengericht freigesprochen, verurteilte ihn jetzt die Berufungsinstanz zu 10 M. Geldstrafe und bestätigte die Beschlagnahme des Erlöses von 70 M. aus dem Nelkenertrag. Das Urteil soll durch Revision angefochten werden.

Eine Haupt- und Staatsaktion in Bochum.

In Verfolg eines Beschlusses des Amtsgerichts Düsseldorf wurde am Montagabend im sozialdemokratischen Parteisekretariat zu Bochum nach der Broschüre gehaussucht, die von unserem Düsseldorfer „Rheinischen Bureau" zur Propaganda gegen den Militarismus herausgegeben wurde. Es kam dabei zu erregten Auftritten, zunächst weil der Beschluß von dem Beamten nicht vorgezeigt werden konnte, auf Grund dessen die Haussuchung stattfand. Als nachher einer der Beamten in seinem Eifer die Geschäftsbücher aus einem Schrank herausgriff und sie auf die Erde fallen ließ, sagte der Parteisekretär, Genosse Scheibe, den Beamten leicht an der Schulter berührend: „Aber Sie sehen doch, daß das Geschäftsbücher sind," worauf der Beamte provozierend antwortete: „Berühren Sie mich nicht, sonst mache ich von der Waffe Gebrauch." — Das Resultat der mit einem Aufgebot von sieben Beamten vorgenommenen Haussuchung waren ganze vier Exemplare der Broschüre.

Jugendbewegung.

Woher der Jungdeutschlandbund seine Mitglieder bekommt . . .

Der Vorsitzende des Schlesischen Provinzialverbandes des Jungdeutschlandbundes, General Freiherr v. Seckendorff, hielt in Nimptsch einen Vortrag, in dem er ausplauderte, auf welche Art der Jungdeutschlandbund in Schlesien zu seinen Mitgliedern gekommen ist. Er sagte:

„Der ganze Regierungsbezirk Oppeln und ein Teil des Regierungsbezirks Breslau sind mit den Stadt- und Landkreisen an Jungdeutschland, Provinzialverband Schlesien, angeschlossen. Für den Jahresbeitrag von 100 M. ist erreicht (!) worden, daß sämtliche in den betr. Kreisen befindlichen Jugendpflegevereine, die auf nationalem Boden stehen, als Jungdeutschland angeschlossen gelten. . . . Dem Jungdeutschlandbund, Provinzialverband Schlesien, haben sich bisher Vereine in Stärke von 120 000 Köpfen angeschlossen. . . ."

Der letzte Satz müßte natürlich heißen: Diese 120 000 „Köpfe" sind ohne ihren Willen dem Jungdeutschlandbund mit Haut und Haaren verkauft worden. Der starke Widerspruch vieler Vereinsleiter gegen den Jungdeutschlandbund half ihnen nichts: ob sie wollten oder nicht, sie wurden „Mitglieder" des Jungdeutschlandbundes!

Die „Rundschau", das Organ der Nationalvereinigung der evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands, weiß zu berichten, daß auch im Kreise Waldenburg i. Schl. der Jungdeutschlandbund ähnlich „agitiert" habe. Das Blatt bemerkt höhnisch:

„Wozu diese Kleinkrämerei mit den einzelnen Kreisen? Das ganze Deutschland soll es doch sein! Schließt doch einfach ganz Deutschlands Jugend dem Jungdeutschlandbunde an, auch besonders die ganze Arbeiterjugend. Da hat man sie ja ohne Widerrede, und — das Vaterland ist gerettet!!"

Jungdeutschland, Prosit!

Im Interesse der „körperlichen Ertüchtigung" Jungdeutschlands mußte ein Magenstärkungsmittel erfunden werden. Und da Schnaps und Hurrapatriotismus sehr häufig in engsten Beziehungen zu einander stehen, ist Jungdeutschlands Name für alle Zeiten mit einem — ff. Kräuterlikör liiert worden. In der hochpatriotischen Berliner Zeitung, dem „Tag", fand sich vor Weihnachten folgende Anzeige:

Weihnachtsgeschenk für Herren
Jung-Deutschland
feinster Kräuterlikör, appetitanregend,
Verdauung befördernd, magenstärkend,
gesetzl. geschützt Nr. 17830
preisgekr. m. gold. Med. u. Ehrenkreuz.
Alleiniger Fabrikant
Emil Schükert, Neuruppin,
Weingroßhdlg., Likör- u. Spritfabrik.

Wehe der Menschheit, wehe den Fluren und Wäldern, wenn Jungdeutschland mit diesem Trunke im Leibe losgelassen wird!

Aus Industrie und Handel.

Preiserhöhungen der staatlichen Zechen in Oberschlesien.

Das für die oberschlesischen Kohlenpreise maßgebliche Handelsbureau der Königl. Bergwerksdirektion Zabrze erhöhte für das Innengebiet mit Jahresbeginn die Tonnenpreise der kleinen Nußkohlen und gewaschenen Nußkohlen um 20 Pf., der Staubkohlen um 30 Pf. und der Erbskohlen, gewaschenen Erbskohlen, Kleinkohlen, gewaschenen Grieskohlen und Nätterkleinkohlen um 50 Pf. Nach der „Bresl. Ztg." erfuhren nach der Mark Brandenburg die Preise der Kleinkohlen, Erbskohlen usw. einen Preisaufschlag von 1½ M. und der kleinen Nußkohlen von 50 Pf. Von diesen Preiserhöhungen der staatlichen Zechen werden gerade Hausbrandkohlen betroffen. Nach den eigenen Erklärungen des Handelsministers betrachte es der Fiskus als seine Aufgabe, die Interessen der kleinen Konsumenten zu wahren. So begründete er wenigstens den Austritt aus dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat. Die neuen Preiserhöhungen in Oberschlesien sind die Probe aufs Exempel!

Getreidespekulation.

Seit Freitag der vergangenen Woche sind an der Berliner Produktenbörse die Getreidepreise erheblich gestiegen. Am Freitag wurden die Preise für Roggen um 4½ M., für Weizen um 2 M.; am Sonabend um 1 bezw. 1½ M., am Montag weiter um ½ bezw. 2 M. in die Höhe gesetzt. Es handelt sich dabei bloß um Erhöhungen in Folge von Börsenmanövern. Die Händler, die vorher mit Lieferungszeit Ende Dezember verkauft hatten, mußten jetzt selbst einkaufen, um ihren Verkaufsbedarf zu decken. Diese „Baissiers" hatten solange mit dem Einkauf gezögert, um niedrigere Preise abzuwarten, und dann am Ende gegen die höheren, früher verabredeten liefern zu können. Die Nachrichten über die Welternten sind entsprechend den Erwartungen der Baissiers als sehr günstige zu bezeichnen. Dennoch sind die Spekulanten à la baisse in eine Zwangslage geraten, als sie mit ihren Deckungen allzu sehr gezögert haben. Die Haussepartei hat diese Situation ausgenützt. Sie steigerte die Preise, weil die Baissiers kaufen mußten, um ihre Verpflichtungen einhalten zu können. Selbst, als einzelne Mühlen als Verkäufer auf den Markt traten, nahm die Haussepartei die Angebote auf. Besonders die Firma „Berliner Dampfmühle" führte so künstliche Preisheraufsetzungen herbei.

Erweiterung des Siemens-Bergmann-Konzerns.

In einer im Januar stattfindenden Aufsichtsratssitzung des Bodenbacher Tochterunternehmens der Bergmann A.-G. in Berlin wird, der „Frankf. Ztg." zufolge, die Vereinigung des Bodenbacher Messing- und Kupferwalzwerkes, das einen erheblichen Bestandteil der österreichischen Bergmann-Elektrizitätswerke ausmacht, mit der Wiener Messingwalzfirma Chaudoir u. Co. vorgeschlagen werden. Wenn die Zustimmung erteilt wird, dürfte aus den beiden vereinigten Walzwerksbetrieben eine österreichische Aktiengesellschaft mit größerem Kapital gebildet werden, an der der Bergmannkonzern mit größerem Kapital beteiligt sein wird, entsprechend dem Teile seines Eindringens. Die bisherige elektrotechnische Abteilung des Bodenbacher Unternehmens bleibt bestehen. Diese Erweiterung ist von größter Bedeutung für den Siemens-Schuckert-Konzern, vor dem die Bergmann A.-G., gezwungen durch den Druck der Großbanken, kapitulieren mußte.

Die Neuordnung würde zugleich von Bedeutung für das Oesterreichische Messingsyndikat werden. Das Bodenbacher Messingwerk soll nämlich während des ersten vollen Betriebsjahres im Kampfe gegen das Oesterreichische Messingsyndikat nicht weniger als ein Drittel des gesamten österreichischen Bedarfes erobert haben und damit dem Syndikat sehr unbequem geworden sein. Durch die Vereinigung mit Chaudoir ist das größte Hemmnis für die Erneuerung des bereits aufgekündigten Syndikats beseitigt.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

München, 29. Dezember. In den heute unter dem Vorsitz des Gewerbedirektors Dr. Prenner begonnenen Verhandlungen behufs Abschlusses eines Reichstarifvertrages für das deutsche Baugewerbe wurde vor allem beschlossen, daß zu den Verhandlungen nur die bisherigen Vertragsteile zugelassen werden sollen. Bei der Besprechung der Sache ergab sich folgendes: Sämtliche Vertragsteile stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt des Tarifvertrages, den sie als zurzeit zweckmäßigste Form der Regelung der Arbeitsverhältnisse ansehen. Sämtliche Parteien wünschen auch unter Ausschaltung eines Kampfes wiederum zu einem Tarifvertragsabschluß zu gelangen. Allseits besteht indes die Auffassung, daß der bisherige Vertrag im Vollzuge eine Reihe von Mängeln gezeigt hat, die in einem zukünftigen Vertrage behoben werden sollen. So soll insbesondere größere Klarheit über die Akkordarbeit, über den Arbeitsnachweis, über den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich des Vertrages, sowie über die tariflichen Instanzen geschaffen werden.

Von seiten der Arbeiterverbände wird als prinzipielle Forderung eine Erklärung des Arbeitgeberbundes verlangt, daß eine allgemeine Lohnerhöhung garantiert wird, das heißt, es sollen die Bezirks- bezw. örtlichen Verbände angewiesen werden, über Lohnerhöhungen zu verhandeln und eine solche zu bewilligen. Sodann sollen die Hemmungen gegenüber dem Verlangen der Arbeiterorganisationen auf Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Gewährung eines Lohnausgleiches beseitigt werden. Ferner sollen vorerst örtliche Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit stattfinden und soll erst danach in die Beratung und Festlegung des Hauptvertrages und des Vertragsmusters eingetreten werden.

Demgegenüber erklärten die Vertreter des Arbeitgeberbundes Folgendes:

„Sollten sich die Bezirksverbände des Arbeitgeberbundes mit den Bezirksvertretungen der Arbeitnehmerorganisationen auf örtliche Lohnerhöhungen einigen, so will die Bundesleitung dem nicht entgegenstehen. Der Arbeitgeberbund ist jedoch nicht in der Lage, die verlangte Garantie für eine allgemeine Lohnerhöhung zu übernehmen, kann auch keine allgemeine Anweisung auf Lohnerhöhung geben. Um Verhandlungen in den Bezirken überhaupt zu ermöglichen, hält es der Arbeitgeberbund für unerläßlich, daß der Hauptvertrag ausschließlich des Vertragsmusters zwischen den Zentralverbänden vorher festgestellt wird. Sollten sich der Vereinbarung des Hauptvertrages und des Vertragsmusters unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist der Arbeitgeberbund bereit, den jetzigen Vertrag bis zum 31. März 1916 unverändert zu verlängern."

Ferner wird vom Arbeitgeberbund die Einbeziehung der Betonarbeiter in den Tarifvertrag gefordert, wozu die Arbeiterverbände keine endgültige Stellung einnehmen können.

Sämtliche Parteien halten an diesen ihren Erklärungen fest. Die Vertreter der Arbeiterverbände erklären schließlich, daß sie auf weitere Verhandlungen über den gesamten Inhalt des Hauptvertrages und des Vertragsmusters noch nicht vorbereitet seien und daher hierüber heute nicht verhandeln können.

Hierauf wurden die Verhandlungen in allseitigem Einverständnis auf den 21. bezw. 22. Januar 1913 vertagt. Die Verhandlung soll in Berlin wiederum unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Prenner stattfinden.

Berlin und Umgegend.

Unterm gelben Banner!

Die Direktion der Siemens-Werke hat „allergnädigst geruht", ihren gelben Lieblingen eine Wohltat zu erweisen. Im Frühjahr 1912 gab sie bei der Firma Rudolph Hertzog ein Banner in Auftrag, das dem gelben Verein für treue Dienste als Geschenk überwiesen werden sollte. Eine Bannerweihe großen Stils sollte anläßlich des Sommerfestes des gelben Vereins im „Carlshof" stattfinden. Infolge eines Konfliktes zwischen den gelben Brüdern des Wernerwerks und denen der anderen Siemens-Betriebe fand am gleichen Tage ein zweites Sommerfest im Spandauer Bock statt. Um sich nicht der Lächerlichkeit preiszugeben und zweimal eine Bannerweihe vorzunehmen, sah sich der gelbe Vorstand veranlaßt, der Direktion allerunterständigst die Bitte zu unterbreiten, vorläufig auf die Bannerweihe verzichten zu wollen. Nun ruht das „äußere Zeichen größten Wohlwollens" seit Monaten im gelben Zentralbureau am Rohrdamm 24, und der erste Vorsitzende und der Geschäftsführer des gelben Vereins sind treue Hüter des Schatzes, aber sind auch gern bereit, neugierigen Augen, deren Besitzer sich durch die gelbe Legitimation ausweisen können, das Banner zu zeigen. Das eifrige Bemühen der Obergelben, das Banner beim Stiftungsfest im Herbst zu weihen, war auch vom Mißerfolg begleitet. Am 25. Januar 1913 soll nun der große Moment gekommen sein, in welchem der staunenden Mitwelt die Komödie vorgeführt wird. Die Obergelben werden die Gelegenheit wahrnehmen, um ihre Lobsprüche auf die Direktion zu halten und die gelben Herzen werden entzückt sein, wenn sich eine der leitenden Personen der Siemens-Werke herbeiläßt, Worte der Anerkennung für den gelben Verein zu spenden.

In den Siemens-Werken ist es seit Bestehen des gelben Vereins üblich, bei jeder Gelegenheit eine Bettelei zu veranstalten. Nicht allein, daß den gelben Mitgliedern widerrechtlich die Beiträge vom Lohn in Abzug gebracht werden, wird nun auch versucht, jedem einen Obulus für die Bannerweihe abzuzwacken. In allen Werken und Abteilungen zirkulieren mit Genehmigung der Direktion Sammellisten für die Bannerweihe. Man fragt unwillkürlich: Hat die Direktion durch die in letzter Zeit massenhaft erfolgten Akkordabzüge nicht soviel Profit eingeheimst, um die Kosten der Bannerweihe aus ihrem Säckel decken zu können.

Das gelbe Banner ist das Zeichen der Schande, der Rechtlosigkeit und Ausbeutung. Zu seiner Enthüllung beizutragen, zwingt man die unter diesem Banner niedergehaltene Arbeiterschaft. Alle in den Siemens-Werken tätigen freidenkenden Arbeiter und Arbeiterinnen werden es desto mehr als ihre Ehrenpflicht betrachten, unaufhörlich an der Aufklärung der noch indifferenten Arbeiterschaft mitzuarbeiten.

Achtung, Fliesenleger und Fliesenlegerhilfsarbeiter! Die dem Verbande der Fliesengeschäfte Groß-Berlins angehörenden Firmen haben bei der letzten Lohnzahlung am Sonnabend, den 28. Dezember 1912, also noch vor Ablauf des geltenden Tarifvertrages, den bei ihnen beschäftigten Fliesenlegern und Hilfsarbeitern eine Arbeitsordnung zur Unterschrift vorgelegt.

Da die Arbeitsordnung ganz wesentliche Verschlechterungen gegen den bisher geltenden Tarifvertrag enthält, erwarten wir von allen Fliesenlegern und Hilfsarbeitern, daß sie die Unterschrift verweigern. Ferner ist es Ehrenpflicht aller Fliesenleger und Hilfsarbeiter die bisher geltenden Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten. Alles weitere wird eine am Sonntag, den 5. Januar 1913, in den Koronasälen, Kommandantenstr. 72, stattfindende Versammlung beschließen. Etwa sich ergebende Differenzen sind durch die Geschäftsdeputierten am Sonnabendabend von 6—8 Uhr im Arbeitsnachweis, Markgrafenstraße 88, bei Löhrich, zu melden.

Die Arbeitnehmerbeisitzer der Schlichtungskommission für das Fliesenlegergewerbe.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung in der Binnenschiffahrt.

Am 28. und 29. Dezember fanden in Berlin zwischen dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt, dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer erneut Verhandlungen statt. Bekanntlich ist die am 4. Dezember cr. in den ersten Verhandlungen von der Arbeiterorganisation abgegebene Erklärung, nach welcher eine Nacht- und Sonntagsruhe abgelehnt, hingegen eine mäßige Lohnerhöhung in Aussicht gestellt wurde, von den Arbeiterorganisationen abgelehnt worden.

Am ersten Verhandlungstage, am 28. Dezember, erklärte der Arbeitgeberverband, daß die Arbeitgeber bereit seien, eine gemeinsame Kommission mit den Arbeitgebern zu bilden, um durch diese Kommission feststellen zu lassen, in welchen Betrieben die schwersten Mißstände in Punkto Arbeitszeit vorhanden sind. Diese von den Unternehmern geplanten neuen Erhebungen über die Dauer der bestehenden Arbeitszeit sollten sich auf das kommende Jahr 1913 erstrecken. Die beiden Arbeitnehmerverbände erklärten daraufhin, daß sie nach wie vor prinzipiell den Standpunkt vertreten, daß die Gewährung einer Nacht- und Sonntagsruhe möglich und durchführbar ist. Der Transportarbeiterverband hielt den neuen Vorschlag der Arbeitgeber für unzweckmäßig und lehnte ihn ab. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer erklärte sich dazu bereit, jedoch mit dem Unterschiede, daß sich die neuen Erhebungen auf Arbeits- und Fahrzeiten im verflossenen Jahre 1912 erstrecken und bis zum 1. März 1913 beendet sein sollten. Die Verhandlungen wurden sodann auf den 29. Dezember vertagt.

Am zweiten Verhandlungstage unterbreitete der Arbeitgeberverband den Arbeitnehmerorganisationen eine zweite Erklärung mit folgendem Wortlaut:

> Der Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und verwandter Gewerbe schlägt eine Verlängerung der bestehenden Vereinbarung auf drei Jahre vor unter nachstehenden Bedingungen: Die Löhne werden um 5 M. pro Monat erhöht. Um über die behaupteten Mißstände bezüglich der Arbeitsdauer unparteiisch Klarheit zu erhalten, soll nachstehendes Verfahren eingeschlagen werden. Es wird eine von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichmäßig beschickte Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden eingesetzt, die auf dem Wege statistischer Erhebungen Feststellungen über die Beschäftigungs- und Ruhezeiten während der Fahrt der Schiffe machen soll. Zu diesem Zweck sollen für jedes Schiff fortlaufend buchmäßige Eintragungen vorgenommen werden, die der Kommission in bestimmten Zeitabschnitten zur Begutachtung vorzulegen sind. Diese Erhebungen sollen für das ganze Jahr 1913 stattfinden. Ende 1913 soll auf Grund der Ergebnisse der statistischen Erhebungen eine feste, den Betriebsverhältnissen der einzelnen Stromgebiete angepaßte Regelung der Arbeitszeiten vorgenommen werden. Sollten schon früher von der Kommission Mißstände als allgemein vorhanden festgestellt werden, so verpflichten sich die betreffenden Arbeitgeber, sofort Abhilfe zu schaffen. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, die Wünsche bezüglich der Ueberstunden, Reisevergütung und Effektenversicherung gruppenweise zu regeln.
>
> Die Arbeitgeber verlangen bis Mittwoch, den 15. Januar 1913, eine Erklärung der Arbeitnehmerorganisationen über ihre Stellungnahme zu diesen Vorschlägen. Die Entscheidungen darüber werden die Mitglieder bezw. in letzter Linie die Schiffahrtskonferenzen der beiden Verbände treffen. Der Transportarbeiterverband glaubt dieses bis zum 15. Januar bewerkstelligen zu können, während der Zentralverband der Maschinisten und Heizer erklärte, daß seine Konferenz bereits auf den 26. und 27. Januar festgesetzt ist und daher eine entscheidende Antwort bis zu diesem Termin vertagt werden muß.

Die Komödie im Saarrevier.

Am Sonntagnachmittag tagte in Saarbrücken eine Revierkonferenz des christlichen Bergarbeiterverbandes, um über einen endgültigen Beschluß im Bergmannsstreik zu beraten. Erschienen waren dazu auch von der Zentrale der christlichen Gewerkschaft der Abg. Giesberts und der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaft Stegerwald. Die Arbeiterdelegierten, etwa 400 an der Zahl, waren zum größten Teil für den Streik, aber die Gewerkschaftsführer, vor allem Giesberts und Stegerwald, erklärten sich gegen den Streik. Die ganze Versammlung verlief resultatlos. Man beschloß, die Konferenz am Montagvormittag weiter tagen zu lassen und erst dann einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Am Montagvormittag 9 Uhr wurden die Gewerkschaftsführer Imbusch und Giesberts vom Vorsitzenden der Bergwerksdirektion zu einer Besprechung empfangen.

Die darauf zusammentretende Revierkonferenz der christlichen Gewerkschaften hat nach 4½stündiger, teilweise sehr erregter Debatte die am Sonntag vorgelegte, einen Streik vermeidende Resolution des christlichen Gewerkschaftsvorstandes angenommen. Gegen die Resolution stimmten etwa 100 Delegierte von einer Gesamtdelegiertenzahl von 350. Die Resolution fand somit eine große Mehrheit. Dadurch ist die Streikankündigung im Bergwerksgebiet der Saar, die am 2. Januar in Kraft treten sollte, wieder aufgehoben. Die Resolution spricht aber nicht von einer Aufhebung des Streikbeschlusses, sondern von einem Waffenstillstand, um zunächst abzuwarten, ob die Bergwerksdirektion ihre Versprechungen wegen weiterer Lohnerhöhungen auch ausführen werde. Beschlossen wurde laut Resolution, eine zwölfgliedrige Kommission einzusetzen, die darüber zu wachen hat, ob die Versprechungen erfüllt werden und ob den Arbeitern günstige Regulierung der Schichtenlöhne zugebilligt werden wird. Weiter sollen Untersuchungen über Lohnunterschiede in den einzelnen Inspektionen angestellt und ferner festgestellt werden, ob mit Rücksicht auf die Verkürzung der Schlepperzeit Gedingerhöhungen vorgenommen werden. Die Konferenz erwartet, daß in Zukunft Abänderungen oder Ergänzungen der Arbeitsordnung mindestens 4 Wochen vorher den Ausschußmitgliedern zugestellt werden und daß diesen Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, Gegenvorschläge zu machen.

Der Bericht der Kommission dürfte in vier bis fünf Wochen zu erwarten sein. Alsdann hätte formell eine weitere Revierkonferenz über das weiter einzuschlagende Verhalten zu beschließen. In Wirklichkeit hat das Verhalten der christlichen Gewerkvereinsleitung und der dadurch herbeigeführte „Waffenstillstands"beschluß der Bewegung den Hals gebrochen. Es wird kaum möglich sein, nach Wochen noch die für einen wirklichen Kampf notwendige Einheitlichkeit und Geschlossenheit unter den Arbeitern wieder herbeizuführen, selbst wenn der Bericht der Kommission ergibt, daß die den Arbeitern gemachten Versprechungen nicht voll erfüllt sind. Soweit die Empörung der christlichen Arbeiter wirklich vorhanden und echt war, dürfte sie sich nach diesem Ausfall der Bewegung nunmehr gegen die Leitung des Gewerkvereins wenden.

Tarifbewegung im Hamburger Baugewerbe.

Auf Veranlassung des Baugewerbeverbandes tagte in Hamburg eine Sitzung, zu der die Organisationsvertreter aller Berufe, die in irgendeiner Verbindung mit dem Baugewerbe stehen, eine Einladung erhalten hatten, z. B. Maurer, Hilfsarbeiter, Metallarbeiter, Kutscher, Zimmerer usw.

Den Arbeitervertretern wurde von den Unternehmern die Absicht bekanntgegeben, einen Kollektivvertrag gegenseitig abzuschließen, der für den einzelnen Beruf wohl verschiedene Löhne vorsehen soll, sonst aber gleichlautende Bestimmungen — wie solche jetzt zwischen den Zentralvorständen der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen abgeschlossen würden — haben müßte. Um diesen Plan zu vervollständigen, müßten die Arbeiterorganisationen unter sich eine neue Körperschaft bilden, die alle Organisationen vertritt, ähnlich wie solche durch den Baugewerbeverband dargestellt wird. Diese beiden Körperschaften, der Baugewerbeverband zu Hamburg einerseits und der neu zu bildende Tarifausschuß der Arbeiterorganisationen, sollen dann als Vertragskontrahenten gelten. Die Arbeitervertreter erklärten, vorläufig nicht in der Lage zu sein, eine bindende Erklärung abgeben zu können, aber voraussichtlich würden sich dem Wunsche des Arbeitgeberverbandes unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Der Vertreter des Bauarbeiterverbandes erklärte den Unternehmern, daß letztere sich darauf gefaßt machen sollten, daß die Mitglieder seiner Organisation eine kürzere Arbeitszeit und Lohnerhöhung nach dem 31. März 1913 fordern würden.

Ausland.

Ein Urteil des Klassenhasses.

Rom, den 28. Dezember 1912. (Eig. Ber.)

Nach dreißigmonatlicher Untersuchungshaft ist soeben von den Geschworenen von Ravenna über 8 organisierte landwirtschaftliche Tagelöhner der Wahrspruch gefällt worden als über angebliche Mitschuldige an dem Totschlag von Voltana. Die der Anklage zugrunde liegende Tatsache hat sich in der Zeit der Agrarunruhen in der Romagna abgespielt. Damals war der Konflikt wegen der Dreschmaschinen auf seinem Höhepunkt. Die Halbpartner wollten diese Maschinen selbst bedienen, während die Tagelöhner diese Arbeit ihrer eigenen Organisation vorzubehalten suchten. Eines Tages kam einigen 300 Tagelöhnern die unglückliche Idee, eine Demonstration gegen die Halbpartner vorzunehmen, die auf einem Felde arbeiteten. Da sich diese einer großen Ueberzahl gegenübersahen, machten sie von ihren Waffen Gebrauch und verwundeten fünf Tagelöhner; ein Halbpartner wurde durch Verletzungen mit einer Hacke getötet. Gleich nachher nahm man, wie das in solchen Fällen Mode ist, teils blindlings, teils politisch allzu hellsehend, eine Unzahl von Verhaftungen vor, die zu zahlreichen Verurteilungen wegen Bedrohung und wegen Vergehens gegen die Freiheit der Arbeit führten. Für acht der Verhafteten, lauter sozialistische Tagelöhner, wurden die Akten an das Geschworenengericht abgetreten, vor dem sie sich wegen Totschlags zu verantworten hatten. Der Prozeß brachte, wie alle ähnlichen Verhandlungen, die die Schuldigen einer Massenaktion feststellen wollen, so gut wie gar kein Beweismaterial gegen die Angeklagten. Es konnte nicht einmal für alle nachgewiesen werden, ob sie sich überhaupt an der unglücklichen Demonstration beteiligt hatten. Allein der Zeitraum von 30 Monaten, der seit der Tat vergangen war, genügte, um den Aussagen jeden Wert zu nehmen. Trotzdem sprachen die Geschworenen sieben Angeklagte des Totschlags und der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange schuldig, worauf das Gericht sie zu Strafen von 8 bis 15 Jahren Zuchthaus verurteilte. Alles in allem wurden 67 Jahre Zuchthaus verhängt, ohne daß irgendein ernster, geschweige denn ein zwingender Anhalt dafür besteht, daß die Verurteilten an dem Tode des Halbpartners schuld trugen! Die Geschworenen haben sich daran genügen lassen, daß sie sozialistische Tagelöhner vor sich hatten, denen es auf alle Fälle nicht schaden konnte, wenn man ein Exempel an ihnen statuierte!

Letzte Nachrichten.

Keine Aussicht auf Einigung der Friedensdelegierten.

London, 30. Dezember. (W. T. B.) Vertreter des „Reuterschen Bureaus" hatten heute abend Unterredungen mit den Friedensdelegierten der Balkanstaaten und der Türkei. Nach Aeußerungen der Delegierten der Balkanstaaten erklärte Reschid Pascha, daß nach Ansicht der Pforte die Mehrzahl der in Beratung stehenden Fragen den Mächten unterbreitet werden müßte außer der Frage der türkisch-bulgarischen Grenze, die zwischen der Türkei und Bulgarien geregelt werden müsse. Die türkischen Delegierten erklärten, ihre neuen Vorschläge seien wichtig, wenn auch nicht vollständig.

Der Dynamitprozeß von Indianapolis.

New York, 30. Dezember. (P. C.) In dem Riesen-Dynamitverschwörungsprozeß, der drei Monate gedauert hat, und in welchem am letzten Sonnabend 38 von 40 Angeklagten schuldig befunden wurden, ist heute, nachdem ein Antrag der Angeklagten, die Anklage zur nochmaligen Verhandlung vor die „Großgeschworenen" (Grand Jury) zurückzuverweisen, vom Gericht abgelehnt worden war, folgendes Urteil gefällt worden: 23 Angeklagte, darunter der Präsident der Gewerkschaft, Frank Ryan, erhielten sieben Jahre Gefängnis, acht andere, darunter zwei Vizepräsidenten der Gewerkschaft, 6 Jahre, die übrigen vier bis 1 Jahr Gefängnis. Aus juristischen Gründen war der Antrag auf Verurteilung wegen Transports von Dynamit in Personenzügen gestellt worden, weil darauf eine strengere Strafe steht als auf ein versuchtes Dynamitattentat. Das schwere Urteil erregt außerordentlich großes Aufsehen, da der verurteilte Präsident und die Vizepräsidenten der Gewerkschaft sowie auch die übrigen Angeklagten nicht nur in den Kreisen der Arbeiterschaft großes Ansehen genossen.

Schweres Eisenbahnunglück.

München, 30. Dezember. (W. T. B.) In der Station Bruckberg bei Moosburg hat sich heute abend ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet. Der Personenzug 1016, der um 6 Uhr 17 Minuten von Landshut nach München abgeht, wurde in der Station Bruckberg zurückgehalten, um den Berliner Luxuszug, der auf seiner Fahrt nach München Landshut um 6 Uhr 25 Minuten verläßt, passieren zu lassen. Mehrere Passagiere des Personenzuges stiegen vorzeitig aus und wurden von dem gerade passierenden Schnellzuge erfaßt. Drei Personen wurden getötet und eine schwer verletzt. Unter den Toten soll sich eine Restaurateursgattin und ihre 12jährige Tochter aus Bruckberg befinden. Ueber die Personalien der beiden anderen Verunglückten ist noch nichts Sicheres bekannt.

Explosionskatastrophe.

Petersburg, 30. Dezember. (W. T. B.) In einer in der Vorstadt Ochta gelegenen Sprengstoffabrik erfolgte heute nachmittag aus unbekannter Ursache eine Explosion von Knallsubstanz. Das Gebäude wurde teilweise zerstört; drei Personen wurden getötet, 9 schwer und 42 leicht verletzt.

Ein Riesenstreik in New York.

New York, 30. Dezember. (W. T. B.) Hunderttausend Gewandarbeiter, die zu den schlechtest bezahlten Arbeitern der Stadt gehören, sind in den Ausstand getreten, um höhere Löhne durchzusetzen. Es kam, besonders im Stadtteil Williamsburgh, zu Unruhen.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zur Lage der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter.

II.

Rentenquetschen. Fehlen von Unfallverhütungsvorrichtungen. Revisionen.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß die meisten Berufsgenossenschaften ihre „Rentenlast" künstlich zu drücken suchen. Nicht etwa durch Uebernahme rechtzeitiger und geeigneter Heilverfahren, sondern durch umfangreiche allgemeine **Rentenkontrollen** — Nachuntersuchungen der Verletzten. Der Erfolg der Berufsgenossenschaften wurde auch in diesem Punkte wesentlich gefördert, seitdem das Reichsversicherungsamt den alten Grundsatz von den Dauerrenten beseitigte und zuläßt, daß jetzt auch Renten ermäßigt und aufgehoben werden können, die einstmals durch Urteil oder Vergleich ausdrücklich als sogenannte „Dauerrenten" gewährt wurden. Natürlich machen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften davon den ausgiebigsten Gebrauch und Rentenkontrollen finden überall statt. Der Erfolg dieser „Kontrollen" ist Herabsetzung oder völlige Aufhebung der Renten und außerordentliche „Ersparnis" an Aufwendungen. Hierüber berichten frohlockend insbesondere „Baden", „Ostpreußen", „Hessen-Nassau", „Pfalz", „Rheinland", „Schleswig-Holstein", „Schwaben-Neuburg", „Oberpfalz", „Westfalen", „Oberbayern", „Ober-Elsaß", „Westpreußen". Leider ist aus den Berichten nicht zu entnehmen, daß in der Tat eine Besserung in der Erwerbsfähigkeit des durch „Revision" um seine Rente gekürzten Kleinbauern oder Landarbeiters tatsächlich stattgefunden hat. Vielmehr zeigen schon die Berichte selbst, daß es sich in recht vielen Fällen lediglich um ein Gesundschreiben handelt. Das zeigt die Hervorhebung, die Unfallverletzten hätten sich an ihren Zustand „gewöhnt" und die Mitteilung, daß auch **Dauerrenten**, die teilweise schon länger als 14 Jahre gezahlt wurden, infolge der „Revision" gestrichen oder erheblich herabgesetzt wurden. Mit diesem Ergebnis der Berichte stimmen die lebhaften Klagen aus dem Kreise der Unfallverletzten und die unbestreitbare Tatsache überein, daß ein erheblicher Teil der so erwerbsfähig **Geschriebenen** auf Unterstützungen aus Armenfonds angewiesen sind. Ein Sturm der Entrüstung würde sich bei der Bourgeoisie erheben, wenn ein gleich ungerechtes, einseitiges, auf Beseitigung oder Kürzung von Unfallrenten abzielendes Verfahren auch etwa bei Eisenbahnverletzten platzgriffe. In keinem Lande der Welt haben die am Unfall Schuldigen ein ähnliches schwächliches, habgieriges Verfahren gegen die Opfer der Unfälle durchzuführen vermocht.

Fast noch krasser als auf dem Gebiete der Rentenquetscherei zeigt sich die Rücksichtslosigkeit landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften gegen Leben und Gesundheit der sich schwer abrackernden Kleinbauern und Landarbeiter auf dem Gebiete der **Verhütung** von Unfällen. Bekanntlich haben es die Junker bei Beratung der Reichsversicherungsordnung durchgesetzt, daß die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht verpflichtet werden können, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen oder technische Aufsichtsbeamte anzustellen. Sehr geschickt benutzt dies die Berufsgenossenschaft **„Ober-Elsaß"** im Bericht wie folgt:

„Seit der im Jahre **1909** durch die Vertrauensmänner erstmalig durchgeführten Betriebsrevisionen hat der Vorstand die weitere Durchführung der Unfallverhütung **vollständig auf sich beruhen lassen.** Zu einem Schreiben des Reichsversicherungsamtes vom 5. Juli I 9144 betr. die Ueberwachung der Betriebe und die Anstellung eines technischen Aufsichtsbeamten sprach sich die Genossenschaftsversammlung folgendermaßen aus: „Mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die im Unter-Elsaß und in Lothringen in betreff der Durchführung der Unfallverhütung gemacht worden sind, **speziell der zahlreichen Ordnungsstrafen, die verhängt werden mußten** und eine **allgemeine Entrüstung** gegen die **Berufsgenossenschaft** und deren Organe zur Folge hatten, ohne sonst wirksam zu fruchten, spricht sich die Versammlung **energisch gegen die Anstellung eines technischen Aufsichtsbeamten** aus. Die Versammlung kann sich um so weniger von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Anstellung eines solchen Beamten überzeugen, **als in der Reichsversicherungsordnung es den Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht mehr zur zwingenden Pflicht gemacht ist, Unfallverhütungsvorschriften** zu erlassen und **technische Aufsichtsbeamte** anzustellen."

Präsident Kauffmann vom Reichsversicherungsamt wird dieses Schreiben nicht mit Behagen gelesen haben, welches mit zynischer Offenheit die Mängel des neuen Gesetzes ausnutzte. Lieber keinen Unfallschutz, lieber Tausende von Krüppeln mehr, die bei der kargen Rente hungern müssen, als die „allgemeine Entrüstung" der Landwirte ertragen, deren Betriebe keine Musterbetriebe sind, denn sonst konnten doch nicht „zahlreiche Ordnungsstrafen" verhängt werden. Wie notwendig aber gerade die Unfallverhütung in der Landwirtschaft ist, gibt uns jeder Bericht kund, welcher von der Tätigkeit der Aufsichtsbeamten spricht.

Der Aufsichtsbeamte der **„Pfalz"** berichtet: „Die Zahl der in den **4419** erstmals besichtigten Hauptbetrieben konstatierten **Beanstandungen beträgt 24 126.** . . . In den 1305 **nachbesichtigten** Betrieben betrug die Zahl der Beanstandungen 3189. . . . In 348 Betrieben waren Beanstandungen nicht zu erheben."

Der Aufsichtsbeamte von **„Reuß j. L."** führt in seinem Extrabericht alle vorgefundenen Mängel aus 44 Ortschaften mit 1535 revidierten Betrieben an. Er stellte allein **8362 Mängel** und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften fest, darunter allein **1115 Treppen** ohne Geländer, 765 Mängel an Futterschneidemaschinen, 208 an Dreschmaschinen usw. Von 1535 revidierten Betrieben wurden **im ganzen 41** Betriebe angetroffen, wo nichts zu bemängeln war.

Im Berichte **„Oberpfalz"** finden wir die Rubrik, daß in den 2209 revidierten Betrieben **11 028** Mängel vorgefunden wurden. Desgleichen meldet **„Oberbayern"**: „Im Jahre 1911 wurden in 138 Gemeinden 4763 Hauptbetriebe und 62 Nebenbetriebe besichtigt. Bei den Hauptbetrieben ergaben sich **42 112** und bei den Nebenbetrieben 139 Mängel, die zu beanstanden waren."

Die Unfallverhütung liegt auch in **„Provinz Sachsen"** sehr im argen, denn der Bericht vermerkt:

„Von den **8747** Betrieben, welche einer ersten Revision unterzogen worden sind, entsprachen **11 den Unfallverhütungsvorschriften,** während von den zur ersten Nachkontrolle gekommenen 5756 Betrieben 1718 in Ordnung waren.

Bei den Nachkontrollen des technischen Aufsichtsbeamten Sourell in Gemeinden der Kreise Merseburg, Zeitz Land, Weißenfels Land, Erfurt Land, Querfurt und Bitterfeld handelt es sich um die Ausführung der zweiten und dritten, teilweise sogar der vierten Nachkontrolle. Eine größere Anzahl Betriebe lag in solchen Gemeinden, **deren Vorsteher** die **Vornahme** der zweiten Nachkontrolle aus **Rücksichten** auf ihren **Gesundheitszustand** oder aus anderen Gründen **abgelehnt hatten,** bezw. welche nach ihrem Verhalten bei der Revision und ersten Nachkontrolle für die selbständige Vornahme der zweiten Nachkontrolle nicht geeignet erschienen. Die übrigen Betriebe waren solche, deren Unternehmer die Abstellung der gerügten Mängel unter dem Vorwande ablehnten, daß sich die geforderten Schutzvorrichtungen nicht anbringen ließen."

Auch in **„Schwaben-Neuburg"** versagten die Bürgermeister in puncto Durchführung der Unfallverhütung. Im Schlußwort heißt es u. a.: Summe der Mängel: an baulichen Einrichtungen 18 445, Summe der Mängel im ganzen **38 612,** Summe der revidierten Betriebe 4834, Mängel auf **1 Betrieb 8,0.**

Nette Zustände im lieben Bayernlande! Dabei meldet auch dieser Bericht: „Die Verwendung von **Elektromotoren** zum Antriebe landwirtschaftlicher Maschinen nimmt im Genossenschaftsbezirk rasch zu."

Auch in **„Unterfranken"** stellte der Beamte fest: „Auf jeden Betrieb entfallen 4,95 Beanstandungen, in 4451 revidierten Betrieben allein **22 009** Mängel. An Futterschneidemaschinen entdeckte man **7851** Verstöße gegen die Verhütungsvorschriften. Zu einem neuen Mittel griff der Aufsichtsbeamte: „Sehr **gute Dienste** bei den Unfalluntersuchungen hat **ein photographischer Apparat** geleistet, dessen Anschaffung vom Genossenschaftsvorstande zum **Zwecke der Unfallverhütung** genehmigt worden ist, denn nicht nur zum besseren Aufklären eines Unfalls dient ein photographisches Bild, sondern es kann auch zum Ausbau der Unfallverhütungstechnik und zu Belehrungszwecken Verwendung finden."

In **„Westfalen"** wurden in 665 revidierten Betrieben **2425** Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Im Bericht **„Unter-Elsaß"** wird bemerkt, daß die zur Verhütung von Unfällen vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen wohl vorhanden, aber zur Zeit der Revision nicht an ihrem **Platz** waren. Ein Unternehmer habe **„seinem Erstaunen** darüber Ausdruck gegeben, daß **ohne vorherige Benachrichtigung** revidiert würde. **Wäre vorher die Revision angekündigt worden,** sagte er, **so wären alle Schutzvorrichtungen an Ort und Stelle gewesen".**

Wie notwendig die Revision der Betriebe ist, zeigt **uns** auch der Bericht **„Niederbayern"**, welcher ausführte:

„Bei der erstmaligen Revision wurden von **3094** Hauptbetrieben **nur 3** und von 49 Nebenbetrieben 8, bei 5070 **nachkontrollierten** Hauptbetrieben 1705 und bei 92 Nebenbetrieben 38 ohne Mängel befunden. Die Beseitigung der vorgefundenen Mängel, besonders die Anbringung der Schutzvorrichtungen an Maschinen, erfolgt **vielfach recht widerwillig** und bedarf es öfter erst der Strafeinschreitung."

Der Aufsichtsbeamte für **„Mittelfranken"** führt hierzu aus:

„Die in 273 Gemeinden mit **5290** Hauptbetrieben vorgenommene **Nachkontrolle** hat zu **18 997 Beanstandungen** geführt, d. i. durchschnittlich 3,57 Beanstandungen in einem Betriebe.

Die **Arbeit mit Maschinen mehrt sich zusehends.** Die Kraftwerke erleichtern die Aufstellung von Maschinen, so daß nun auch die kleinsten Betriebe mit solchen zu arbeiten anfangen. Folge ist **die Steigerung der Zahl der Unfälle** an Maschinen."

Der Aufsichtsbeamte für **„Anhalt"** hatte von 923 revidierten Betrieben 405 zu beanstanden.

„Ergreifen der schärfsten Maßregeln gegen Betriebsunternehmer, welche ihre **Transmissionsstangen** nicht verschalt haben," fordert der Beamte der **„Oberpfalz"**. Er führt vier markante Fälle auf, in denen eine geringfügige gerichtliche Strafe eintrat.

„Im ersten Fall handelte es sich um einen Mühlbesitzer, in dessen Mühle eine vertikale Transmissionsstange nicht verschalt war. Dadurch wurde die **Frau** des Unternehmers mit den **Röcken** von der **Welle** erfaßt und, ehe Hilfe eintraf, **getötet.** Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen.

Im zweiten Falle wurde ein **neunjähriges Mädchen,** welches sich auf den Zugbalken des Göpels legte, mit den **Haaren** von der freiliegenden Kuppelung der Transmissionswelle erfaßt, wobei der Bedauernswerten die **Kopfhaut vollständig abgezogen** und die **Gehirnschale** eingedrückt wurde. Die Beklagte, eine Gütlerswitwe, wurde hierwegen zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Im dritten Falle handelte es sich um einen Betriebsunternehmer, welcher sich eine Wasserradanlage zum Betriebe seiner Dreschere einrichtete, wobei er die Transmissionswelle, welche zirka 50 Zentimeter über dem Fußboden durch den Gemüsegarten führte, unverwahrt ließ. Infolge dieser Unterlassung **verunglückte seine achtjährige Tochter tödlich.** Urteil: 3 Wochen Gefängnis.

Beim vierten Falle, wo es sich ebenfalls um eine nichtverdeckte Transmissionsstange handelte, war der Ausgang ein glücklicher. Das **16jährige Dienstmädchen,** welches von dieser Welle erfaßt wurde, kam mit einigen Rippenbrüchen und Hautwunden davon. Der Betriebsunternehmer wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt."

Erste Generalversammlung des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter.

Berlin, den 29. Dezember 1912.

Am zweiten Verhandlungstag wird die

Diskussion über die Rechtstätigkeit des Verbandes

eröffnet. Von mehreren Delegierten wird besonders hervorgehoben, daß die Gewährung des Rechtsschutzes die wichtigste Einrichtung im Verband sei, wichtiger als Kranken- und Sterbeunterstützung. Somit werden in der Diskussion eine Reihe von Fällen über skandalöse Rechtlosigkeit der Landarbeiter vorgetragen. — Im Schlußwort weist Rechtsanwalt Rosenfeld besonders darauf hin, daß bei amtsgerichtlichen Strafbefehlen oft die Einspruchsfrist von acht Tagen versäumt werde, weil durch die Besorgung der Vollmacht bei der oft schlechten Postverbindung nach entlegenen Landorten einige Tage vergehen; es empfehle sich daher, den Einspruch sofort anzumelden und dann mit dem Verbandsvorstand in Verbindung zu treten, der Einspruch kann später eventuell noch zurückgezogen werden. Bei Schadenersatzansprüchen wegen unrechtmäßiger Entlassung glaubten die Rechtschutzsuchenden oft, daß sie den Anspruch ohne weiteres auf die arbeitslose Zeit ausdehnen könnten. Das sei ein Irrtum. Der Entlassene müßte sich um Arbeit bemühen, nur für die Zeit der somit unverschuldeten Arbeitslosigkeit stehe ihm der Lohn zu. Weiter würden Lohnklagen öfter abgewiesen — obwohl die Entlassung zu Unrecht erfolgt sei —, weil der Arbeiter nach der unrechtmäßigen Entlassung, wenn der Lohn ihm vom Gutsbesitzer einbehalten wird, im Zornesausbruch sich einer Sachbeschädigung schuldig mache. Das müsse vermieden werden.

Es folgt hierauf ein zweistündiges, mit regem Interesse aufgenommenes Referat des Redakteurs Faaß über:

Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter.

Redner bemerkt einleitend, er wolle nur die zivilen Rechtsverhältnisse des Landarbeiters besprechen, nicht seine politischen Rechte als Staatsbürger. In den 3½ Jahren Tätigkeit des Verbandes hätten die Gegner allerhand Vorschläge gemacht, wie dem Landarbeiter zu helfen sei, nur den wichtigsten Vorschlag: die Rechtsverhältnisse zu verbessern, hätten sie vergessen. Nur von dem Syndikus der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer sei ein solcher Vorschlag und zwar auf Aenderung der Gesindeordnung gemacht worden,

Silvesterglocken.

„Die Toten beklage ich —
Die Lebenden rufe ich! —"

In die Winternacht hallen zwölfe dumpfe Schläge, dann ein schwellendes Klingen, ein mächtiger Reigen feierlicher Töne: Silvesterglocken!

Dröhnend und zitternd, klagend und jubilierend schwingen die Stimmen in den Lüften. Unsagbares Leid sollen sie begraben, hoffenden Zukunftsglauben neu erwecken.

Wie Stimmen aus der Unendlichkeit dringen die Töne an das Ohr: Alles Irdische ist vergänglich, aber ständig erneuert sich das Leben!

Und sehnend schlägt das Herz dem neuen Leben entgegen.

Aber wie mit eisernen Banden klammert sich die Vergangenheit an uns und läßt uns nicht frei ausschreiten in das lichtvolle Land, das wir im Geiste schauen.

Wohl klingen die Glocken und rufen zu neuem Leben, aber in finsterer Zelle sitzt der Gefangene des Gewesenen und rüttelt vergebens an der Pforte der Freiheit.

Es umringen ihn all die Dämonen seiner Vergangenheit: Armut und Elend, falsche Erziehung, vererbte Vorurteile und Krankheiten, Egoismus und Laster, und verzweifelnd sinkt der Mensch zusammen.

Toter Silvester!

Und toten Silvester feiern auch alle die, die in der allgemeinen Not nur die eigene Rettung suchen. Von jedem neuen Jahr erwarten sie, daß es ihren alten eng-persönlichen Wünschen gerecht werde. Sie wollen ein anderes Jahr, ohne sich selbst zu ändern.

Und doch wird nur der einen fröhlichen lebendigen Silvester feiern, der immer bereit ist, sein heutiges Ich gegen ein besseres Selbst von morgen einzutauschen.

Was wäre der einzelne ohne den innigen Zusammenhang mit dem großen Weltprozeß des Kulturwerdens? — Ein verwehtes Blatt, ein entwurzelter Baum! Und besäße er alle Reichtümer der Erde und badete er sich in den Genüssen aller Zeiten und Zonen, er wäre ein Toter, wäre sein Herz nicht ein Durchgangspunkt der großen gemeinsamen Kulturwelle.

„Die Toten beklage ich!" tönt die Silvesterglocke.

Tausende erschauern unter ihrem Klange. Ein elendes, unfruchtbares Leben trotz äußeren Glanzes läßt ihnen das Leben überhaupt wertlos erscheinen und im schmerzlichen Taumel des Genusses wird Silvester durchtobt.

Aber aus den Tiefen dringen durch das Gewirr der Töne jubilierende Klänge hinauf zur Lebensbejahung und Lebensfreude.

In den Tiefen wird das Leben neugeboren.

Schon keimt die neue Welt im Schoße der alten. Millionen Herzen schlagen ihr entgegen und Millionen Kräfte stellen sich in ihren Dienst.

„Die Lebenden rufe ich!" tönt die Silvesterglocke mit begeisterndem Schwung. Und alles, was gesund und lebensstark ist, strömt zusammen in dem einen allgewaltigen Streben, dem Leben neue, höhere Form zu schaffen.

Da sinkt, was morsch und faul, in Staub und Asche.

Jahrtausende alte Throne erzittern und stürzen jählings zusammen. Alter Gottheiten heilige Tempel wanken auf ihrem Grunde. Wider den erbgesessenen stolzen Herrn erhebt sich als freier Mann der Knecht. Alter Gesetzestafeln verhärteten Widerstand zersprengt des jungen Lebens neu organisierende Kraft. Lang gefürchtete Autoritäten stürzen. Durch die Zeit geheiligte Privilegien und Vorurteile versinken vor dem Ansturm der treibenden Kräfte.

Aber inmitten der Trümmer ersteht strahlender und schöner denn je zuvor der Phönix der Menschheit, umjubelt von den befreiten Gefangenen, den entfesselten Geknechteten, dem neu hoffenden Verzweifelten.

So tönen die Silvesterglocken Untergang und Neugestaltung in wechselvollem Rhythmus.

Aber bei diesem ununterbrochenen Spiel von Tod und Leben steigt langsam die Menschheit aufwärts ihrer Selbstvollendung entgegen.

Schon reichen sich über den Verfall des alten Bundes der Gewalt die Jünger des neuen Bundes der Gerechtigkeit und Freiheit die Hände. In den Kanonendonner und Schlachtenlärm der Völker tönt brausend ihr Glaubensbekenntnis von der Solidarität aller Menschen.

Die geeinte Menschheit aber wird in entfesselter Schöpferkraft die Erde zum Paradies gestalten, vom Fluche des Bruderhasses befreit.

Die Silvesterglocke mahnt: Die Lebenden rufe ich zu diesem neuen Bunde!

Hinweg mit allen Unentschiedenen, Schwachen und Persönlich-Engem! Die Toten entscheiden sich für die alte Welt, die Lebenden für die neue!

Da erhebt sich ein Heer von Streitern, im Auge der Begeisterung Blitzen, im Herzen unbezwinglichen Mut. Millionen entwinden sich den Fesseln der Sklaverei, und alle ihre Kräfte verschmelzen zu einer einzigen gewaltigen Schöpfermacht, die der Menschheit neuen Bund begründet.

Und plötzlich eint sich das streitende Getön der Glocken zu einem hellauf jauchzenden Hymnus auf Menschheitsbefreiung und -erlösung.

So feiern Silvester die Lebenden: Jedes neue Jahr eine neue Stufe empor zu Freiheit und Licht.

Wer bangen Herzens am alten Leben verzweifelt, werde ein Kämpfer des neuen. Das sei die Wandlung, die das neue Jahr dem einzelnen bringe. Dann wird ihm wieder fest die Erde unter den Füßen stehen und das Leben neuen höheren Glanz gewinnen.

Wer starken Herzens die Gespenster seiner Vergangenheit hinter sich wirft und sich ganz von der Kraft des neuen Lebens durchdringen läßt, dem wird das Klingen der Silvesterglocken zu zukunftsfreudigem Gesang.

Allen anderen aber mögen sie die Worte Goethes tönen:

Wenn du aber das nicht hast:
Dieses Stirb und Werde,
Bist du nur ein trüber Gast
Auf der dunklen Erde!

M. M.

Karl Marx im Moralunterricht. Aus Paris wird uns geschrieben: Der „Matin" hat einen schrecklichen Anschlag gegen die bürgerliche Ordnung aufgedeckt. In einem Pariser Gymnasium sind nicht etwa Bomben fabriziert, sondern — man ermesse den Greuel! — Sätze von Karl Marx den Schülern diktiert worden. Ein aufgeregter Vater schreibt dem genannten Blatt, daß „ein von der Regierung bezahlter Professor" des Collège Chaptal im Verlaufe des Moralunterrichts ein „erbauliches Diktat" gegeben habe und zitiert den verfänglichen Abschnitt, worin Marx den Fortbestand der Sklaverei in der modernen kapitalistischen Industrie darstellt. „So bildet man die Jugend heran!" schließt er voll Entrüstung. Das heißt, so läßt der „Matin" ihn schließen, denn es ist sehr wahrscheinlich, daß die Redaktion den Brief auf Grund einer von unzufriedenen Gymnasiasten vollbrachten Denunziation selbst verfaßt hat. Es wäre ja kaum glaublich, daß ein Vater, der sich dermaßen für die Erziehung seines Sprößlings interessiert, nicht wissen sollte, daß das Collège Chaptal keine staatliche, sondern eine kommunale Schule ist. Mit dem Diktat selbst indes hat es schon seine Richtigkeit. Der Professor — der „marxistische Professor" wie der „Matin" sagt — hat einem Redakteur des Blattes auseinandergesetzt, daß er in seinem Moralunterricht dem offiziellen Programm gefolgt sei. In der letzten Lektion habe er die Sklaverei zu behandeln gehabt. Das allgemein im Moralunterricht benützte Handbuch von Payot führe für diese Frage folgende zwei Gesichtspunkte an: 1. die eigentliche Sklaverei, 2. gemilderte Formen der Sklaverei: Ausbeutung der Arbeiter, der Kinder und Frauen. Als Moallehrer in einer Demokratie, vor Schülern, die in ihrer Mehrzahl berufen sein werden, Arbeitern vorzustehen, habe er es für seine Pflicht gehalten, in den Herzen das soziale Mitleid mit den Opfern des Kapitalismus zu erwecken, als Historiker habe er auf den Zusammenhang der sozialen Gesetzgebung mit den Wirkungen der Industrie hinweisen wollen.

Diese Erklärung, die allerdings beweist, um wieviel der Unterricht in Frankreich in der Aufklärung über die modernen sozialen Probleme dem deutschen voraus ist, scheint dem „Matin" nicht zu genügen. Jedenfalls hängt er eine zweite Geschichte an unter dem bezeichnenden Titel: „Was man gesät hat, erntet man." Er berichtet, daß eine „Delegation" von Schülern des Collège Chaptal auf seiner Redaktion vorgesprochen habe, um gegen den „Anti-

der aber sicher keine freieren Bestimmungen bringen würde. Im Arbeitsverhältnis des Landarbeiters habe der Unternehmer unumschränkte Gewalt über den Arbeiter. Der Vertrag komme nicht zwischen zwei gleich Starken zustande. Alle gesetzlichen Bestimmungen seien anscheinend nur von der Ansicht diktiert: Wie macht man es dem Unternehmer leicht, den Arbeiter auszunutzen. Der gewerbliche Arbeitsvertrag für die Industriearbeiter zeige doch dagegen einige vorgeschrittene Rechtsformen. Durch die Gewerbeordnung sind doch Arbeiterschutzbestimmungen, ein Verbot der Lohnaufrechnung, die Einbehaltung der Kaution über die Höhe eines Wochenverdienstes hinaus untersagt, ferner ist bei Kontraktbruch die Strafe für beide Teile die gleiche, die Dauer der Arbeitszeit in gewissen Betrieben und für Frauen ist bestimmt und anderes mehr. Das ist zwar, gemessen an dem, was wir verlangen, kein ideeller Arbeiterschutz, er stehe aber turmhoch über dem Gesinderecht. Hier herrsche kein Arbeiterschutz und die Gesetzesbestimmungen sind noch durch Strafbestimmungen maßlos verschärft. Dazu kommt, daß dieses „Recht" nicht einheitlich ist, sondern in 44 Gesindeordnungen verzettelt ist. Und während das Gesinde — was zum Gesinde zählt, ist übrigens selbst unter Rechtskennern sehr strittig — unter die Gesindeordnung fällt, unterstehen die landwirtschaftlichen Arbeiter den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag. Im Einführungsgesetz zum B.G.B. ist extra gesagt, daß die Bestimmungen der Gesindeordnung unberührt bleiben. Sonst geht Reichsrecht vor Landrecht, nur im Gesindeverhältnis des Landarbeiters nicht. Das Gesinderecht kennt eigentlich nur Pflichten des Gesindes, das lehrt ein flüchtiger Blick in die 44 Gesindeordnungen. Danach hat sich das Gesinde der häuslichen Gewalt zu unterordnen, hat jede Arbeit und in ungemessener Dauer zu verrichten, muß (nach einigen Gesindeordnungen) ein obrigkeitliches Zeugnis haben, ist nicht nur der Dienstherrschaft, sondern auch den Gästen gegenüber verpflichtet, treu und fleißig, ehrerbietig und gehorsam, sogar auch außer dem Hause zu sein (eine schwerwiegende Bestimmung, wenn man bedenkt, daß bei Verstoß dagegen die Strafbestimmungen in Anwendung gebracht werden können), es muß ferner das beste für die Herrschaft wollen und etwaigen Schaden gegen sie abwenden, es muß jede Untreue des Nebengesindes melden, sonst haftet es für den der Herrschaft dadurch entstehenden Schaden, es muß sich jederzeit seine Sachen (verschlossene Koffer) durchsuchen lassen, es muß verträglich mit dem Nebengesinde sein, es darf von den häuslichen Verhältnissen der Herrschaft nichts ausplaudern, es muß Verweise und Befehle der Herrschaft mit Ehrerbietung entgegennehmen usw. Dazu kommt aber vor allem, daß nach den Bestimmungen einiger Gesindeordnungen der Herrschaft das mittelbare Züchtigungsrecht zusteht. Zwar wird das von Kommentatoren mit modernen Ansichten bestritten, die Gerichte aber entscheiden noch heute in dem Sinne. — Diese Gewohnheit des Prügelns hat sich denn auch auf die Landarbeiter übertragen. Wenn der Arbeiter dann bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag stellt, nimmt diese stets an, daß der Gutsherr in Notwehr gehandelt habe und lehnt ein Verfahren ab. Das wirke wie eine Prämie auf das Prügelrecht. Alle Gesindeordnungen, außer der badischen, haben Strafbestimmungen. Das Gesinde kann bestraft werden wegen Nichtantreten des Dienstes, vorzeitigen unberechtigten Verlassen des Dienstes (Kontraktbruch), Widerspruch gegen Befehle der Herrschaft, beharrlicher Weigerung von Dienstleistungen, Unbotmäßigkeit, Aufwiegeln zu Zänkereien und zu übler Nachrede der Herrschaft, wenn es das Dienstbuch nicht abgibt oder sich bei mehr als einer Herrschaft vermietet u. a. m. In Mecklenburg wird jeder bis zu 60 M. bestraft, der bei Aufsuchen eines neuen Dienstes nicht im Besitze eines „Ziehscheines" ist; ein solcher vom Referenten im Original mit dem Stempel des Amtes versehener „Ziehschein" aus Holstein besagt, daß dem Arbeiter Soundso bescheinigt wird, daß er zum ..... seine Arbeitsstätte verlassen darf. Verlassen darf, obwohl der Arbeiter rechtmäßig gekündigt hat. Dazu kommt endlich die Polizeigewalt. Die Polizei kann kontraktbrüchiges Gesinde zwangsweise an die Arbeitsstätte zurückführen. Bei Anwendung des Preußischen Landesverwaltungsgesetzes aber kann die Polizei — also der Amtsvorsteher, der auch meist Gutsbesitzer ist — dem Arbeiter Strafe androhen wegen Nichtbefolgung der durch die Gesindeordnung vorgeschriebenen Pflichten. Und gegen die dann folgende Festsetzung der Strafe gibt es kein Klagerecht, sondern nur ein Beschwerderecht im Verwaltungswege, also beim Landrat.

Faaß bespricht weiter das Recht der nicht zum Gesinde gehörenden landwirtschaftlichen Arbeiter, die den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs unterstehen. Für sie sei das Recht zwar ein etwas freieres, bei Entscheidungen durch die kleinen Amtsgerichte, die sich nach höheren Entscheidungen nicht richten, werde dieses bessere Recht aber oft sehr stark verkümmert. — Dieses Recht würde weiter beschränkt durch das Reichsstrafgesetz. Danach kann mit Haft, und zwar nur mit Haft, bestraft werden, wer Armenunterstützung annahm, wenn ihm Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden kann; es wird dann Arbeitsscheu angenommen. So erhielt ein Landarbeiter eine Haftstrafe von 5 Tagen, weil er entgegen der Verweigerung des Inspektors mit seinem Sohn zur Stadt fuhr, um diesem einen Konfirmandenanzug zu kaufen, und weil er deshalb einen Tag Arbeit versäumte. Und seine Frau erhielt dieselbe Strafe wegen desselben Delikts, weil sie einen Tag Arbeit versäumte, um ihre Wäsche zu waschen. — Die Gutsbesitzer wüßten sich aber auch der Unterstützungspflicht gegen Ortsarme zu entziehen. So wurde einem Landarbeiter, der seinen 63 Jahre alten Schwiegervater bei sich als Hofgänger hatte, aufgegeben, den alten Mann zu entlassen. Als er dem nicht nachkam, strengte der Dienstherr die Räumungsklage an. Der Termin wurde aber zu einem Tage angesetzt, an dem der alte Mann das Unterstützungsrecht erworben hatte. Deshalb wurde nun dem Schwiegersohn aufgegeben, selbst zu gehen. Die Sache schwebt zurzeit beim Gericht. In erster Instanz ist entgegen der Behauptung des klagenden Arbeiters angenommen worden, daß er sich mit der Entlassung einverstanden erklärt habe, deshalb wies das Gericht die Klage ab. Die Entscheidung der zweiten Instanz steht noch aus. Der alte Mann schrieb aber am 21. d. M. an den Vorstand des Verbandes, daß seinem Schwiegersohn in der neuen Arbeitsstätte aufgegeben worden sei, ihn ein volles Jahr lang nicht zu beschäftigen.

Solchen Zuständen gegenüber — sagt der Referent — stehen wir schier machtlos gegenüber! Dem armen kranken Arbeiter, der seine Knochen im Dienste des Agrariers sich zerschunden habe, wird das Recht des Unterstützungswohnsitzes verwirkt! In Kabinettsverordnungen und bundesstaatlichen Gesetzen bestehen heute noch erschreckende Strafbestimmungen. So besteht noch eine Dienstbotenordnung in Lauenburg vom Jahre 1732 zu Recht, nach der der straffällige Landarbeiter mit Karrenschieben, mit dem Schandpfahl und mit Zuchthaus bei Wasser und Brot bestraft werden könnte; die Aenderung des Strafvollzuges lasse die Anwendung dieser Strafen nur nicht zu. Auch könnte Arbeitseinstellung bis zu zwei Jahre Gefängnis bestraft werden und mit Haft, und zwar nur mit Haft, wenn der Arbeiter mit der gewöhnlichen Speisung nicht zufrieden sei.

Der Redner bespricht weiter die Einschränkung des Koalitionsrechts der Landarbeiter und die Bestrafung bei Verabredung zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen durch das preußische Gesetz vom 24. April 1854 und ähnlicher Gesetze in Anhalt, Reuß j. L., Braunschweig, Hannover, Mecklenburg; den Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter und das in der Arbeiterversicherung enthaltene mindere Recht für Landarbeiter.

Faaß geht sodann auf den kürzlich von der „Deutschen Tageszeitung" gemachten kuriosen Vorschlag eines Amtsgerichtsrats ein, der verlangte, daß die überzähligen Rekruten und die nicht vollwaffenfähigen jungen Leute zwangsweise zur Landwirtschaft verpflichtet werden sollen. Der Herr wollte zwar damit für den Kriegsfall ausländische Landarbeiter ersetzen, er wollte aber auch der Leutenot steuern. Und diese neue Pflicht für das Vaterland habe in der „Deutschen Tageszeitung" freudigen Widerhall gefunden. (Heiterkeit.)

All diesen Bedrückungen gegenüber hätten die Landarbeiter ihre Forderungen zu erheben. Zwar habe die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage schon oft den Versuch gemacht, sich für die Rechte der Arbeiter zu verwenden. Die Landarbeiter aber dürften nicht unterlassen, sich selbst an die Regierung zu wenden, wie die Agrarier es auch tun. Sie müßten wie diese schreien und abermals schreien. Der Schrei von 17 000 wirke schon nachhaltiger als der des einzelnen; der Schrei von 100 000 aber, den er bald hören möchte, würde noch eindringlicher sein. Die erste Generalversammlung sei als ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Landarbeiterbewegung zu betrachten. Seit der Zeit der Bauernkriege habe der Landarbeiter in Deutschland seine Forderungen in Gemeinschaft nicht mehr erhoben, er müsse jetzt wieder aufstehen und seine Forderungen in der Oeffentlichkeit stellen. (Minutenlanger Beifall.)

Dr. S. Rosenfeld ergänzt die Ausführungen von Faaß durch eine Reihe höchst interessanter Fälle aus seiner Rechtspraxis. Es sei durchaus unzulässig, daß, wenn, wie es geschieht, Landarbeiter wegen Arbeitsverweigerung täglich neu in Strafe genommen werden können bis zu überaus hohen Gesamtbeträgen. Damit solle Furcht und Schrecken unter den Arbeitern verbreitet werden, um den alten Gesindezwangsdienst in Praxis umzusetzen. Allgemeiner juristischer Grundsatz sei, daß Arbeitsverweigerung ein Dauerdelikt sei und deshalb nur einmal Strafe in Anwendung kommen könne. Es ist zu erwarten, daß bei gerichtlichen Entscheidungen dieser Grundsatz beachtet würde. — In Mecklenburg bekamen zwei Landarbeiter einen ritterschaftlichen Strafbefehl wegen Gehorsamsverweigerung, weil sie vergessen hatten, die Forken zur Arbeit mitzubringen. Die erste Gerichtsinstanz bestätigte den Strafbefehl mit der Begründung, es müsse jeder Arbeiter in Mecklenburg wissen, daß er das Arbeitsgerät mitzubringen habe. Die zweite Instanz hob das Urteil auf, da unter dem verlangten Gehorsam nicht absoluter Gehorsam zu verstehen sei. — In einem anderen Fall war ein Arbeiter, weil er dem Gutsherrn Säcke Getreide entwendet hatte, wegen Diebstahls zu der hohen Strafe von 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Gutsherr, der seinen Schaden auf 250 M. berechnete, hielt sich darüber hinaus reichlich schadlos an dem Eigentum (der Kuh, dem Holzvorrat usw.) des Arbeiters. Auf Anschreiben zahlte der Herr dann zirka 150 M., ohne es zum Prozeß kommen zu lassen, heraus. So wird Eigentumsvergehen mit Eigentumsvergehen beantwortet. — Ein recht interessanter Prozeß war der gegen einen von der pommerschen Familie Malzahn geführte. Es war ein Lohn für zwei Wochen in Höhe von 18 M. einbehalten, weil ein Pferd des Besitzers beim Sandfahren auf einer Feldbahn gestürzt war. Der Lohn wurde eingeklagt mit der Begründung, daß dem Arbeiter kein Verschulden treffe, weil er, in der Arbeit neu und unbewandert, beim Leiten der Pferde mit der Bremsvorrichtung nicht zurecht kam. In erster Instanz wurde der Herr v. Malzahn verurteilt, in zweiter Instanz erstritt er ein obsiegendes Urteil. Da nach der ersten Verurteilung sofort Vollstreckung erfolgte, erhielt der Arbeiter seine 18 M., und an 200 M. Kosten mögen dem Herrn Baron entstanden sein. Welchen Respekt dieser Agrarier vor den hohen Herren des Gerichts hat, erhellt der Umstand, daß ein zu diesem Zwecke notwendiger Lokaltermin auf dem Gute, an dem außer Amtsrichter und Referendar auch beide Anwälte teilnahmen, in der Leutestube abgehalten werden mußte, die in allerprimitivsten Zustande war, so daß der gegnerische Anwalt Gefahr lief, mit dem Stuhl durch die Decke zu fallen. — Dr. Rosenfeld konnte noch mit einigen weiteren so interessanten Fällen aufwarten. Er meinte zum Schluß, die segensreiche Tätigkeit des Landarbeiterverbandes durch Gewährung von Rechtsschutz würde sicher von den Arbeitern sehr anerkannt, das bewiesen u. a. auch verschiedene Dankesbriefe.

Auf eine Diskussion wurde in Anbetracht der vortrefflichen, allgemein sehr befriedigenden Referate verzichtet.

Nach Annahme einer Resolution, die die Forderungen der Landarbeiter ausführlich präzisiert, wurden die Verhandlungen vertagt.

Soziales.

Die Ergebnisse der Vertrauensmännerwahlen in der Angestelltenversicherung.

Die Wahlen der Vertrauensmänner für die am 1. Januar 1913 in Kraft tretende Privatangestelltenversicherung sind nun in allen Bezirken beendet. Eine amtliche Zusammenstellung der Wahlresultate ist noch nicht erfolgt. Der Verband der Bureauangestellten (Sitz Berlin) hat es unternommen, eine private Erhebung über den Ausfall der Wahlen zu veranstalten. Es ist ihm gelungen, die Ergebnisse aus 390 Wahlkreisen zu ermitteln. Das ist die knappe Hälfte sämtlicher Wahlbezirke. In den 390 Kreisen wurden abgegeben 351 611 Stimmen. Davon erhielt die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten 77 992, der Hauptausschuß für die Sonderversicherung 200 685, sonstige zersplitterte Listen 12 934 Stimmen. Mandate erhielten: Freie Vereinigung 709 (davon 202 Vertrauensmänner, im übrigen Ersatzleute), Hauptausschuß 2816 (davon 918 Vertrauensmänner), Wilde 140 (davon 45 Vertrauensmänner).

In vielen Kreisen verlief die „Wahl" recht eigenartig. In mindestens 65 Bezirken, die 195 Vertrauensmänner und 390 Ersatzmänner zu stellen haben, konnte der Hauptausschuß ohne weiteres seine Listen als gewählt erklären lassen, weil keine Gegenlisten vorhanden waren. Darunter sind leider eine Reihe größerer Städte, von denen man das nicht erwartet hätte, z. B. Aschersleben, Erlangen, Flensburg, Regensburg, Ulm, Waldenburg usw. In mindestens 5 Bezirken (Bamberg-Land, Ronsdorf usw.) sind überhaupt keine Listen eingereicht worden. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen wurden daselbst die nötigen Vertrauenspersonen ernannt. —

Zahnpflege und Politik.

Die Nummer von 12. November d. J. des „Aerztl. Vereinsblatts", das Organ des Deutschen Aerztevereinsbundes, brachte folgende Notiz: „Ein Zahnarzt hatte um die Genehmigung der braunschweigischen Aerztekammer gebeten, für die Mitglieder einer Ortskrankenkasse einen Vortrag über Zahnpflege halten zu dürfen; die Kammer erteilte nach Anhörung des zuständigen ärztlichen Kreisvereins ihre Genehmigung mit dem Bemerken, daß der **Vortrag aber nicht mit politischen Dingen in Beziehung gebracht werden dürfe.**"

Man sollte es nicht für möglich halten, daß es in unserem aufgeklärten Jahrhundert noch Aerztekammern wagen dürfen, ihren Mitgliedern derartige rigorose Vorschriften zu machen oder daß sich die Mitglieder solche Zumutung gefallen lassen. Weshalb hängen die Aerztekammern ihren Mitgliedern einen Maulkorb um? Fürchten sie, es könnte bei Gelegenheit eines solchen Vortrages mal eine die Regierung resp. das Agrariertum kompromittierende Aeußerung entschlüpfen?

Will jemand einen Vortrag über Zahnpflege nur einigermaßen erschöpfend halten, so ist er geradezu gezwungen, das politische Gebiet zu streifen. Denn welches ist die Hauptursache der Zahnverderbnis? Mangel an Muttermilch und Ersatz derselben durch Kuhmilch, Haferkindermehle und andere minderwertige Surrogate. Und dieser Milchmangel der Mutterbrust ist wieder in dem größten Prozentsatz der Fälle bedingt durch die schlechten sozialen Verhältnisse der unteren Volksschichten, besonders durch die ungenügende Ernährung der schwangeren Frauen und Mädchen! Insbesondere trägt mit der Mangel einer rationellen, eiweißreichen Kost die Hauptschuld und diese ist wieder eine Folge unserer heutigen

---

militarismus" zu protestieren, der sich in dieser Schule festzusetzen beginne und „zweifellos von Professoren mit radikalen Ideen nicht genügend entmutigt" werde. Die schlimmsten internationalistischen Lehren seien dort im Schwang. Antipatriotische Broschüren — d. h. Broschüren gegen den Krieg — seien am Schultor von Schülern verteilt worden. — Der „Matin" schließt, daß unter diesen Umständen das Diktat aus Marx eine „größere Tragweite" bekomme. Vermutlich darum, weil es Patriotenpflicht ist, zu glauben, daß es in den französischen Fabriken keine Ausbeutung gibt. Oder etwa, weil durch diese liebliche Zusammenstellung die Denunziation gegen den Professor besseren Erfolg verspricht?

Musik.

Vor dem Bestehen des Blüthnersaales gab es an gewichtigeren Reihen von Orchesterkonzerten nur die der Philharmoniker und der königlichen Kapelle. Seit der Eröffnung des Blüthnersaales sind auch nur in ihm die Konzertreihen solcher Art kaum mehr zu überschauen, von der Sonntagsunterhaltung bis zum Risiko unsicherer Neuheiten. Eine besondere Energie zur Erfüllung der wohl wichtigsten Aufgabe des Konzertwesens: der Vorführung jüngster Kompositionen, entfaltet F. Busoni, der sich vor dem Publikum immer mehr vom bloßen Klaviervirtuosen zum Schaffenden wandelt. Ein erster Busoni-Abend fand am Sonnabend unter dem nicht eben bestimmten Titel: „Moderne Sinfoniekonzerte I", statt.

Zuerst hörten wir eine größere Szene aus Busonis Oper „Die Brautwahl", die als „musikalisch-phantastische Komödie" am 13. April 1912 in Hamburg aufgeführt wurde. Sie spielt in Berlin nach einer der zwischen Biedermeier und Teufelei stehenden Erzählungen E. T. A. Hoffmanns (mit Altmeister J. Lieban als Gesangshelfer). Zu beschreiben gibt es da schwerlich etwas; genug an dem Eindruck, daß wir eine Gesamtaufführung mit lebhaftem Interesse entgegensehen würden.

Busoni dirigierte. Vorher spielte er Brahms' Klavierkonzert D-Moll. Dirigieren sollte es Max Reger. Allein da muß etwas vorgefallen sein. Reger lehnte im letzten Augenblick ab. Herr Th. Spiering übernahm ohne die geringste Probe — also mit einem außerordentlichen Wagnis — die Leitung und brachte das Ganze glücklich durch. Schon vorher war unsere Verwunderung erweckt worden durch eine Notiz: der letzte Satz der „Romantischen Suite" von Reger müsse „in Anbetracht der wenigen Vorproben" entfallen. Erklären lassen sich die beiden Vorfälle nur durch die Vermutung, Reger sei mit der Eignung des Blüthnerorchesters zu der Aufführung eines solchen Werkes von ihm so unzufrieden gewesen, daß seine bajuvarische Urkraft bis zu einem so ungewöhnlichen Konflikt aufwallte. Tatsächlich dirigierte er die ersten zwei Sätze des genannten Werkes (Opus 125), für Berlin zum erstenmal. Die Suite ist eine Programmusik zu drei Gedichten Eichendorffs. Die vielberufene Kompliziertheit der Regerschen Kompositionen entfaltet sich hier zu einem seltsamen Gewebe von reichlich disharmonischen Tonfügungen, die der schwebenden Stimmung der vorgelegten Gedichte jedenfalls entsprechen und nicht etwa sezessionistische Verrücktheit sind; aber einzig die zarteste, sozusagen unirdischste Wiedergabe läßt das „Durcheinander" motiviert erscheinen. Die eben scheint Reger bei dem in gewohnteren Aufgaben bewährten Blüthnerorchester vermißt zu haben.

Indessen dirigierte Reger noch eine Komposition von sich: ein Allsolo mit Orchester: „An die Hoffnung", Text von F. Hölderlin. Natürlich so weit wie möglich entfernt von allem Singsang und Koloratur! — Wenn aber ein Zug der Komposition zur Breite und Breitspurigkeit — vielleicht eine modernmusikalische Eigentümlichkeit überhaupt — fast auf jede Silbe eine förmliche Kette von Tönen legt: geraten wir da nicht in eine abermalige, auf noch ältere Zeiten zurückgreifende Art von Koloratur hinein? in eine sinnvolle — natürlich! sz.

Theater.

Freie Volksbühne (im Herrnfeld-Theater). Des Dänen Peter Nansen Art ist: weniger tief als pikant zu schreiben. Dies Merkmal haftet auch dem Lustspiel „Eine glückliche Ehe" an, das keine neue Schöpfung, sondern nur die von Damenhand herrührende Dramatisierung einer seiner Geschichten gleichen Namens ist. Bei dem Prozeß des Umformens ging manches, was als psychologische und poetische Feinheit angesprochen hatte, verloren. Um so deutlicher wird man nun aber gewahr, daß dem Stoff oder seiner Behandlung die eigentliche nordische Note abgeht. Was sich in diesem Lustspiel zuträgt, bildet ja auch den Angelpunkt in den meisten Pariser Stücken, die wir seit Jahren zu sehen bekamen. Dorther kennen wir genug gehörnte Ehemänner, die von einer erschreckenden Naivität und Gutgläubigkeit besessen sind — wie Nansens Postassistent Mogensen; genug Frauen, die ihre Liebhaber sozusagen mit der Leibwäsche wechseln — wie Nanny Mogensen; genug Seladone, die den befreundeten Mann ihrer Geliebten in seiner jeweiligen Position als Beamter heimlich zu fördern suchen — wie der Finanzrat Jermer. Ebenso wenig neu wird die Verspottung sentimentaler Schwächen, wie solche etwa bei der Feier des Weihnachtsabends unternommen ist, anmuten. Und schließlich sind uns getäuschte Liebhaber, die sich hinterher ihr Leid klagen, auch schon in anderen Stücken begegnet. Von einem eigenartigen nordisch gesehenen Anschnitt gesellschaftlicher Sitte ist also blutwenig zu entdecken. Ja, bisweilen — beispielsweise im dritten und vierten Akt — bekommt man den Beigeschmack possenhafter Trivialitäten. Immerhin — der pikante Dialog, die Auseinandersetzungen über Liebe und Treue zwischen Jermer und Nanny, der mokant gekräuselte Spott, der die Handlung belebt, geben Anreiz zu Heiterkeit und Lachen genug. Das um so mehr, wenn Frau Nanny in all ihrer unbekümmerten Sündhaftigkeit so glänzend dargestellt wird, wie es gerade Mirjam Horwitz vermag. Ihre Leistung stellt natürlich alle mitwirkenden Männlein in den Schatten. Robert Hartberg würde jedoch gewinnen, wenn er seine Worte nicht durch aufdringliches Mienenspiel unterstriche. e. k.

Humor und Satire.

Silvesternacht.

Und nun, wenn alle Uhren schlagen,
So haben wir uns was zu sagen,
Was feierlich und hoffnungsvoll
Die ernste Stunde weihen soll.

Zuerst ein Prosit in der Runde!
Ein helles, und aus frohem Munde!
Ward nicht erreicht ein jedes Ziel,
Wir leben doch, und das ist viel.

Noch einen Blick dem alten Jahre,
Dann legt es auf die Totenbahre!
Ein neues grünt im vollen Saft,
Ihm gelte unsre ganze Kraft!

Wir fragen nicht: Was wird es bringen?
Viel lieber wollen wir es zwingen,
Daß es mit uns nach vorne treibt,
Nicht rückwärts geht, nicht stehen bleibt.

Nicht schwächlich, was sie bringt, zu tragen,
Die Zeit zu lenken, laßt uns wagen!
Dann hat es weiter nicht Gefahr,
In diesem Sinne: Prost Neujahr!

(P. Schlemihl im „Simplicissimus".)

Notizen.

— Das Theater des Westens wird im Februar wieder eröffnet werden und zwar mit der Operette „Der Schneiderhusar" von Leon Jessel.

— Die neuen Opernhausentwürfe werden vom 8. bis 24. Januar im Konferenzsaal des Anhalter Bahnhofs unentgeltlich zu besichtigen sein.

— Das Schiller-Theater in Neukölln. Wie in der Generalversammlung der Schiller-Theater, die übrigens ein recht erfolgreiches Geschäftsjahr beschließen, mitgeteilt wurde, sind Verhandlungen wegen Gründung eines Schiller-Theaters in Neukölln im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Das Schiller-Theater O. wird indes vielleicht aufgegeben werden müssen. Es würde aber für Ersatz gesorgt werden.

— Der Prologus in der Hofoper. Die Mitteilung des Generalintendanten an das Berliner Opernpublikum von der Geburt eines Hohenzollernprinzen hat lebhaften Anklang gefunden. Auf vielfachen Wunsch aus diesem Publikum sollen auch künftig interessante Mitteilungen vor Beginn der Vorstellung unter Aufklopfen des Zeremonienstabes gemacht werden. Man denkt da besonders an die Kurse der Abendbörsen und an die Notierungen vom Schlachtviehmarkt. Bei ungünstigen Nachrichten wird eine entsprechende Ouverture angeschlossen.

agrarischen Gesetzgebung, die ja Deutschlands Grenzen mit einer Zollmauer umgibt und dem Volke die notwendigsten Lebensmittel, besonders das Fleisch, verteuert. Die proletarische Mutter ist infolge der hohen Lebensmittel-, besonders der teuren Fleischpreise, nicht imstande, die Stoffe in ihrem Organismus aufzunehmen, deren die Milchdrüse zur Erzeugung der Milch bedarf. In vielen Fällen müssen die Säuglinge deshalb auf die Muttermilch verzichten, weil die Mütter an der Beschaffung des Lebensunterhalts für die Familie infolge Krankheit, Arbeitslosigkeit oder ungenügenden Verdienstes des Mannes teilnehmen müssen und in den Arbeitsstätten keine Zeit oder Gelegenheit — sie liegen oft weit von der Wohnung entfernt — haben, ihren Lieblingen die Mutterbrust darzubieten!

Ein inniger Zusammenhang besteht zwischen dem Thema: Zahnpflege und Politik. Aber die Aerztekammer verbietet, mit einem Vortrage über Zahnpflege politische Dinge in Verbindung zu bringen. Sind die Aerztekammern, die solche Verbote erlassen, und die Aerzte, die sich dem fügen, nicht die Hauptschuldigen an dem Schwinden an Vertrauen zu Aerzten und dem leidigen Emporblühen einer bedenklichen Kurpfuscherschaft?

Gerichts-Zeitung.

Schwurgerichtsperiode.

Die erste Tagung des Schwurgerichts am Landgericht I im neuen Jahre wird am 6. Januar unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Schmidt** beginnen. Für den 8. Januar und folgende Tage ist ein neuer Termin zur Hauptverhandlung gegen den Schlosser Ernst Otto **Trenkler** angesetzt worden. Die Bluttat, der der Juwelier **Schulze**, dessen Frau und Tochter zum Opfer fielen, hat sich am 17. Januar im Hause Alte Jakobstr. 94/95 ereignet. Als Täter wurde Trenkler am 19. Februar in Zittau verhaftet und nach Berlin transportiert. Er stand am 6. Mai d. J. schon einmal vor den Geschworenen unter Anklage des dreifachen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub. Damals mußte die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt werden, da der schwer lungenkranke Angeklagte nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen im Laufe der Verhandlung verhandlungsunfähig geworden war. In der Zwischenzeit soll sich im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses sein Gesundheitszustand so gebessert haben, daß man hoffen darf, die diesmalige Verhandlung zu Ende führen zu können. Trenkler hat bekanntlich bei der ersten Verhandlung seine Verteidigung in der Richtung geführt, daß er bei der furchtbaren Bluttat nicht mit Ueberlegung gehandelt, sondern seine Opfer nur niedergeschlagen habe, um sich der Ergreifung zu entziehen. Bei dieser Behauptung ist er bis jetzt verblieben. Da mehr als 50 Zeugen zu vernehmen sind, dürfte die Verhandlung drei bis vier Tage in Anspruch nehmen.

Abermals die Fleischkrawalle auf dem Wedding.

Die Fleischkrawalle auf dem Wedding, die schon kürzlich einmal den Strafrichter beschäftigten, hatten gestern nochmals vor Gericht ein Nachspiel.

Wegen Landfriedensbruchs mit dem erschwerenden Umstande der vorgenommenen Plünderung hatte die 1. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Bahr** gegen die aus der Untersuchungshaft vorgeführten Arbeiter Emil **Ganschow** und Eduard **Brendenahl** zu verhandeln. Am 24. Oktober d. J. sollte bekanntlich zum erstenmal das von der Stadt Berlin eingeführte **russische Fleisch** in der Markthalle am Wedding zum Verkauf gelangen. Nachdem es bekannt geworden war, daß mehrere Schlächter, die sich bereit erklärt hatten, den Verkauf des russischen Fleisches zu übernehmen, ihre Zusage zurückgezogen hatten und infolge von Verhöhnungen durch Schlächter kam es schon in der Markthalle zu schweren Exzessen seitens der verhöhnten Frauen. Die vorhandene Stimmung setzte sich dann auf der Straße fort und führte vor den Läden der **Fleischermeister Morgenstern in der Schererstraße und Menzel in der Pankstraße** zu schweren Ausschreitungen. An ihnen waren hauptsächlich junge Leute beteiligt. Diese rissen das Straßenpflaster auf und eröffneten mit den Steinen ein Bombardement auf die Schaufensterscheiben. Es wurden dann sämtliche Fleischwaren, die nur irgendwie zu erreichen waren, geraubt, so daß allein in dem Morgensternschen Geschäft ein Schaden von 4000 M. entstand. Nachdem die Menschenmenge von der Polizei zerstreut worden war, trat auf einige Zeit Ruhe ein. Am Nachmittag kam es von neuem zu Menschenansammlungen, und zwar vor den Geschäften der **Fleischermeister Ziehme und Lehmann in der Müllerstraße.** Als die Schutzleute Stoppel und Mahlow hinzukamen, bemerkten sie den Angekl. Ganschow, der gerade im Begriff war, einen Stein in die Ladenscheibe zu werfen. Er wurde festgenommen. Auf der Polizeiwache ergab es sich, daß er die beiden Taschen mit Steinen vollgepfropft hatte. Gleichzeitig wurde auch der Angeklagte Brendenahl festgenommen, der sich unter den Krakeelern befand. — Der **Staatsanwalt** beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen sehr schweren Exzeß handele, gegen Ganschow **3 Jahre** und gegen Brendenahl **9 Monate Gefängnis.** Das **Urteil** lautete auf **2 Jahre bzw. 6 Monate Gefängnis.**

Bei der Festsetzung der enorm hohen Strafe ist unberücksichtigt geblieben, daß zu den bedauerlichen Exzessen Vertragsbruch von Schlächtern und Verhöhnung der Armut durch Schlächter Veranlassung gegeben hatten.

Bigamie.

Unter der Anklage der Bigamie hatte sich gestern der Portier Hermann **Winkler** vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der 38jährige Angeklagte war im Jahre 1900 in Kassel eine Ehe eingegangen, die jedoch nicht von langer Dauer war. Die Eheleute gingen auseinander und kümmerten sich jahrelang nicht um den gegenseitigen Aufenthaltsort. Eine von dem Ehemann eingereichte Ehescheidungsklage wurde zurückgewiesen. Trotzdem er demnach noch in rechtsgültiger Weise verheiratet war, ging er Ende August d. J. in Berlin eine neue Ehe ein. Die junge Frau erlebte jedoch eine bittere Enttäuschung, denn mitten in den Flitterwochen wurde der Ehemann verhaftet, da sich inzwischen herausgestellt hatte, daß er schon verheiratet war.

Das Gericht erkannte auf **1 Jahr Gefängnis.** Das Gesetz bedroht Bigamie mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren. Bei der Annahme mildernder Umstände tritt Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten ein.

Im Kampfe um einige Disteln.

Sechs dem Proletarierstande angehörende Personen, Arbeiter und Arbeiterfrauen, hatten am Sonntag, den 5. Mai, morgens zwischen 4 und 5 Uhr, auf einem Feldstück des Hohwegguteriten Amtsrats und Amtsvorstehers **Osterland** in Salzfurth für ihr Vieh einige Disteln gestochen. Die armen Menschen hatten wahrlich nicht aus Wollust, sondern aus Not gehandelt. Es entwickelte sich daraus ein Prozeß, der für die „Beschuldigten" zunächst mit Strafmandaten von je 15 M. einsetzte, dann **das Schöffengericht in Bitterfeld** und **zweimal die Strafkammer in Halle** als Berufungsinstanz beschäftigte.

Das Schöffengericht hatte 15 M. Strafe für die Proletarier nicht als ausreichend erachtet und je 20 M. — also insgesamt 120 M. — für die entwendeten Disteln festgesetzt. Die Angeklagten mußten einmal die Reise nach **Bitterfeld, zweimal nach Halle** antreten, sich mit einem **Verteidiger** versehen — und zur letzten Verhandlung waren **sieben Zeugen** aufgeboten. Der Herr Amtsvorsteher verteidigte sein Distelrecht so gut er konnte, während der Verteidiger geltend machte, die Distel sei im Sinne des Gesetzes kein Bodenerzeugnis und deshalb auch keine Feldfrucht. Der „Erfolg" des schönen Prozesses, der ein hübsches Schlaglicht auf die „Gründlichkeit" unserer Rechtspflege und die „Hochschätzung" unserer Eigentumsbegriffe wirft, war die **Freisprechung** der sechs Angeklagten.

Wieviel Gehirnschmalz, Tinte und Papier werden wegen der Heiligkeit des Eigentums an den Disteln vergeudet worden sein?

60 Pf. pro Nachtschicht.

In einem Dorfe in der Nähe von Halle a. S. ist der Nachtwächter **Kühn** gegen eine Jahresentschädigung von etwa 200 M. tätig. Der Mann arbeitet auch am Tage, ist aber verpflichtet, mindestens von abends 11 Uhr bis 3 Uhr nachts zu wachen und abends wie früh einige Gehöfte zu schließen oder zu öffnen. Da nun der Mensch auch einmal schlafen wollte und mußte, suchte er ab und zu zur Nachtzeit seine Behausung auf. Seine Frau mußte ihn in der Zeit „vertreten". Mehrere wohlhabende Dorfbewohner verlangten aber einen besseren Schutz ihres Eigentums. Ein Fleischermeister und Hausbesitzer beschwerte sich bei dem Amtsvorsteher, wurde beleidigend gegen den Nachtwächter und machte Skandal. Das Schöffengericht verurteilte den Fleischermeister zur Zahlung einer Geldstrafe von 55 M. und brachte in der Urteilsbegründung zum Ausdruck, bei einer Entschädigung von etwa **60 Pfennig pro Schicht** könne man weitere Opfer von einem Nachtwächter nicht verlangen.

Auch ein Beitrag zur gefüllten Kompottschüssel.

Marktbericht von Berlin am 28. Dezember 1912, nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte —,— bis —,—, mittel —,—, geringe —,—. Roggen, gute Sorte 17,08—17,10, mittel 17,04—17,06, geringe 17,00—17,02 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,70—18,30, mittel 17,00—17,60, geringe 16,40—16,90. Hafer, gute Sorte 18,80—20,40, mittel 17,10—18,70 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,50. 60 Stück Kreble 3,00—24,00.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.

Pelzwaren
Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjacken, Pelzen, Kindergarnituren usw.
Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. — Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.
F. Kalman, Kürschnermstr.
nur Kommandantenstr. 15, I. Et., b. d. Beuthstr.
Tel.: Zentrum 3917. Gegr. 1894.

Franklinstraße 19
ein seit 6 Jahren bestehendes
Zigarrengeschäft
großer Laden mit Wohnung, viel Fabriken, zum 1. April 1913 zu vermieten. Miete 800 M.
18585 Fliege, Verwalter.

Josetti
Warum grad an der „Juno" Cigarette
Hängt er, der Raucher, fest wie eine Klette?
Warum die „Juno" nur von früh bis spät?
Die Antwort liegt im Worte: Qualität.
10 Stück 20 Pfg.
Juno Cigarette

Der Ausstoß des berühmten
Kronenbräu
der
Act. Ges. Schloßbrauerei Schönebeg
beginnt am Freitag, den
3. Januar 1913.
Die Qualität ist hervorragend!

Eile zu Weile
Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbuser Tor.
1000 Pelzstolas
Schals, Colliers, Muffen nur prima —Felle— offeriere ich infolge günstiger Abschlüsse zu hervorrag. billig. Preisen.
Echt Skunks-Stola von 35 M. an.
Nerzmurmel-Stola von 13,50 M. an
mit Köpfen und Schweifen.
Alaska-Fuchs-Imitation 7,50 M.
Marder, Nerz, Persianer,
Oppossum, Biber, Iltis etc.
in allen modernen Formen stets am Lager.
Bitte genau auf die Firma Eile zu Weile Dresdener Str. 119 zu achten!
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort — für den bezeichneten Preis. —
Eigene Kürschnerei.
Reparaturen gut, schnell, billigst.
Sonntags geöffnet.

Vorwärts-Bibliothek
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen
IV.
Verschrobenes Volk
Erzählungen und Satiren
von Robert Grötzsch.
Preis gut gebunden 1 M.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69
248/15*

Lebende Karpfen
Solange Vorrat
Pfund 68 Pf.
u. 78 Pf.
H. Greifenhagen Nachf.
Brunnenstr. 17-18.

Neujahrskarten! Bekannt billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer.
Witzkarten 100 St. 30, 40 u. 60 Pf. — Geprägte Goldjahreszahl-Postkarten 1913 100 St. 60 Pf. — Hochglanzkarten m. Gold, Sortim. D 100 St. 2.50. — Kaufen Sie bei uns und Sie sparen Geld!
S. & G. Saulsohn, Berlin C. 2, jetzt Roserstr. 9/13 unweit Neuer Markt.

Mostrich-Pfannkuchen
feinstes Gebäck, statt Füllung mit Mostrich. Stück 10 und 20 Pf.
Pfannkuchen mit Konfetti oder feine Scherzartikel, eßbar, Stck. 20 Pf.
Bleigießfiguren mit Scherzartikeln in größter Auswahl.
Scherzefabrik Markgrafenstraße 101 (im Hofe), an der Lindenstraße. Bis 10 Uhr geöffnet.
263/4

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Nachruf!

(Frankfurter Viertel. Bez. 376.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

August Schwieger,

Gollnowstr. 13, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung fand am Montag, den 30. Dezember, auf dem Bartholomäus-Kirchhofe in Weißensee statt.

221/18 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 29. d. Mts., verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Robert Bilke

Stargarder Str. 17, Bezirk 536.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Pappelallee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

233/11 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.

Bezirk Reinickendorf-Ost.

Am 29. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Reisende

Otto Wille

Belterner Str. 1.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Januar 1913, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt.

245/13 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.

Am 27. Dezember starb unser Mitglied, der Bauarbeiter

Richard Horn

(Bezirk Friedenau).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 31. Dezember cr., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedenauer Gemeinde-Friedhofes aus statt.

148/7 **Der Vorstand.**

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Restaurateur

Franz Jaehnke

am 28. Dezember sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Jakobi-Kirchhof in Neukölln, Hermannstraße, statt.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernde Gattin nebst Kindern.

832A

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Franz Jaehnke

Neukölln, Weisestraße 8, am 28. Dezember an Herzleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter

Ernst Kurz

Neukölln, Ringbahnstraße 16, am 20. Dezember durch Unfall.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neukölner Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

135/10 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die schönen Kranzspenden und herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner unvergeßlichen lieben Gattin 32A

Klara Giesler

sage ich allen Bekannten und Verwandten, den Hausgenossen, Partei- und Sportgenossen sowie dem Genossen Franz Wegner für seine trostreichen Worte meinen herzlichsten Dank.

Fritz Giesler.

Am Sonntag, den 29. Dezember, verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Freund und Kollege, der Schriftsetzer

Wilhelm Schick

im 42. Lebensjahre.

Sein bescheidenes und kollegiales Wesen sichern ihm ein bleibendes Andenken.

Die Zeitungssetzer des „Berliner Tageblatts".

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Januar, nachmittags 2 Uhr, auf dem St. Matthias-Kirchhof, **Marienhöhe**, Schöneberger Str. 146, statt. 1862b

---

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Filiale Berlin I.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege

Friedrich Dietz

am 28. Dezember 1912 im Alter von 53 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Januar 1913, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf, Berliner Straße 26, aus statt.

165/11 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Adolf Furchheim

(J. Bambus u. Co.) am 28. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Pankower Kirchhofes, Schönholzer Heide, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

76/20 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine inniggeliebte Frau 1851b

Marie Majewska

geb. **Pietruszynska**

am 29. Dezember nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Albin Majewski nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Nieter

Ernst Kurz

Ringbahnstr. 16 (13. Bezirk) beim Trägerabsturz am Gleisdreieck tödlich verunglückte.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neukölner Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollege, der Geschäftskutscher

Paul Lasch

am 28. d. Mts. im Alter von 29 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neukölner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Robert Bilke

am 28. d. Mts. im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 1. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt. 69/18

Um rege Beteiligung ersucht

Die Bezirksverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters 482A

Fritz Donath

sagen wir allen, welche dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen, insbesondere dem Genossen Obst für die trostreichen Worte am Grabe sowie dem Gesangverein Schöneberger Männerchor, den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes und den Genossen des Wahlvereins Schöneberg, unseren herzlichsten Dank.

Die trauernde Gattin nebst Kindern.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Joseph, Salzwedelerstr. 8.
Wedding: J. Hönisch, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagener Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow, Schönbrück und **Buch:** Heinrich Brose, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf, Falkenberg und **Falkenhorst:** Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Höselbarth, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernsee, Albenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Werkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parkstr. 6.
Karlshorst: Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Hetzberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Ley, Wolterstraße.
Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden; Neukölln, Britz: Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Nieder-Lehme: Karl Freitag.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, II.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Ritzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gurich, Provinzstr. 56, Laden.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Hantschke, Dorfstraße 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und **Falkenhagen:** Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Weißensee, Heinersdorf: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, part.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hüttig, Zeuthen, Miersdorfer Str. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Kios Cigaretten

Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4 „
Welt-Macht 5 „
Auto-Klub 6 „
Aero-Klub 10 „

Kios-B.Z. Cigarette Stück 4 Pfennig.

Dresdner Bank.

Aktienkapital M. 200 000 000. **Reservefonds M. 61 000 000.**

Wechselstuben und Depositenkassen:

Wechselstuben-Zentrale: W. 56, Französische Str. 35/36.

Berlin W.:
*A. **Französische Str. 35—36,** An der Hedwigskirche.
*B. **Potsdamer Str. 126,** nahe Eichhornstraße.
*E. **Kurfürstendamm 238,** an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche.
*K. **Potsdamer Str. 103a,** Ecke Kurfürstenstraße.
P. **Motzstr. 66,** Ecke Martin-Lutherstraße.
*U. **Kurfürstendamm 181,** Ecke Konstanzer Straße.
*T II. **Kurfürstendamm 216,** Ecke Fasanenstraße.

Berlin NW.:
*O. **Turmstr. 27,** Ecke d. Stromstraße.
M II. **Flensburger Str. 19 a,** Ecke Lessingstraße.

Berlin N.:
L. **Chausseestr. 128/129,** am Oranienburger Tor.
Q. **Brunnenstr. 2,** am Rosentaler Tor.
*R. **Badstr. 35—36,** Gesundbrunnen.
*S. **Müllerstr. 6,** am Wedding.
*X. **Schönhauser Allee 144.**

Berlin NO.:
S T. **Landsberger Str. 100,** am Büschingplatz.
*H. **Gr. Frankfurter Str. 32,** an der Fürstenwalder Straße.
*Z. **Greifswalder Str. 205,** an der Marienburger Straße.

Berlin O.:
M. **An der Jannowitzbrücke 1.**
*D II. **Frankfurter Allee 1/2,** am Ringbahnhof.

Berlin SO.:
L II. **Köpenicker Str. 1,** am Schles. Tor.
R II. **Wiener Str. 11,** nahe Görlitzer Bahnhof.

Berlin S.:
B II. **Neue Roßstr. 1,** Ecke Neue Jakobstraße.
*D. **Oranienstr. 145/146,** am Moritzplatz.

Berlin SW.:
*G. **Lindenstr. 7,** Ecke der Neuenburger Straße.
N II. **Belleallancestr. 107,** am Blücherplatz.
*S II. **Friedrichstr. 204,** Eck. Schützenstraße.

Berlin C:
*C. **Königstr. 33,** am Bahnhof Alexanderplatz.
F. **Spittelmarkt 4—7,** Kaufhaus Spittelmarkt.

Charlottenburg:
*J. **Berliner Str. 58,** nahe Hauptpost.
*J II. **Kaiserdamm 118,** Ecke Suarezstraße.

Schöneberg:
*N. **Hauptstr. 18,** gegenüber dem Rathaus.
*G II. **Barbarossastr. 45,** an Berchtesgadener Straße.

Wilmersdorf:
*H II. **Hohenzollerndamm 196,** Ecke Uhlandstraße.
*V II. **Kaiser-Allee 190/191,** Ecke Güntzelstraße.

Friedenau:
*Y. **Rheinstr. 1/2,** Ecke Schmargendorfer Straße.
*K II. **Südwest-Korso 77,** Ecke Kaiserallee.

Steglitz:
*V. **Schloßstr. 85,** gegenüber dem Rathaus.

Groß-Lichterfelde:
*W. **Ost, Jungfernstieg 3.**
*A II. **West, Carlstr. 114,** am Wannseebahnhof.

Zehlendorf-Mitte:
*U II. **Hauptstr. 7.**

Spandau:
*Q II. **Potsdamer Str. 31—32.**

Tegel:
*Q II. **Berliner Str. 99,** nahe der Hauptstraße.

Pankow:
*C II. **Schönholzer Str. 1,** nahe dem Rathaus.

Neukölln:
*P II. **Berliner Str. 56/57,** a. Hauptpostamt.
*F II. **Kottbuser Damm 79,** a. Hohenstaufenplatz.

Tempelhof:
*E II. **Berliner Str. 8,** nahe Ringbahnhof.

Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung; An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Devisen usw.; Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen, Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen; Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks; Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslosung; Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren; Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern; Ablösung von Hypotheken, die das Berliner oder das Brandenburgische Pfandbriefamt erwirbt; Annahme von Paketen, Kisten und dergl. als verschlossene Depots unter gesetzmäßiger Haftung der Bank; Vermögensverwaltungen aller Art sowie Testamentsvollstreckungen.

Die mit * bezeichneten Wechselstuben besitzen **Stahlkammern.**

Teilzahlung 1 Mark

Grammophone
Zithern
Mandolinen
Puppenwagen

F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23 nur 1. Etage.

Pollmanns **Bandagen-**

Geschäft, nebst Artikel zur **Gesundheits- u. Krankenpflege,** Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Lothringer Str. 60.

Lieferant für Krankenkassen

Eigene Werkstatt.

Spezialarzt

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, **Beinkranke** jeder Art, **Ehrlich Hata**-Kuren in u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., **Fäden** i. Harn usw.

Dr. Homeyer Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.

Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2. **Honorar mäßig,** auch Teilzahl. **Separates Damenzimmer.**

Manoli

Cigarettes Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (7. Abteilung). Am Mittwoch, den 1. Januar 1913: Unterhaltungsabend bei Raabe, Fichtestr. 29. Beginn 6 Uhr.

Dritter Kreis. Zu der am Dienstag, den 31. Dezember, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Silvesterfeier sind noch Billetts a 20 Pf. bei den Bezirksführern und im Gewerkschaftshaus zu haben. Alles Nähere im Inseratenteil.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde findet heute nur von 4 bis 1/2 6 Uhr statt.

Das Extrablatt.

Die blonde Zeitungsfrau an der Ecke sagte, als ich ihr gestern ein blitzblankes Fünfpfennigstück hinlegte, die Zeitung koste einen Groschen.

„Ja, warum denn,“ fragte ich.

„Sonntags immer einen Groschen, wegen das ville Papier,“ belehrte sie mich freundlich. „Nu bin ich froh, daß ich nicht schwarzer Peter bleibe und noch die letzte Nummer verkaufe. Die nehmen nischt zurück. Dafür sage ich Ihnen was Neues!“

Ich machte mein gespanntestes Gesicht.

„Niderlen-Waechter ist vor zwei Stunden gestorben,“ sagte sie mit wichtiger Miene.

„Woher haben sie das?“ fragte ich.

„Mein Kollege hat es mir gesagt, und ein Herr, wo in die Zeitung schreibt, hat es auch gesagt“, erklärte sie eifrig.

Neben mir stand ein höherer Beamter der Straßenbahn. Er hatte einen Bauch und sprach in vorgesetztem Tone: „Böse Sache“, sagte er und betonte jede Silbe einzeln. Pause. Dann mit Ueberzeugung: „Man muß die Extrablätter abwarten.“

An der nächsten Straßenecke stand ein Schutzmann.

Als ich vorübergehen wollte, trat ein Herr auf ihn zu, lüftete den Hut und fragte höflich: „Verzeihen Sie, ist es wahr, daß Niderlen-Waechter gestorben ist?“

„Wer?“ fragte der Schutzmann teilnahmslos.

„Niderlen-Waechter“, wiederholte der Herr.

Der Schutzmann hob den Kopf, sein Gesicht legte sich in strenge Falten und er fragte in amtlichem Tone: „Woher wissen Sie das?“

Dem Herrn gab es einen Ruck. Er drückte den Brustkasten heraus und suchte vergeblich an den Seiten seines Paletots die Hosennähte. Dabei stotterte er: „Ein mir unbekannter Herr hat es soeben in der Straßenbahn gesagt.“

„So“, antwortete der Schutzmann drohend. Dann wendete er den Blick nach innen und dachte nach. Und schließlich erklärte er gewichtig: „Man muß die Extrablätter abwarten.“

An der Potsdamer Brücke aber war es schwarz von Menschen und es war kein Durchkommen. Und alle drängten sich um die Zeitungsjungen und rissen ihnen die Extrablätter aus den Händen.

Und der Potsdamer Platz war weiß von den Blättern mit der Todesnachricht, und die Menschen traten darauf und schritten darüber hinweg und die Räder der Automobile zerrissen sie und der Wind hob die Fetzen auf und spielte damit in den Ecken.

Doch an den Eisengittern, welche die Rasenflächen des Leipziger Platzes umschließen, hatten sich die Todesblätter zu Hunderten gefangen. Ein altes, verhutzeltes Weiblein ging das Gitter entlang, nahm die Blätter herunter und stopfte sie, methodisch und gründlich, in einen großen Sack. Dabei jammerte sie laut und vernehmlich: „Wenn es nur regnen wollte! Wenn es nur regnen wollte!“ Denn es waren einige Tropfen gefallen.

Ein Droschkenkutscher, der gerade halten mußte, rief ihr teilnahmsvoll vom Bock aus zu: „Warum wollen Se nu wieder Regen haben, Mutterchen!“

Die alte Frau stützte sich auf den Sack und antwortete traurig: „Damit das Papier schwerer wird. Es jibt nur vierzig Fenniche für den Zentner.“

Ueber die Entwickelung der Berufsvormundschaft in Berlin macht das Amt folgende Mitteilungen: Die Berufsvormundschaft in Berlin ist seit dem 1. April 1912 in Kraft. Dreiviertel Jahre sind nunmehr seit dem Bestehen der neuen Einrichtung verflossen, deren Entwickelung weite Kreise mit Interesse verfolgen.

Die Nachrichten von sämtlichen Geburten unehelicher Kinder in Berlin gehen von den Standesämtern bei dem Vormundschaftsamt der Stadt Berlin ein. Mit einem auf Grund von Fragebogen, die mit der Mündelmutter aufgenommen werden, getroffenen Vorschlage eines Vormundes wird dann die Geburtsnachricht dem Gericht übersandt. Bis zum 27. Dezember 1912 sind über 6500 solcher standesamtlichen Nachrichten bei dem Vormundschaftsamt eingegangen, um alsbald mit dem Vorschlage eines Vormundes an das Vormundschaftsgericht weitergegeben zu werden. Die Aufnahme der Fragebogen konnte in etwa 50 Proz. aller Fälle schon vor Eingang der standesamtlichen Nachricht erfolgen, da Helferinnen des Vormundschaftsamtes ständig die Entbindungsanstalten aufsuchen. In anderen Fällen wurde unverzüglich nach Eingang der standesamtlichen Nachricht die für die Wohnung der Mutter zuständige Säuglingsfürsorgestelle mit der Aufnahme des Fragebogens betraut. Ausnahmslos war es in allen Fällen möglich, die Mutter unmittelbar nach der Geburt des Kindes durch eine auf dem Gebiete der Säuglingspflege geschulte Person zu belehren, sie namentlich auf den unentgeltlichen Rat und die Hilfeleistung der bisher in der Zahl von sieben in Berlin bestehenden Säuglingsfürsorgestellen hinzuweisen.

Bis zum 27. Dezember 1912 ist in mehr als 3100 Fällen einer der drei Berufsvormünder als Vormund verpflichtet worden. Am 1. Januar soll ein vierter Berufsvormund hinzukommen. Bewährt hat sich vor allem die Einrichtung, daß jeder Richter nur mit einem Berufsvormund zu tun hat, wodurch in ganz kurzer Zeit die Bestellung eines Vormundes erwirkt wird. Das erfreulichste Entgegenkommen hat die neue Einrichtung bei sämtlichen beteiligten Berliner Vormundschaftsrichtern und dem Polizeipräsidenten gefunden. Ein wirklich harmonisches Zusammenarbeiten ist erreicht worden. Der Berufsvormund, der selbständig die ihm übertragenen Vormundschaften bearbeitet, steht der Mutter an drei Tagen in der Woche zu mündlichen Besprechungen zur Verfügung, wovon reichlich Gebrauch gemacht wird. In jedem einzelnen Falle wirkt der Berufsvormund namentlich darauf hin, daß der Unterhaltsanspruch des Kindes gegen seinen Erzeuger verfolgt wird. Trotz der 3100 Vormundschaften mußten aber etwa nur 650 Prozesse angestrengt werden, in den übrigen Fällen erfolgte eine freiwillige Anerkennung der Unterhaltspflicht. Schon hierin ist eine höchst erfreuliche Folgewirkung der Berufsvormundschaft zu erblicken. Die Fälle, in denen der Erzeuger seine Zahlungen unmittelbar an die Mutter oder die Haltefrau leistet, überwiegen so sehr, daß der Geldverkehr des Vormundschaftsamtes bisher verhältnismäßig kein allzu großer gewesen ist. Die dem Vormunde nach dem Gesetz zustehende Kontrolle der Mutter hinsichtlich der Ausübung ihres Sorgerechts gegenüber dem Kinde wird durch die Vermittelung der sieben Säuglingsfürsorgestellen ausgeübt. Die Ueberwachung wird durch Hausbesuche der Helferinnen aufrechterhalten. Allein im Monat November sind von den Helferinnen der Säuglingsfürsorgestellen 3800 Hausbesuche gemacht worden, im gleichen Zeitraum haben 2600 ärztliche Vorstellungen stattgefunden.

Legitimationskarten für Stadtverordnete verlangt ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, welcher der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorliegt. Bis heute gibt es solche Ausweise in Berlin noch nicht, wohl aber in verschiedenen anderen Städten. Bei Revisionen und bei anderer von Stadtverordneten ausgeübten Tätigkeit erweisen sich solche Ausweise als notwendig.

Ausnahmen von der Vorschrift des § 139c der Gewerbeordnung über Mindestruhezeit und Mittagspause der Angestellten für das Jahr 1913. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Auf Grund des § 139 d Ziffer 3 der Gewerbeordnung sowie unter Bezugnahme auf Ziffer 5 der landespolizeilichen Anordnung vom 10. Oktober 1908 betreffend den Achtuhrladenschluß setze ich hierdurch nach Anhörung der Gemeindebehörde und von Vertretungen der beteiligten Geschäftsinhaber und Angestellten für den Ortspolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 139c der Gewerbeordnung über die den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen zu gewährende Mindestruhezeit und Mittagspause für folgende Tage des Jahres 1913 außer Anwendung: 1. bei den Blumenhandlungen für den 22. März, 20., 21. und 22. November, 23., 30. und 31. Dezember; 2. bei den Spielwarenhandlungen für den 4. bis 6., 8. bis 13., 15. bis 20., 22. und 23. Dezember; 3. bei den Buchhandlungen für den 11. bis 13., 15. bis 20., 22. und 23. Dezember; 4. bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 15. bis 20., 22. und 23. Dezember. — Ausnahmetage mit Neunuhrladenschluß. Unter Bezugnahme auf Abschnitt 2 der obenerwähnten landespolizeilichen Anordnung über den Achtuhrladenschluß in der Fassung des Nachtrages vom 26. Januar 1910 wird hiermit für den Ortspolizeibezirk Berlin bestimmt, daß im Jahre 1913 alle offenen Verkaufsstellen am 10. bis 19., 22. und 23. Dezember 1913 für den geschäftlichen Verkehr bis 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen. Bei der für alle Sonnabende bereits nach Nr. 1 der Achtuhrladenschluß-Anordnung bestehenden Ausnahme (Neunuhrladenschluß) behält es sein Bewenden.

Zugüberfüllung der Südringbahnzüge. Uns wird geschrieben: Die fortgesetzten Klagen über die unhaltbaren Zustände der Zugüberfüllung in den Hauptverkehrszeiten auf der Südringstrecke der Stadt- und Ringbahn von Halensee bis Potsdamer Ringbahnhof, unter welchen die Bewohner von Wilmersdorf, Friedenau und Schöneberg hauptsächlich zu leiden haben, welche gezwungen sind, die Südringzüge nach dem Potsdamer Ringbahnhof als Verkehrsmittel zu den Hauptverkehrszeiten morgens und abends zu benutzen, haben den Bezirksverein „Kaiserplatz“ veranlaßt, hier erneuert Maßnahmen zu ergreifen, um endlich eine Abhilfe zu schaffen. Zur Unterstützung einer von dem genannten Verein an die königliche Eisenbahndirektion der Stadt- und Ringbahn gerichtete Eingabe, mit welcher auf diese unerträglichen Zustände hingewiesen wird, richtet der Verein an das Publikum, das die Stadt- und Ringbahn auf dieser Strecke benutzt, die Bitte, die Fahrkarten, in erster Linie die Monatskarten und Monatsnebenkarten, insbesondere jetzt am Ultimo dieses Monats bei der Abfahrtstation zu kaufen; es kommen hier in der Hauptsache die Bahnhöfe Schmargendorf, Wilmersdorf-Friedenau und Ebersstraße in Betracht. Zur Feststellung der Frequenz bei der Ringbahnbenutzung auf diesen drei genannten Bahnhöfen ist eine Zählung des fahrenden Publikums beantragt, bei welcher die Statistik mit ausschlaggebend sein wird, wie umfangreich der Fahrkartenverkauf bezw. der Verkauf von Monatskarten und Monatsnebenkarten sich hier gestaltet. Bis jetzt ist diese Statistik immer eine unrichtige gewesen, d. h. eine der tatsächlichen Frequenz des von diesen Stationen fahrenden Publikums widersprechende, da die Monatskarten und die Monatsnebenkarten, wie allgemein üblich, auf dem Potsdamer Ringbahnhof gelöst werden.“

Die Zugüberfüllung beschränkt sich leider nicht allein auf die Südringzüge, auf dem Stadtring ist es wohl noch schlimmer und Abhilfe täte hier gleichfalls dringend not.

Mit dem schwerkranken Kinde abgewiesen, lautete eine Notiz, die wir der „Deutschen Tageszeitung“ entnahmen und in der Freitagsnummer unseres Blattes zum Abdruck brachten. In einer aus Südende herrührenden Zuschrift an das genannte Blatt wurde dargelegt, daß ein schwerkranktes Kind nach dem Kinderkrankenhause in der Reinickendorferstraße gebracht worden sei, die Aufnahme dort aber abgewiesen worden sei, obwohl vorher auf telephonische Anfrage eine Zusage erfolgt wäre. Wir ersuchten den Magistrat, sich über die Sache näher zu äußern. Aus dem Bericht, den die Direktion des Kinderkrankenhauses dem Magistrat erstattet hat, wird uns folgendes mitgeteilt: „Das Kind ist sogleich nach der Einlieferung — am Donnerstagnachmittag 2 3/4 Uhr — von einem Arzte untersucht worden. Dieser stellte fest, daß es sich um eine bereits in Rückbildung begriffene Rachendiphtherie handelte, die von einem Arzte bereits schon mit Heilserum behandelt worden war. Irgendeine Gefahr für das Leben des Kindes lag durchaus nicht vor. Von einem „schwerkranken Kinde“ kann daher nicht die Rede sein. Da außerdem die Eltern des Kindes ihren Wohnsitz außerhalb Berlins haben, und Eltern sowohl wie Großeltern sich in günstigen Vermögensverhältnissen befinden, so daß eine Behandlung durch Isolierung im Hause durchaus möglich war, mußte der Arzt in richtiger Befolgung seiner Instruktion die Aufnahme des Kindes im städtischen Krankenhause ablehnen. Er hat aber nicht unterlassen, den Eltern zu empfehlen, das Kind entweder bis zur Genesung im Hause der Großeltern zu belassen oder es in der königl. Charité unterzubringen.“

Der Bericht der Krankenhausdirektion geht davon aus, daß im Gegensatz zu der Schilderung in der „Deutschen Tageszeitung“ eine Lebensgefahr für das Kind nicht vorlag. Welcher Arzt im Rechte ist, der Privatarzt, der die dringliche Aufnahme in ein Krankenhaus anordnete, oder der Krankenhausarzt, vermögen wir nicht zu beurteilen. Aber wesentlich ist doch der Umstand, daß den Anfragenden die Aufnahme des Kindes ins Krankenhaus vorher zugesagt war. Auch die „Vossische Zeitung“, die den Fall einer Besprechung unterzieht, gibt derselben Ansicht Ausdruck. Sie schreibt:

„Vielleicht aber liegt noch im vorliegenden Falle den Verwandten des Kindes gegenüber eine große Unbilligkeit vor. Man hatte ihnen doch ausdrücklich zugesagt, daß das Kind Aufnahme finden würde. Demgegenüber sagt man im Krankenhause, bei der Anfrage sei nicht mitgeteilt worden, daß es sich um Auswärtige handelte. Wer hier im Recht ist, das kann der Außenstehende nicht entscheiden. Auf eine telephonische Anfrage bei dem Bettennachweis des Magistrats, ob der Wohnort angegeben worden sei, wurde die Redaktion — auf den Weg einer schriftlichen Eingabe verwiesen! Bis auf deren Erledigung zu warten, würde doch wohl eine zu lange Hinausschiebung der Erörterung bedingt haben.“

Ganz gleich, wie die Sache im einzelnen liegt: Der Fall beleuchtet wieder einmal die kommunale Zerrissenheit Groß-Berlins. Leider ist es wahr, daß viele Gemeinden Groß-Berlins recht wenig für ihre kranken Gemeindemitglieder sorgen und gegebenenfalls ihre Einwohner auf die Hilfe fremder Gemeinden verweisen. Ist es doch ein Skandal ohnegleichen, daß eine reiche Gemeinde wie Wilmersdorf wohl Mittel für den Bau eines stattlichen Rathauses bewilligt, obwohl es bis heute noch eines Krankenhauses entbehrt. Ein wirkliches Groß-Berlin würde das Vorkommen solcher Fälle, wie der von „Deutschen Tageszeitung“ geschilderte, auf ein Minimum reduzieren.

An die Adresse der städtischen Straßenreinigung richtet sich eine Beschwerde, die uns aus unserem Leserkreise zugeht und die sich auf die Reinigung des Humboldtsteges bezieht, der über die Stettiner- und Nordringbahn führt und die Hochstraße mit dem Humboldthain verbindet. Die Zuschrift lautet: „Der Fußboden der Brücke besteht aus vollständig enganeinander gefügten Brettern, die weder Luft noch Wasser durchdringen lassen und somit schnell faulen und modern, aber den Fußgängern das Passieren des Steges sehr erschweren. Der überaus starke Verkehr über den Steg (hauptsächlich durch die Arbeiter und Angestellten der A. E.-G., Brunnen- und Ackerstraße) verursacht ein schnelles Austreten der Bretter, so daß der Steg bei Regen- und Schneewetter eine einzige große Pfütze bildet. Nach Eintreten von trockener Witterung, die die Straßen der Stadt und die Promenadenwege des Hains schon längst getrocknet hat, kann man auf dem Humboldtsteg noch vier bis sechs Tage durch Morast und Kot waten, weil durch den starken Verkehr vom Hain her täglich neuer Sand und Schmutz auf den Steg getragen wird. Bei Frost wird dieser Weg durch Sand- oder Kiesstreuen noch schlechter. Hier Abhilfe zu schaffen, tut dringend not. Meiner Meinung nach kann der Mißstand schon dadurch wesentlich behoben werden, wenn die Bretter in der jetzigen Verfassung ein oder einige Löcher gebohrt bekämen, um das Ablaufen des Wassers und das Wegspülen des Schmutzes zu gestatten. Bei Erneuerung der Brückenauflage dagegen dürfte es angebracht sein, Fugen zwischen den einzelnen Brettern zu lassen, wie die frühere Putlitzbrücke, wenn ich nicht irre, auch beschaffen war.“

Nach unserer Kenntnis der Dinge ist die Beschwerde berechtigt. Es wäre Sache der Straßenreinigung, auch des Humboldtsteges zu gedenken und die Reinigung vorzunehmen, die dort notwendig ist.

Vom Opfer des Polizeirevolvers.

Wer war der Unbekannte, der in der Nacht vom 24. zum 25. August in der Münzstraße an der Ecke der Dragonerstraße von einem Polizisten niedergeschossen wurde? Wir berichteten in der vorigen Woche (in Nr. 300), daß eine in Ober-Schöneweide wohnende Frau Fischer ihren seit jenem Abend verschwundenen Sohn, den neunzehnjährigen Artur Fischer, jetzt in dem Erschossenen wiedergefunden zu haben glaubt. Nachdem ihr auf Verlangen die Photographien der Leiche vorgelegt worden waren, bestand für sie kein Zweifel mehr, und sie gab dann der Berliner Polizei weitere Anhaltspunkte zur nachträglichen Feststellung der Persönlichkeit.

Unsere eigene Ueberzeugung, daß die Annahme der Frau Fischer das Richtige trifft, ist inzwischen noch befestigt worden. Wir hören, daß auch die Schlüssel, die man bei dem Erschossenen gefunden hat, zu einem weiteren Beweismittel geworden sind. Verwandte von Artur hatten der Polizei mitgeteilt, daß er einen Hausschlüssel und einen Korridorschlüssel, die ihnen gehörten, bei sich getragen habe. Gleiche Schlüssel sind der Polizei überreicht worden und es soll dann eine Vergleichung mit den Schlüsseln des Erschossenen die Uebereinstimmung ergeben haben. Seitdem ist mehr als eine Woche vergangen, aber noch immer warten die Verwandten darauf, daß die Polizei an Ort und Stelle die Schlüssel des Erschossenen probieren soll. Wir möchten nicht annehmen, daß sie die Probe, wenn sie eine solche überhaupt noch für nötig hielte, so lange hinausschieben würde. Vermutlich ist es ihr selber bereits zur Gewißheit geworden, daß in dem Erschossenen tatsächlich der verschwundene Artur Fischer wiedergefunden worden ist. Wundern müßte man sich darüber, daß die Polizei bisher nichts davon hat an die Oeffentlichkeit gelangen lassen. Auch die Zeitungen, die in einer die Frau Fischer kränkenden Notiz behaupteten, daß sie ihre Angaben erfunden habe, um Armenunterstützung zu erlangen, haben es einstweilen nicht für nötig gehalten, über die weiteren Ermittelungen etwas zu veröffentlichen.

Die Eheleute Fischer, als die gesetzlichen Vertreter ihres verschwundenen Sohnes, haben jetzt, wie wir hören, bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige gegen den Schutzmann Gabbert eingereicht, der in jener Nacht den verhängnisvollen Schuß abfeuerte. Nachdem bereits vor Monaten die Untersuchung hierüber abgeschlossen und das Verfahren eingestellt worden ist, wird wohl auch diese nachträgliche Strafanzeige zu keinem anderen Ergebnis führen, zumal da außer den beteiligten Schutzleuten keine anderen Zeugen ermittelt zu sein scheinen. Die Staatsanwaltschaft wird sich aber in ihrem Bescheid darüber zu äußern haben, ob ihr der Erschossene als Artur Fischer gilt oder nicht. Wir vermuten, daß sie diese Frage bejahen wird, ohne erst noch die von den Eltern beantragte Ausgrabung der Leiche für nötig zu halten.

Silvesterunfug paßt nicht in die Großstadt.

So hat Herr v. Jagow in einem Erlaß an die Unfugstifter in der Neujahrsnacht dekretiert. In einer Bekanntmachung heißt es:

„Vorkommende Ausschreitungen werden nicht mehr durch polizeiliche Strafverfügungen erledigt, sondern der Staatsanwaltschaft zur gerichtlichen Ahndung überwiesen. Im Jahre 1912 sind aus diesem Anlaß 88 Personen gerichtlich verurteilt worden, davon 7 zu Haftstrafen von einem Tage bis zwei Wochen, und 27 Personen zu Geldstrafen von 1 bis 30 M. Vier Personen sind mit einem Verweis davongekommen. Es wird diesmal besonders darauf geachtet werden, daß das immer mehr überhand nehmende Konfettiwerfen und Schleudern der Papierschlangen nach vorüberfahrenden Straßenbahnwagen, Omnibussen und anderen Fuhrwerken möglichst vermieden wird, da ein solcher Unfug — neben der Verunreinigung der Straßen — in besonderem Maße geeignet ist, größere Unfälle herbeizuführen, indem nicht nur die Pferde scheu gemacht, sondern auch die Kutscher und Chauffeure in ihrer Bewegungsfreiheit und Aufmerksamkeit erheblich behindert werden. Ueberhaupt paßt Silvesterunfug nicht in eine Großstadt.“

Die Uebermütigen sind also gewarnt; sie mögen nach einem Dorfe gehen, wo nach Jagows Meinung allem Anscheine nach eher Unfug getrieben werden kann.

Berechtigtes Kopfschütteln der Straßenpassanten erregte am Sonntagabend gegen 8 Uhr ein Vorgang, der sich im Hausflur eines Hauses der Schönhauser Allee abspielte. Dort hat nahe dem Ringbahnhofe die Heilsarmee ein Standquartier, in dem um 8¼ Uhr eine Hallelujaversammlung stattfinden sollte. In richtiger Erkenntnis der Reklame hatte sich kurz vor Beginn der Versammlung im Hausflur ein Sängerchor der Heilsbrüder aufgestellt, der fromme Lieder intonierte. Natürlich sammelten sich die zahlreichen Spaziergänger auf der Straße an und bald umlagerte ein dichter Menschenhaufe das Haus. Auch ein Schutzmann kam würdevollen Schrittes angeschritten, machte einen langen Hals und trottete nach kurzem Verweilen weiter. Da es sich weder um eine sozialdemokratische Kundgebung, noch um eine Verkehrsstörung durch einen Streikposten handelte, fand er offenbar keinen Anlaß zum Einschreiten. Ungestört durfte später noch ein vor der Tür stehender Ausrufer der Heilsarmee die Passanten darauf aufmerksam machen, daß hier die Frommen am Werke sind, die Seelen der Weltsünder zu retten. Das ist ein so verdienstlich Werk, daß man dagegen doch nicht mit dem Groben Unfug-Paragraphen einschreiten kann; es sind doch keine Streikposten. . . .

Schlafstellenvermieter nötigt folgender Vorfall zur Vorsicht: Mit einem Pappkarton „arbeitet" ein Schlafstellendieb, der in der letzten Zeit verschiedene Stadtviertel unsicher macht. Neuen Mietern gegenüber sind die Schlafstellenwirtinnen in der Regel mißtrauisch, wenn sie keine Sachen mitbringen. Andererseits benutzen Schwindler oft gerade den Trick, daß sie die Wirtinnen unter der Vorspiegelung anborgen, ihr Gepäck vom Bahnhof abholen zu wollen. Jetzt tritt ein „Spezialist" auf, der mit diesem Mißtrauen von vornherein rechnet und es auf die einfachste Weise beseitigt. Er erscheint jedesmal mit einem großen, stark verschnürten Pappkarton und erweckt so den Anschein, daß er etwas besitzt. Der Karton hat aber nicht nur den Zweck, das Mißtrauen der Leute zu beseitigen, sondern auch noch einen zweiten, der für den „Schlafburschen" ebenso wichtig ist. Sobald der neue Mieter seinen Raum bezogen hat, schickt er die Wirtin unter irgend einem Vorwande weg, oder wenn ihm das nicht gelingt, so wartet er, bis sie zum Einholen oder dergleichen weggehen muß; erbricht dann, wenn er allein ist, alle Räume und Behältnisse, packt alles, was er für mitnehmenswert hält, in seinen Karton und verschwindet mit der Beute, ohne aufzufallen. Der gefährliche Bursche hat kurzgeschorene Haare und einen Anflug von Schnurrbart und trägt einen Kneifer ohne Einfassung.

Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde Sonntag nachmittag vor dem Grundstück Elisabethufer 3 die Leiche einer noch unbekannten, ungefähr 25 bis 30 Jahre alten Frau, die ihrem Aeußeren nach dem Mittelstande angehört zu haben scheint. Die Tote ist mittelgroß, hat blondes Haar und blonde Augenbrauen und trug einen schwarzen Rock, einen blauen Unterrock, ein schwarzes Jackett, blaue, durchbrochene Strümpfe, Knopfhalbschuhe mit schwarzen Schleifen und weiße Unterwäsche. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Ermittelt und festgenommen wurden zwei Einbrecher, die vorige Woche auf dem Grundstück Kupfergraben 6 einen Einbruch verübten, dabei von der herbeigeholten Polizei gestört wurden und entkommen waren. Bei der Gelegenheit wurden 10 Revolverschüsse gewechselt. Die jetzt Festgenommenen hatten bei der Flucht Schußverletzungen und schwere Verstauchungen erlitten.

Feuer in der Brauerei Königstadt alarmierte gestern früh um 4 Uhr die 5. Kompagnie der Berliner Feuerwehr nach der Schönhauser Allee 10/11. Dort war in der Malzdörre hinten auf dem Hofe im 2. Stock vermutlich durch Entzündung einer Horde Malz Feuer ausgekommen und hatte bei Ankunft des 17. Löschzuges schon eine größere Ausdehnung erlangt. Das Malz liegt dort auf Drahtgitter in sogenannten Horden, um gedörrt zu werden, die auf Deckenkonstruktion aus Eisen ruhen. Diese stürzte schließlich unter der Last des Malzes auf das 3 Meter darunter liegende brennende Malz. Schließlich gelang es den Anstrengungen der Feuerwehr, eine weitere Ausdehnung zu verhüten und die Gefahr weiterer Einstürze zu beseitigen. Der Schaden ist voll versichert. Eine Betriebsstörung der Brauerei findet, da noch genügend Malzvorräte vorhanden sind, nun in beschränktem Umfange statt.

In der Nacht zum Montag kam um Mitternacht in der Bülowstraße 41 in der Wohnung des Bezirksvorstehers und Kaufmanns Reitmeister durch Entflammung eines Weihnachtsbaumes Feuer aus, das auch Möbeln und Decken erfaßte. Bei dem Versuch, die Flammen zu löschen, erlitt Herr Reitmeister Brandwunden ersten und zweiten Grades am Kopf und an beiden Händen, während der Gärtner Wilhelm Linke Schnittwunden an den Händen erlitt. Beide wurden von Samaritern mit Notverbänden versehen.

Durch die Entzündung von Films entstand in einem Kinematographentheater in der Ruppiner Str. 38 Feuer. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden.

Bei der Feier der arbeitenden Jugend am 2. Weihnachtsfeiertag im „Friedrichshain" ist ein Stockschirm verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben abzugeben bei Willy Scholz, NO. 55, Chodowieckystr. 37, 4 Tr.

Vorort-Nachrichten.

Köpenick.

Wohl als erste der Groß-Berliner Gemeinden legte der Magistrat noch in der letzten Sitzung im alten Jahre den Stadtverordneten den Etat für 1913 zur Begutachtung vor. Gleichzeitig erstattete Bürgermeister Dr. Langerhans den Verwaltungsbericht für das Jahr 1912. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die drei städtischen Werke, Straßenbahn, Gasanstalt und Elektrizitätswerk, im Berichtsjahr einen Gewinn von 238 000 M. gebracht haben. Dies sind ungefähr 90 Proz. der Gemeindeeinkommensteuer. Das Einkommensteuersoll beträgt 397 000 M. Erwähnenswert ist noch ferner, daß das Schulwesen eine Verbesserung erfahren soll, indem zum 1. April 1913 an den Gemeindeschulen und an der Dorotheenschule Selekten errichtet werden sollen. Auch an der Hilfsschule habe eine weitere Klasse errichtet werden müssen. Des weiteren soll die Kinderzahnklinik zum 1. April 1913 eröffnet werden. Auch sei der Vertrag mit dem Provinzialschulkollegium, betreffend die Seminar-Uebungsschule gekündigt, ein neuer soll Vertrag nur auf der Grundlage des siebenstufigen Schulsystems geschlossen werden. Zum ersten Male wurde auch berichtet, daß 81 Schulkinder warmes Frühstück und zwar ¼ Liter Milch und Brötchen erhalten. Uebergehend zum neuen Etat ersuchte Bürgermeister Dr. Langerhans die Stadtverordneten, nur die unbedingt nötigen Wünsche und Anregungen vorzubringen, denn der Vorschlag des Magistrats, den Gemeindeeinkommensteuerzuschlag von 168 Proz. auf 150 Proz. für das nächste Etatsjahr herabzusetzen, bedinge auch eine Einschränkung der Ausgaben auf das notwendigste. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte er noch, daß die Finanzlage der Stadt einer erfreulichen Besserung entgegengehe und daß die Bürgerschaft mit Vertrauen in die Zukunft blicken könne. Der Magistrat hoffe, für das Jahr 1914 dieselben Steuerzuschläge erheben zu können wie für das Jahr 1913. In der hierauf folgenden Besprechung erklärten sich die bürgerlichen Vertreter von dem Vorgetragenen voll und ganz befriedigt. Unsere Genossen betonten, daß auch sie mit der Herabsetzung des seit Jahren sehr hohen Steuerzuschlages einverstanden sind, daß aber darum die von ihnen als dringend notwendig erachteten Einrichtungen nicht zurückstehen dürften. Es seien noch im Schul- und Armenwesen sehr nötige, in anderen Gemeinden Groß-Berlins schon längst eingeführte Verbesserungen notwendig. Auch sei bei der Rentabilität der städtischen Werke der Magistrat verpflichtet, endlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter so zu gestalten, daß Köpenick nicht hinter den Nachbargemeinden zurücksteht. Endlich müssen für die bei der Stadt beschäftigten und nicht festangestellten Personen Pensionseinrichtungen geschaffen werden. Hierauf wurde der Etatsvoranschlag dem Etatsausschuß zur Vorberatung überwiesen. Zum Schluß wurde noch dem Antrage des Magistrats, von der Errichtung einer Neuen allgemeinen Ortskrankenkasse abzusehen, zugestimmt und allseitig der Wunsch ausgesprochen, daß das Oberversicherungsamt dem Antrage auf Zulassung und Ausgestaltung der bestehenden Ortskrankenkasse die Zustimmung geben möge.

Weißensee.

Ein Dachstuhlbrand kam gestern nacht in der Roelckestr. 17a zum Ausbruch. Die hiesige Wehr hatte tüchtig zu tun, sie konnte aber nicht mehr verhindern, daß der Dachstuhl ein Raub der Flammen wurde und die oberen Stockwerke durch Eindringen von Wasser stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Entstehung des Brandes konnte nicht mehr festgestellt werden.

Klein-Schönebeck—Fichtenau.

„Müggel-Post" nennt sich ein Blättchen, das seit einigen Monaten die Umwohner des Müggelsees mit Lokalneuigkeiten versorgen will. Ist bei so einem Lokalmoniteur schon an und für sich der Inhalt ungenießbar, so geben diesem die Mitarbeiter vollends den Rest. Besonders der pseudonyme Reporter, welcher die Berichte über unsere Gemeinde verbricht, ist ein wahres Rätsel. In seiner Erfindungsgabe zeigt er sich schon als Meister, während die Fixigkeit seiner Berichterstattung auf einen Bewohner der Südseeinseln schließen läßt. Was der „Vorwärts" vor Wochen über unsere Gemeinde berichtete, ist ihm erst jetzt gerüchtweise zugegangen; was noch fehlte, setzte er selbst zu. Und nun phantasiert er in der „Müggel-Post" vom 21. Dezember, daß ein Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins um „frühere" Beleuchtung der Straßen von der „Gemeindevertretung" abgelehnt worden sei und die „Unterstützung des Antrages durch den Gemeindeverordneten Tobias fruchtlos war", und „daß die hochwohlweise Gemeindevertretung, in der drei Sozialdemokraten sitzen", die Schulkinder in einen unzulänglichen Raum untergebracht und sich damit eine Versammlung der Einwohner befaßt habe. Zuletzt schwindelt er, daß „die Sozialdemokraten dem Herrn Gemeindevorsteher 1000 M. als Weihnachtspräsent bewilligt haben." Es ist natürlich alles erfunden.

Die „Müggel-Post" sucht ihre Abonnenten auch in Arbeiterkreisen; doch damit dürfte das Blättchen nicht viel Glück haben. Arbeiter, die unsere bewegte Zeit zu deuten wissen, abonnieren nicht ein Blättchen, dessen Mitarbeiter weder Wahrheit von Dichtung unterscheiden, noch den Inhalt des „Vorwärts" richtig abschreiben kann.

Spandau.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden des 12jährigen Schülers Felix Seifert gefunden, der seit dem 15. Dezember vermißt wurde. Vorgestern fanden spielende Kinder in einem ausgemauerten Hohlraum der Stresowbefestigung in der Nähe der Kaserne des Garde-Grenadier-Regiments Nr. 5 die Leiche des Knaben. Der bedauernswerte Junge hat die elterliche Wohnung vielleicht aus Furcht vor Strafe wegen eines geringfügigen Vergehens heimlich verlassen. Er ist dann in Spandau und Umgebung planlos umhergeirrt und schließlich nach der Festung gegangen, um dort zu übernachten. Hier ist der Schüler dann offenbar erfroren.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Die arbeitende Jugend veranstaltet heute Dienstag, abends 8½ Uhr, im Lokale von Otto Becker in Tempelhof, Berliner Str. 41/42, eine Silvesterfeier. Die Eltern derselben sowie Freunde und Bekannte sind hierzu eingeladen.

Aus der Frauenbewegung.

Gemeinschaftsschule.

Auf einer außerordentlichen Tagung des preußischen „Zentralverbandes für die Interessen der höheren Frauenbildung" wurde am Sonntag über die Lage der sogenannten höheren Mädchenbildung in den kleineren Städten verhandelt. Die Referentinnen wiesen u. a. auf die Tatsache hin, daß — während seit Jahren noch über die Frage debattiert wird, ob der gemeinschaftliche Unterricht für beide Geschlechter nützlich oder verwerflich ist — die Gemeinschaftserziehung in 49 preußischen Orten bereits eingeführt ist. Von diesen Schulen sind 38 städtische und 11 private Anstalten. Allerdings müssen diese Zahlen insofern eingeschränkt werden, als es sich in den meisten Fällen um Koedukation in den Vorschulen handelt, die schon durch die Verordnung vom Jahre 1908 zugelassen ist. Die Gemeinschaftsschule ist, wo sie eingeführt ist, in allen Fällen die einzige Schule am Orte, die über die Volksschule hinausgeht. Sie stellt insofern lediglich einen Notbehelf dar. In 11 Fällen hat die Regierung auf Drängen der Städte die Gemeinschaftserziehung auch über das 14. Lebensjahr hinaus gestattet.

Die „grundsätzliche" Ablehnung der Koedukation durch die preußische Regierung bedeutete daher eine Inkonsequenz. Bei den Volksschulen auf dem Lande bildet die Gemeinschaftserziehung ja die Regel. — Eine Resolution, die für bessere Finanzierung der höheren Lehranstalten für Mädchen und für die Verbreitung von Mittelschulen eintritt, fordert auch die weitere Ausdehnung des gemeinsamen Unterrichts.

Der Bund französischer Frauenvereine beabsichtigt, für die erste Juniwoche 1913 einen internationalen Kongreß (des Internationalen Frauenbundes) einzuberufen. Die Generalversammlung des Internationalen Frauenbundes findet 1914 in Rom statt.

Aus aller Welt.

Ein Drama auf hoher See.

Den Tod in den Wellen fand am zweiten Weihnachtsfeiertage fast die gesamte Besatzung des auf der Fahrt von Swansea nach Nizza befindlichen dänischen Dampfers „Vollmer". Am Sonnabendabend brachte der englische Fischerdampfer „Ibis V" den Kapitän Oerbach und einen Matrosen des Dampfers, der in einem schweren Sturm südlich von den Scilly-Inseln gesunken war, nach Newlyn. Die beiden waren in einem offenen Boote gänzlich erschöpft in der Nähe von Kap Lizard aufgefunden worden. Sie sind die einzigen Ueberlebenden der 17 Mann zählenden Besatzung.

Die beiden Ueberlebenden gaben im Hospital eine ausführliche Schilderung der furchtbaren Leiden, die die Mannschaft zu erdulden hatte, bevor sie durch den Tod erlöst wurde. Danach wurden am Morgen des zweiten Weihnachtsfeiertages durch eine Sturzwelle drei Rippen des Schiffes gebrochen, so daß ein großes Leck entstand und das Wasser mit großer Gewalt in das Schiff eindringen konnte. Nachdem die Mannschaft die Unmöglichkeit sah, den Schaden auszubessern, wurde beschlossen, das Schiff zu verlassen. Das erste Rettungsboot, welches hinabgelassen wurde, wurde gegen das Schiff geschleudert und zerbrach. Acht Mann, die bereits Platz genommen hatten, ertranken. Das zweite Rettungsboot, in dem sich der Kapitän und acht Mann der Besatzung befanden, kippte um, doch gelang es, das Boot wieder aufzurichten und alle Mann wieder aufzufischen. Die nun für die neun Personen folgenden Qualen waren unbeschreiblich und hatten zur Folge, daß bereits in der Nacht die beiden Heizer verstarben. Der erste Offizier wurde irrsinnig und stürzte sich in die Flut, nachdem er versucht hatte, den Kapitän zu erdrosseln. Die Ueberlebenden mußten, um ihren Durst nur einigermaßen löschen zu können, das Regenwasser in ihren Händen auffangen. Ein Matrose stürzte sich in die Wellen, um seinen Qualen ein Ende zu bereiten, während im Verlauf weniger Stunden drei andere Matrosen kurz nacheinander verstarben. Schließlich wurden die beiden Ueberlebenden in der Nähe des Kap Lizard in völlig erschöpftem Zustand und besinnungslos aufgefischt.

Schweres Brandunglück in Moskau.

In den Frühstunden des Sonntags kam in Moskau in einem Hause, in dem Arbeiter der Alexanderbahn logieren, ein Brand aus, der sich bald über das ganze Haus verbreitete. Die Mehrzahl der Bewohner wurde von den Flammen im Schlafe überrascht. Aus den Trümmern des Gebäudes wurden 14 stark verkohlte Leichname geborgen.

Was ein Pfarrer ungestraft darf.

Ein in Duisburg wohnender Schriftsetzer heiratete kürzlich. Das Paar ließ es bei der standesamtlichen Trauung bewenden und verzichtete auf die kirchliche. Die junge Frau, die bis zu ihrer Verheiratung in Stoppenberg gewohnt hatte, erhielt vom dortigen Herrn Pfarrer Lintzen folgendes bezeichnende Schriftstück zugesandt:

Stoppenberg, 21. 12. 1912.

Fräulein . . . . . .

Fräulein nenne ich Dich noch, das bist Du in meinen Augen und in den Augen der Kirche. Wie ich vernommen zu m. größten Schmerze, lebst Du in wilder Ehe, also in beständiger Todsünde. Das hätte ich von Dir bei all Deinen religiösen Kenntnissen am allerwenigsten gedacht. Ich hoffe, daß diese Erinnerung Deines alten, treubesorgten Seelsorgers genügt, um diese wichtige, ja wichtigste Lebensaufgabe wieder zu ordnen. Melde Dich daher bei Deinem jetzigen Pastor mit Deinem Bräutigam, zeige ihm eventuell diesen Brief, und er wird Dich und Euch gerne aufnehmen und die Sache kurz und schnell regeln. Ich werde für Dich beten, daß Ihr Eure Christenpflichten erfüllt.

Dein langjähriger Seelenhirt.
Lintzen, Pfr.

Da sollte einmal ein anderer so verächtlich von Staatseinrichtungen sprechen, dem würde der Staatsanwalt schön aufwarten. Uebrigens hat der fromme Mann erleben müssen, daß seine inbrünstigen Gebete für das Seelenheil der jungen Frau wirkungslos verhallten, denn durch das Schreiben ist das junge Ehepaar in seiner „beständigen Todsünde" nur bestärkt worden.

Die Rache des Gehörnten.

In Blida (Algier) hat sich am Sonnabend ein Eifersuchtsdrama abgespielt. Der frühere Militärarzt Dr. Battu hatte durch einen anonymen Brief erfahren, daß seine Frau die Geliebte eines Offiziers des hier stationierten Jägerregiments sei. Gestern abend fand er seine Frau mit dem Offizier Gavet vom 1. Afrikanischen Jägerregiment in eifriger Unterhaltung begriffen. Battu stürzte sich auf das Paar und schoß zuerst den Offizier nieder. Sodann richtete er die Waffe auf seine Frau, die in das Haus zu flüchten versuchte, und tötete auch sie durch zwei Schüsse in den Rücken. Dr. Battu stellte sich darauf selbst der Behörde.

Kleine Notizen.

Grubenopfer. Auf der Florentinergrube bei Beuthen (Oberschlesien) wurden am Montag zwei Häuer durch niedergehende Gesteinsmassen verschüttet. Die Verunglückten konnten nur als Leichen geborgen werden.

In den Flammen umgekommen. In der Nacht zum Montag brach in der Papierhandlung von Klemm in Schwiebus Feuer aus, durch welches das ganze Haus in Asche gelegt wurde. Die Besitzerin des Geschäfts, Frau Klemm, ist dabei verbrannt.

Die Rettung des Handwerks. Auf eigene Weise betrieb der Rendant Ginschel von der Kattowitzer Handwerkerbank die Rettung des ehrbaren Handwerks. Er wurde verhaftet, weil man ihm die Schuld an der 100 000 Mark betragenden Unterbilanz des Instituts zur Last legt.

Raubmord an einem Gutsbesitzer. Auf seiner Besitzung in Dalaas (Tirol) wurde am Sonntagabend der Gutsbesitzer Thony von Räubern überfallen, ermordet und beraubt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Freireligiöse Gemeinde. Mittwoch, den 1. Januar, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn A. Schabon: „Der Freiheit eine Gasse". — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Wanderfahrt am Mittwoch, den 1. Januar 1913: Rings um den Müggelsee. Treffpunkt (nur bis 10 Uhr) im Restaurant „Gesellschaftshaus", Friedrichshagen. Kaffeepause und Treffpunkt für Nachzügler bis 5 Uhr „Strandschloß am Müggelsee".

Witterungsübersicht vom 30. Dezember 1912.

Stationen	Barometer auf 0 red. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°=0°R.	Stationen	Barometer auf 0 red. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°=0°R.
Swinemde.	759	SW	7	wolkig	6	Haparanda	756	S	4	bedeckt	−7
Hamburg	758	SW	7	Regen	6	Petersburg	764	SO	3	bedeckt	−9
Berlin	762	S	3	bedeckt	5	Scilly	780	W	4	wolkig	9
Frankf. a. M	769	SW	5	wolkig	5	Aberdeen	759	WSW	4	wolkenl.	4
München	771	SW	4	halb bd.	6	Paris	772	SW	3	wolkenl.	2
Wien	769	W	2	halb bd.	8						

Wetterprognose für Dienstag, den 31. Dezember 1912.

Mild und zeitweise aufklarend, jedoch vorherrschend wolkig bei lebhaften südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 29.12. cm	seit 28.12. cm¹)	Wasserstand	am 29.12. cm	seit 28.12. cm¹)
Memel, Tilsit	404	+8	Saale, Grochlitz	308	+52
Pregel, Insterburg	123	−2	Havel, Spandau²)	76	−1
Weichsel, Thorn	224	−12	„ Rathenow²)	82	+6
Oder, Ratibor	256	+18	Spree, Spremberg²)	100	+2
„ Krossen	222	−5	„ Beeskow	104	+3
„ Frankfurt	227	−6	Weser, Münden	436	+15
Warthe, Schrimm	166	−4	„ Minden	505	+77
„ Landsberg	122	+6	Rhein, Maximiliansau	454	+52
Netze, Vordamm	60	+4	„ Kaub	244	+17
Elbe, Leitmeritz	132	+41	„ Köln	364	+50
„ Dresden	2	+42	Neckar, Heilbronn	177	+2
„ Barby	285	+5	Main, Hanau	261	+17
„ Magdeburg	224	−5	Mosel, Trier	283	+7

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. ²) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Heute findet die Sprechstunde nur von 4 bis ½6 Uhr statt!

A. S. 36. 10 bis 6 Uhr, sofern im Mietsvertrage nicht eine andere Zeit bestimmt ist. — **R. B. 11.** Die Beschlagnahme ist nur zulässig wegen der Steuer, die nicht länger als ¾ Jahr fällig ist. Sofern es sich um bereits länger fällig gewesene Steuer handelt, reichen Sie beim Magistrat Beschwerde ein. — **H. G. 1.** 1., 2. und 3. Eine gesetzliche Verpflich-

tung hat weder die Landesversicherungsanstalt noch die Krankenkasse. Immerhin empfiehlt es sich, an die Krankenkasse einen Antrag auf Uebernahme des Restes zu stellen. — **A. R. 44.** Zwingende Gründe, welche den Dispens nicht zulassen, kennt das Gesetz nicht. Die Frage unterliegt lediglich der Beurteilung des Ministers auf Grund eines Gutachtens, welches das Landgericht erstattet. Die Bestellung eines Anwalts ist zwar nicht notwendig, erscheint aber zweckmäßig. — **G. B. 9.** a) Ja. b) Der Anspruch erscheint durchführbar, muß aber jetzt geltend gemacht werden. — **Filialleiter.** Nach erfolgter Aufforderung können Sie die Sachen durch einen Gerichtsvollzieher versteigern lassen. Die Kosten des Offenbarungseidverfahrens würden sich auf etwa 2 M. stellen, vorausgesetzt, daß der Schuldner im Termin erscheint. Ist letzteres nicht der Fall, so beantragen Sie die Verhaftung des Schuldners; Sie müssen aber 45 M. Haftvorschuß einzahlen. — **A. P.** Nach Ihrer Angabe unterliegen Sie der Angestelltenversicherung. Sie können sich beim Direktorium für die Reichsversicherung, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 20, beschweren. — **J. L. 100.** 1. Ja. 2. Nach Vollendung des 24. Lebensjahres. 3. Nein. — **A. B. 300.** 1. Die Bestellung des Pflegers ist offenbar zum Zwecke der Geltendmachung der Unterhaltsansprüche des Kindes erfolgt. 2. und 3. Ja. — **R. U. 5.** 1. Nur dann, wenn Gütergemeinschaft besteht. 2. Wenn die Aufforderung an den Ehemann gerichtet ist. Beschwerde bei der Kirchenbehörde. — **Schwede 176.** Da Ihnen ein Miteigentumsrecht zusteht, können Sie für den Fall der Pfändung intervenieren. — **W. Sa.** Es ist beim Versicherungsamt am Köllnischen Park 8 unter Ueberreichung der Aufrechnungsbescheinigungen und der letzten Invalidenkarte der Antrag auf Invalidenrente zu stellen. — **H. 15.** Nein. — **C. J. 1870.** Der Fahrschein würde voraussichtlich erteilt werden. — **A. 128—07.** 1. Der länger als 4 Jahre zurückliegende Anspruch ist verjährt. 2. und 4. Ja. 3. Nein. 5. In zehn Jahren. — **P. C. O. 17.** 1. Nein. 2. Es kann bis zur Erhebung der Klage gewartet werden. — **A. A. 70.** 1. Ja. 2. An den Verein für Feuerbestattung, Breitestr. 5. — **E. T. 1868.** Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wann die Ehe geschlossen und wo der erste Ehewohnsitz gewesen ist. — **S.** 1. Ist uns unbekannt. 2. Vor ca. 18 Jahren.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 31. Dezember 1912.

Anfang 4 Uhr.

Urania. Aufs Matterhorn.

Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Wildschütz.
Kgl. Schauspielhaus. Der Austauschleutnant.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Deutsches Opernhaus. Zar und Zimmermann.
Berliner. Filmzauber.
Komödienhaus. Die Generalsecke.
Trianon. Die Erste — Die Beste.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Theater am Nollendorfplatz. Die schöne Helena.
Groß-Berlin. Das Fürstenkind.

Anfang 7½ Uhr.

Kleines. Professor Bernhardi.

Anfang 7½ Uhr.

Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Thalia. Puppchen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutsitzende Frack.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Lustspielhaus. Graf Pepi.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Der Zaungast.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Paris und die Königsschlösser von Versailles.
Lessing. Der Biberpelz.
Schiller O. Im weißen Rößl.
Schiller-Charlottenburg. Der Wolkenkratzer.
Luisen. Berlin-Hamburg-New York.
Rose. Der große Unbekannte.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Reichshallen. Bei Patern.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.

Anfang 8¼ Uhr.

Folies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.
Walhalla. Goldener Leichtsinn.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Lore. — Die Spieler. — Der Kammersänger.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Neues Operntheater (Kroll). Geschlossen.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt im St. Moritz.

* * *

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Dienstag, abends 8 Uhr (Silvester): **Im weißen Rößl.**
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: **Hedda Gabler.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Im weißen Rößl.**

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr (Silvester): Zum erstenmal: **Wolkenkratzer.**
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Heimg'funden.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Wolkenkratzer.**

Berliner Theater.

7 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße

7½ Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Deutsches Schauspielhaus

7½ Uhr: Der gutsitzende Frack.

Theater am Nollendorfplatz 5.

Abends 7 Uhr.
Zum ersten Male:
Die schöne Helena.

7½ Uhr: Residenz-Theater. 7½ Uhr.

Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank i. 3 Akt. v. Hennequin u. Veber.
Morg. u. folg. T.: Die Frau Präsidentin.
Neujahr nachm. 3 Uhr: Francillon.

Luisen-Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr: **Berlin-Hamburg-New York.** Gr. kom.-kom. Ausstattungsstück von Ernst Rittersfeldt. Musik v. Georg Kunsky.
Mittwochnachm. 3 Uhr: **Raffles.**
Abends 8 Uhr: **Berlin-Hamburg-New York.**
Donnerstagabend 8 Uhr: **Berlin-Hamburg-New York.**

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr: **Aufs Matterhorn!**
Abends 8 Uhr:
Paris und die Königsschlösser von Versailles.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
7 Uhr: **Der Frauenfresser.**

Rose=Theater

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Der große Unbekannte.
Kom. i. 4 Akt. v. Kurt Matull.
Nach der Vorst.: **Silvester-Feier.**
Mittwoch 3 Uhr: **Gewonnene Herzen.** 8 Uhr: **Die Sünden der oberen Zehntausend.**

Metropol-Theater

Heute abend ½9 Uhr:
Große Silvester-Vorstellung
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
J. Giampietro. G. Thielscher. V. Norbert. J. Joseph. A. Guttmann. W. Bishop. H. Ballot. M. Lessing. Ly Winter. R. Felsegg. C. Millowitsch.
Erstes Auftreten von
Otto Reutter
mit gänzlich neuem Repertoire!
Fanfaren!
Blumen- u. Confettischlacht!
Rauchen überall gestattet!

Apollo Theater

Letzter Tag!
der sensat. Dezemb.-Attraktionen
Morgen 1. Neujahrstag:
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
„Brüderlein fein".
Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. **Leo Fall.**

Winter Garten

Sahary-Djeli
La „Mystérieuse".
Gastspiel
Max Linder
der weltberühmte Film-Schauspieler
in seinem Sketch:
Aus Liebe zum Hühneraugenoperateur
Max, der Liebhaber: Max Linder
sowie die sensationellen
Dezember-Attraktionen.

Herrnfeld Theater

Von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh.
Große Silvester-Feier!
Riesen-Lach-Programm origin. Art! Eine Darbietung einzig in dies. Genre.
3 große Schlager!
Wüstenmoral
Scheidungs-Souper
Die Alpenbrüder
mit **Anton** und **Donat Herrnfeld.**
Festprolog von **Hugo Pollak.**
Fanfarengruß v. Garde-Kür.-Regt.
Großes Silvester-Kabarett
unt. Mitwirk. von 17 d. bedeutendsten Kabarettisten.
Die Theaterbilletts berechtigen z. Teilnahme an der ges. Silvester-Feier ohne Nachzahl. Vorverk. 11-2 (Theaterkasse).

Paul Petri's Festsäle.

Neukölln Knesebeckstr. 113.
Heute: **Gr. Silvester-Ball** mit verschiedenen Ueberraschungen u. Gratis-Punsch- u. Pfannkuchenpolonaise. Anfang **8** Uhr.
1. Januar (Neujahr) sowie jeden Sonntag: **Gr. Ball.** Tanzleitung: **W. Schellin.** Anfang 5 Uhr.
NB. In meinem Lokal sind Schiebetänze strengstens untersagt.
Paul Petri, Gastwirt.

Dritter Kreis.

Dienstag, den 31. Dezember 1912, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
*** * Silvester-Feier * ***
unter Mitwirkung des Volkshumoristen Herrn **Karl Hanisch und Frau.**
Eintritt **20** Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Anfang 9 Uhr.
Zahlreiche Beteiligung erwartet 211/11 **Der Vorstand.**

Kellers Festsäle

Koppenstr. 29 — Koppenstr. 29
Dienstag, den 31. Dezember, abends 8 Uhr:
Großer heiterer Silvester-Künstler-Abend
von **Carl Heinzius**
mit anschließendem **Silvester-Ball.**
12 Uhr: Gratis-Punsch- u. Pfannkuchen-Polonäse.
Mittwoch, den 1. Januar:
Großer heiterer Künstler-Abend
verbunden mit **Neujahrs-Ball.**
Anfang 6½ Uhr. 1845b

Neue Welt

Arnold Scholz **Hasenheide 108/114**
Dienstag, den 31. Dezember 1912, im Riesen-Festsaal:
:: **Großer Silvester-Ball** ::
mit **Gratis-Punsch** und **Pfannkuchen.**
Anfang **8** Uhr. Anfang **8** Uhr.
Im Neuen Saal: Theater:
„Himmel auf Erden".
Silvester-Komödie in 3 Akten.
Nachdem anschließend: **Silvester-Ball.**
Anfang 8½ Uhr. Kassenöffnung **7** Uhr.

Concordia=Festsäle

Andreasstr. 64 Inh. M. Wendt u. A. Schütze **Andreasstr. 64**
Riesen-Weihnachtsbäume

Heute Dienstag, den 31. Dezember cr.:
Gr. Silvester-Feier
:: **ULK-SOIREE** ::
der beliebten
Hoffmanns Sänger u. **Gr. Ball.**
Anfang der Vorstellung **7** Uhr.
Um **12** Uhr: Begrüßung des neuen Jahres. Punsch-Polonäse. Präsent-Verteilung.
Tischbestellungen und Vorverkaufs-Billetts im Kontor.

Am 1. Januar 1913 (Neujahr): **Militär-Konzert, Hoffmanns Sänger, Großer Ball.**

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen

Vollständig renoviert
(Bahnh. Börse) **Spandauer Brücke** (Bahnh. Börse)
Frühstück-, Mittag- u. Abendtisch zu zivilen Preisen. — Ausschank erstklassiger Biere.
Traiteur **Walter Seyring,** früher Reichshallen, jetzt noch Konzerthaus „zum Hofjäger".
Große Silvesterfeier mit Konzert und Ueberraschungen.

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor
Größte Silvesterfeier Berlins!
Schönste und größte Festdekoration.

Auf der Alm
Der rühmlichst bekannte Festwirt, Seine Korpulenz
Seppl Weinzierl
aus **München**
6 Kapellen. **100 Mitwirkende.**
Im tannenduftenden Schliersee: **Gaudi und Hetz. — Ueberraschungen. — Humoristisches Schneetreiben. — Schlager auf Schlager. — Tanz.**
Entree auf allen Plätzen 60 Pf.
Morgen Neujahr:
Wiederholung des Obigen.
Entree 50 Pf.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Dienstag, 31. Dezbr., Abends 7½ Uhr:
Große Sportvorstellung
Um 9½ Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Neu: Sensationspièce! Neu!
Löwe auf Elefant!
Miß Belloni mit ihren dressierten Papageien.
Wettkegeln zu Pferde.
Erfunden v. Dir. A. Schumann.
Mittwoch, 1. Januar (Neujahr):
2 gr. Fest-Vorstellungen 2
Nachmittags hat jeder Erwachsene **1** Kind frei auf allen Sitzplätzen.
In **beiden** Vorstellungen **Der unsichtbare Mensch.**

Volks-Theater

Neukölln, Hermannstr. 20.
Mittwoch, den 1. Januar:
Das Gesicht am Fenster.
Detektivkomödie in 3 Bildern von J. Brooke-Warren. Deutsch von S. B. Luh.
Anfang 7½ Uhr.

Passage-Panoptikum

Bis inkl. 1. Januar:
Volkstage!
Jedermann 1 Kind frei. Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Alles ohne Extra-Entree!
50 WILDE
WEIBER MÄNNER KINDER
vom Stamme der Igorroten.
Leben u. Treiben in dem eigens aufgebauten **IGORROTEN-Dorfe.**

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 31. Dezember (Silvester), abends 7½ Uhr:
Der Aeroplan im Zirkus.
(Der Affe als Aviatiker!!)
Erstmalige Vorführ. eines frei vom Boden aufsteigenden und fliegenden Aeroplans i. Zirkus.
Neu! **The 3 Stewarts**
Letztes Auftreten des kleinen indischen Däumlings **„Smaun"**
sow. d. berühmt. Reiterfamilie **„Proserpi".** Zum Schluß:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla"
in 6 glänzenden Akten.
Avis! Mittwoch, 1. Jan., nachm. 3½ Uhr: **Unter Gorillas.**
Jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahr. auf allen Sitzplätzen frei.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Dienstag, 31. Dezember 1912,
Himmel auf Erden.
Komödie in 3 Akten von Jul. Horst.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Folies Caprice.

Heute Silvester Anfang 7½ Uhr:
Die Novitäten:
In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Heute Gr. Silvester-Soiree mit darauffolg. Tanzkränzchen und Ulk-Kabarett, Konzert und Ballmusik. Das ges. Reichshall.-Orch. unt. Leitung v. **Rudi Schrader.**
Anfang **8** Uhr. Entree **50** Pf. (keine Nachzahlung für den Ball).

Theater Königstadt-Casino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße. 1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. ½8, Sonnt. ½6 Uhr:
Unterm Christbaum.
Volksstück in 2 Bildern und das **groß. Spezialitätenprogramm**
Jed. 1. u. 15.: Programmwechsel.

Trianon-Theater.

Anfang 7 Uhr:
Die Erste — Die Beste!
Mittwochnachm. 3 Uhr: **Der selige Toupinel.**

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Am Neujahrstage nachm. 4 Uhr:
Unter dem Weihnachtsbaum.

Berliner Humor-Quartett

Amt III. Berliner Nr. [illegible]
Gg. Treuer Kastanienallee 49

Germania-Prachtsäle

N. Chausseestr. 110 — Carl Richter

Dienstag, den 31. Dezember 1912 (Silvester):
Große humoristische Soiree
der **Paul Mantheys lustigen Sänger.**
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Im weißen Saale von 8 Uhr ab: **Großer Ball**
Von 11 Uhr ab in sämtlichen Sälen: **Großer Silvester-Ball,** verb. mit Gratis-Punsch- u. Pfannkuchenpolonäse.
Morgen Neujahr 1913 Gr. Extra-Soiree der Paul Mantheys lust. Sänger und **Großer Neujahrs-Ball.**

Admiralspalast.

Heute:
Große Silvesterfeier!
Ball auf Parkett in der Eis-Arena.
Entree **M. 5.** Im II. Rang **M. 3** (nur für Zuschauer).
Kein Menuzwang!
2 — Orchester! — **2**
Künstlerische Aufführungen!
Ueberraschungen!
Vorausbestellungen auf Plätze u. Menus rechtzeitig erbeten!

Zum Silvester empfiehlt
Punsch, Rum etc.
Wein-Großhandlung und Likör-Fabrik
Jgnatz Sello.
In meinen Filialen Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Achten Sie bitte genau auf meine Firma.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Charlottenburger Festsäle
Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 24.
Großer Sylvesterball
in beiden Sälen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
Inh.: P. Golletz
nur Mariannen-Straße 2.
Telephon: Moritzplatz 346.

Sechste Abänderung
zu dem Statut der
Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes
zu Berlin
vom 24. November 1903.

Artikel I.
Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. Oktober 1912.

§ 13 wird dahin vervollständigt, daß bei 26 wöchentlicher Bezahlung der Beiträge das Krankengeld auf die Dauer von 39 Wochen gezahlt wird.

§ 14 wird dahin ergänzt, daß bei 26 wöchentlicher Bezahlung der Beiträge 60 Proz. statt 50 Proz. des Krankengeldes als Angehörigen-Unterstützung und unter denselben Bedingungen für die im Krankenhause untergebrachten unverheirateten Mitglieder ein Achtel statt ein Zehntel des statutenmäßigen Krankengeldes gezahlt wird.

Artikel II.

Die vorstehende Abänderung tritt nach erfolgter Genehmigung, mit dem Montage nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 14. Oktober 1912.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.
E. Lehnig, Schriftführer. A. Dachne, Vorsitzender.

Genehmigt durch Beschluß vom 26. November 1912.
Der Bezirksausschuß zu Berlin
Abteilung II.
(L. S.) gez. Wagner.

II C. 85. 121.

Die zu § 20 getroffenen Abänderungen sind vom Bezirksausschuß nicht genehmigt worden und muß eine eventl. weitere Abänderung einer demnächst stattfindenden Generalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Gedruckte Exemplare der 6. Statutenabänderung mit Text, wie ihn die Generalversammlung vom 11. Oktober cr. beschlossen hat, wollen die Kassenmitglieder im Kassenlokal in Empfang nehmen. (Siehe § 67 des Kassenstatuts.)

1678b **Der Vorstand.**

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder,** an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bronzegaskronen, Gaszuglampen, Hängegaspendel, Gaswandarme. Moderne Hängegaskronen, Gaskocher. Allerbilligste Bezugsquelle. Zurückgesetzte Muster spottbillig. Schroeder, Hochstraße 43. 2683K

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2289K

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200K*

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896K*

Gardinen, Fabrikreste, Große Frankfurterstraße 9 parterre.

Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9 parterre. 1897K*

Hermannplatz 6. Standleihhaus Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4 Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge 9,—, Ulster, Paletots 5,—, Joppen 4,—, Silberuhren 3,—, goldene Damenuhren 8,—, Goldwaren, Pelzstolas, Betten, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Freischwinger, Bilder, Fahrräder. Alles enorm billig. Sonntags geöffnet.

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen. Besuch oder Postkarte. Meisels selbst, Andreasstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Brennholz, ofenfertig, Buche, Erle oder Kiefer, 10 Sack (1 Meter Inhalt) 9,—; Anzündeholz 20 Sack 9,50, 10 Sack 5,—, alles frei Keller. Sägewerk Heinrich Scholz, Lohmühlenstraße 4, Moritzplatz 781. 2746K*

Kanarienhähne 4,00 an Schützenstraße 11/12 I. 297/5*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig erstklassige, wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Winterpaletots, Ulster, Winterjoppen, Beinkleider, auch für korpulente Herren passend, stets auf Lager. Prinzenstraße 28, erste Etage. (Eckhaus Ritterstraße). 2480K*

Strümpfe werden neu- und angestrickt, Verkauf von Wolle, speziell Schweißwolle, Stricken auf Maschine lehrt gründlich. Verkauf von Strickmaschinen erstklassig. Clement, Ramlerstraße 27. 2338K*

Pferdedecken, zurückgesetzte, große reinwollene 3,00 und 4,50. Wasserdicht bezogene 10,00 und 12,00. Gebrüder Pflaume, Friedrichstr. 205, Ecke Zimmerstraße. 2591K

Federbetten. Stand 11,—. 16,—, hochfeine 22,—, 28,—. Zentralleihhaus Schöneberg, Hauptstr. 111. *

Neujahrsspitzen mit Blumen, hübscheste Ausführungen, Dutzend 25 Pfennig an; und alle Silvesterscherzartikel. A. Cohn u. Co., Berlin, Neue Friedrichstraße 65, Laden.

Getragene Herrengarderobe. Leihhaus Brunnenstraße 70. 2839K*

Kleine Landwirtschaft, massive gute Gebäude, 23 Morgen gutes Land, 1 Pferd, 2 Kühe, 4 Schweine, sämtliche Maschinen und Ernte, für billigen Preis, 15 500 Mark, Anzahlung 5000, zu verkaufen. Liegt mitten im Ort von 1000 Einwohnern Pommerns. Möller, Pankow, Florapromenade 22.

Geschäftsverkäufe.

Schankgeschäft. 12 Jahre in einer Hand wegen Verzugs für Inventarpreis zu verkaufen. Auskunft Lortzingstraße 4. †140

Möbel.

Teilzahlung. Reelles Möbelgeschäft liefert Möbel für Stube und Küche mit 20 M. Anzahlung, kleinste Raten. Auch einzelne Möbel. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen und gegen moderne umgetauscht. Zum Weihnachtsfest Teppiche, Portieren, Läufer usw. ohne Anzahlung. Offerten Postlagerkarte 12, Postamt 22. 2399K*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen. Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 89, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Fossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901K*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-Leser 3 Prozent Rabatt. 39K*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Nußbaumwirtschaft, moderne Stube, herrliche Küche. Alles noch neu, für jeden annehmbaren Preis. Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III.

Umzugshalber bis Ende Dezember: herrliche Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, Gaskrone, Federbetten 195,—, Umbausofa 40,—, Trumeau 33,—. Avram, Neue Königstraße 66 I. Händler ausgeschlossen. 240/5*

Nußbaumwirtschaft, Brautleuten passend, moderne Stube, bildschöne Kücheneinrichtung verkauft spottbillig Bauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 298/6*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534K*

Pianino, erstklassig, neuerhalten 180,—. Krüger, Friedenstraße 2 (Königstor). 240/4

Italienische Mandoline billig Schulz, Brückenstraße 10.

Grammophon mit Platten für jeden Preis. Böhme, Kottbuser Damm 81.

Grammophon mit Platten verkauft billig Siegel, Prenzlauerstraße 28 (Alexanderplatz). 2611K*

Grammophon, gut erhalten, mit 11 Platten 18,— Mark. Neukölln, Bergstraße 148.

Violine, gutes Instrument, billigst. Schulz, Brückenstraße 10.

Posaune mit Schule zu verkaufen, Krügel, Köpenick, Glienickerstraße 25.

Bilder.

Bilder, billigste Bezugsquelle, solide Preise für Einrahmungen, Große Frankfurterstraße 64. †2*

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248K

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Mädchenfahrrad, Knabenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, 30,00, Freilaufrad, unbenutztes, schnellstens. Frankfurter Allee 104, Vorderhaus II links. 297/8

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin" hat in seinen Geschäften Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerberg 29, allergrößte Auswahl und kolossal billige Preise. Beste Bezugsquelle für jedermann. Neue Fahrräder, ohne Gummi 29,— an, mit Gummi 35,—, 42,—, 48,—, 55,—. Gebrauchte 10,— an. Laufdecken 1,75 an, Gebirgsreifen mit extra starker Lauffläche 4,50, 5,50, 6,50, Luftschläuche 1,75, 2,25, 3,—, Sättel 1,45, Karbidlaternen mit großer Blende 1,50, 1,75, 2,25, 3,50, Oellaternen 0,65, 1,—, Rucksäcke 0,60, Gepäckträger 0,60, Pedale 0,65, Ketten 0,95, Engländer 0,20, Schraubenzieher 0,05. Reparaturen in eigenen Werkstätten gewissenhaft, schnellstens und billigst. Emaillierung 3,50, Vernickelung. Elektrische Taschenlampen und Taschenfeuerzeuge. *

Fahrräder. Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203K*

Kaufgesuche.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber. Metallschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Platinabfälle, Gramm 5,70, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber bis 3,85, Blattgold, Kehrgold kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. *

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber 3,80, Stanniolpapier, Zinn 3,75, Kupfer 1,30, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 2691K*

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 763K*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kassa, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hoffmannstraße 30. *

Goldschmelze. Altgold, Altsilber, Gebisse, Platina, höchste Preise. Goldschmied Bruckard, Mulackstr. 22, nahe Rosenthalerstraße. 1513b*

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, Kehrgold, Goldwatten, Tressen sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 2971b*

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2 *

Fahrradankauf, höchstzahlend, Weberstraße 42. 198/9*

Kupfer 115—125, Messing 68—86, Messingspäne, Blei, Zink, Zinn, Stanniol usw. kauft höchstzahlend Meyer, Elisabethufer 56. 298/1

Zahngebisse, Goldabfälle, Silberabfälle, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend, Schmelzerei, Friedrichstr. 130 (Norden). 298/7

Unterricht.

Tanzschule Siegert, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Unterricht: Jeden Dienstag 9—11, Sonntags 3—11. Anmeldungen zu dem neuen Tanzkursus werden entgegengenommen. †106*

Klavierkursus. Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 3,00. Klavierüben frei. 20 Klaviere! Musikakademie Oranienstraße 147. Moritzplatz, Uniontheater. 398/3

Klavierschule, Harmonium-, Mandolinen-, Gitarre-, Zitherunterricht, 4,00, einen Monat gratis, Schönhauser Allee 64. †70*

Tanzschule Stumpf, Blumenstraße 10. Mittwoch, 4. Januar, beginnt Sonntagskursus. Siehe Anschlagsäulen. 1854b

Kostenlosen Unterricht erteilt politisch geweckten Arbeitern Fräulein Kolli stud. phil., Charlottenburg, Hardenbergstraße 38 III. Anmeldungen schriftlich erwünscht. 1859b

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44K*

Tanzschule Schebel, Boeckers Festsäle, Weberstraße 17. Sonntag, 8. Januar beginnen die neuen Tanzkurse. Gefällige Anmeldungen nehme jederzeit entgegen. 1843b*

Verschiedenes.

Komiker Schwartz, Frankfurter Allee 143. b

Kunststopferei von Frau Kolodzy Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1098b*

Patentanwalt Wetzel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439K*

Nähmaschinenreparaturen sachgemäß schnell und billig, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2056K*

Handwäscherei Frau Kubaich, Köpenick, Flemmingstraße 9, wäscht schonendst, sauber Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Kein Vertauschen. Abholung Donnerstags. 1860b

Empfehle meinen Rasier- und Haarschneide-Salon. Hempe, Edwardstraße 15.

Vermietungen.

Plättkeller, billig Ackerstraße 104.

Eine Werkstatt zu vermieten, Oranienstraße 2a. †15

Wohnungen.

Freundliche Kleinwohnungen, billig, Wühlischstraße 36. 2828K

Andreasstraße 70, Vorderhaus, kleine Wohnung. 1826b*

Eine Stube und Küche zu vermieten, Oranienstraße 2a. †15

Zimmer.

Zimmer, 18,00. Schulz, Zossenerstraße 22, Gartenhaus links III.

Flurzimmer, möbliert. Nostizstraße 21 III rechts. †48

Zimmerchen, möbliert.* Moritzstraße 4 III. 1846b

Möbliertes Zimmer, Herren. Oranienstraße 171 I rechts. 1852b

Möbliertes Zimmer für Herrn. Gitschinerstraße 60 vorn 1 Treppe rechts bei Scholz. 298/5

Leere Stube, Zorndorferstraße 21.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, separat, ruhig, Rüdersdorferstraße 7, Vorderhaus I links. 1794b*

Schlafstelle, möblierte, mit Kost, Putbuserstraße 21 I, Krause. †140

Alleinige Schlafstelle, Herrn, Rüdersdorferstraße 21, vorn III, Förster.

Möblierte Schlafstelle, einen oder zwei Herren, sofort, Klopsch, Neukölln, Okerstraße 11. †61

Schlafstelle, Herrn, 15,00 inklusive, Blumenstraße 76, vorn 3 Treppen rechts. †40

Möblierte Schlafstelle zu vermieten, einen oder zwei Herren, bei Zeitner, Fruchtstraße 31 II. †40

Möblierte freundliche Schlafstelle, Romatzki, Dresdenerstraße 107/108, vorn II. 1844b

Schlafstelle. Dresdenerstraße 19, III. Frau Wolske. 1838b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Dreher und Horizentalbohrer finden dauernde Beschäftigung. Richard Heike, Hohenschönhausen. 238/10

Elektromonteur, junger, mit Maschinen vertraut, sucht Beschäftigung, auch Kino. Offerten „Elektra", Postamt 63.

Straußfeder-Näherinnen und Krauserinnen im Hause finden bei sehr hohen Löhnen dauernde Beschäftigung. Vorstellung zwischen 5 und 1/2 6 nachmittags. Gebr. Neisser, Leipzigerstraße 71/72. 1822b*

Steinmetzen
stellen bei **hohem Lohn** für **dauernd** ein 5192K*
Ostdeutsche Kunststeinwerke, Hermann Lutz,
Königsbg. Pr., Juchsberger Allee 37/43.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Für Klavierarbeiter und Tischler die Pianofabrik Späth in Gera. Filiale Berlin, Potsdamer Str. 29.
Für Kistenmacher die Firma Coulnick & Co., Reichenberger Str. 155.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Das **Café Humboldt,**
Inhaber **Dabbert,** Badstr. 64,
ist wegen Tarifbruchs für organisierte Gehilfen gesperrt. 32/3*
Verband der Gastwirtsgehilfen.
Zweigverein Café-Angestellte.

Buchdrucker!
Die Differenzen mit der Firma **Karl Rudolf Bergmann** sind beigelegt, da dieselbe den Tarif schriftlich anerkannt hat.
Albert Massini, Kreisvertreter.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.